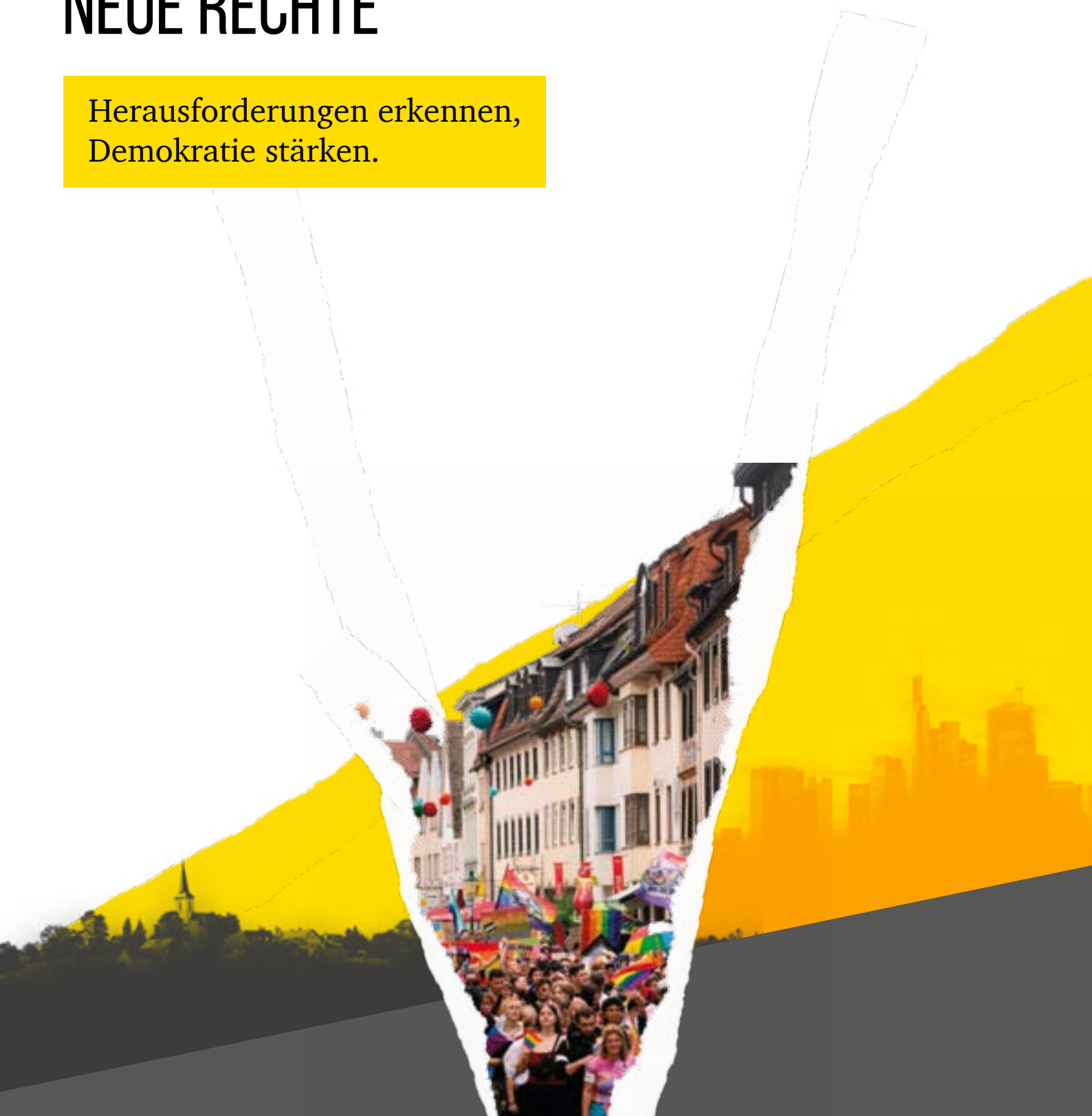


JUGEND UND NEUE RECHTE

Herausforderungen erkennen,
Demokratie stärken.



INHALT

01 - Einleitung	
VORWORT	4
02 - Einordnung und Relevanz	
GIBT ES EINEN JUGENDLICHEN RECHTSRUCK?	6
Von Hannah Merkle und Felix M. Steiner/Mobit Thüringen	
CSD FULDA - ZWISCHEN AUFBRUCHSTIMMUNG UND ANFEINDUNG	12
Ein Interview mit Charlie* R.	
GEMEINSAME FEINDBILDER, UNTERSCHIEDLICHE STRATEGIE	16
Von Sebastian Beer	
ANTI-CSD-MOBILISIERUNG ALS AUSDRUCK EINES REVIVALS	21
NEONAZISTISCHER ORGANISATIONSFORMEN	
Von der MBT-Regionalstelle Süd	
EIN EINBLICK IN DIE ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN EINSAMKEITS- ERFAHRUNGEN, CORONA UND RECHTSEXTREMISMUS BEI JUGENDLICHEN	26
Von Miriam Abdolrahimzadeh Shendy	
03 - Handlungsfelder und Praxis	
„MAN SOLLTE SCHON IN DER MITTELSTUFE MIT DEM THEMA ANFANGEN“	30
Interview mit den Schülerinnen Svenja Glasnik und Emma Schreiber	
SCHULE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS!	32
Von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Hessen (MBT)	
SCHULEN UNTER DRUCK	36
Von Stefan Breuer	
HYBRIDE BEDROHUNG	42
Von Thorsten Niebling	
VIELE MENSCHEN AN VIELEN ORTEN	47
Interview mit zwei Praktikerinnen (Larissa und Stephanie)	
STARK GEGEN ANTIFEMINISMUS UND GEWALT AN FRAUEN	51
Von Monika Hölscher / Landfrauenverband Hessen	
04 - Ausblick	
SERVICETEIL	53
Unterstützungsangebote in Hessen	
IMPRESSUM	56

DISCLAIMER:

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

01 - Einleitung

VORWORT



Als Mitte 2024 ein Kollege aus Ostdeutschland berichtete, dass seit Kurzem ein neuer Trend in der extremen Rechten zu beobachten wäre, schien das erst mal bizarr: Sehr junge männliche Jugendliche traten in einem Outfit öffentlich auf, das an die 1980er Jahre erinnerte: Glatze, Bomberjacke, Springerstiefel. Sie bedrohten vor allem Christopher Street Day Paraden und hetzten gegen Alles, was nicht ihrem Bild von Geschlechterrollen bzw. Männlichkeit entsprach.

Inzwischen hat sich dieser Trend bundesweit und auch in Hessen ausgebreitet. Auch bei hessischen CSDs traten Grüppchen so provozierend und bedrohlich auf, ein 14-jähriger aus Hessen machte bundesweit Schlagzeilen, weil er Mitglied in einer Gruppe gewesen sein soll, die Anschläge geplant haben soll und gegen die unter anderem wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelt wird. In den letzten Monaten erreichten uns sehr viele Anfragen aus Schulen und Jugendarbeit, die Unterstützung suchen im Umgang mit Jugendlichen, die sich in kürzester Zeit radikalisiert haben, die „Heil Hitler“ rufend über den Schulhof laufen und vor allem durch Queerfeindlichkeit und antifeministische Aussagen auffallen. Auch das Landeskriminalamt Baden-Württemberg zeigt in einer kürzlich veröffentlichten Studie, dass in Online-Foren verstärkt sehr junge Jugendliche (im Durchschnitt 16 Jahre alt) zusam-

menkommen und Anschläge planen. Ein überproportionaler Anteil der ermittelten Tatverdächtigen weise psychische Erkrankungen auf und habe sich in sehr kurzer Zeit radikalisiert.¹

Ebenso konstatiert eine sozialwissenschaftliche Studie deutscher Forscher*innen eine Zunahme von Ängsten unter Jugendlichen bezogen auf Krieg, wirtschaftliche Perspektiven und Klimawandel und eine Zunahme von psychischen Erkrankungen.² Auch die Nutzung sozialer Medien und die Nachwirkungen der Corona-Pandemie spielten hier eine Rolle. Das sind keine abschließenden Erklärungen, geben aber Hinweise, was die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bei Einzelnen auslösen und rechtsextreme Agitation begünstigen können.

Diese Entwicklungen beunruhigen nicht nur wegen kleiner rechtsextremer Gruppen, sondern sind natürlich auch Ausdruck einer gesellschaftlichen Entwicklung – nicht nur unter Jugendlichen: Die Wahlergebnisse der letzten Jahre zeigen eine Abnahme an Zustimmung zu den „Volksparteien“ und eine Zunahme am rechten Rand. Während Jugendliche in Westdeutschland in den letzten Jahrzehnten liberaler und auch linker eingestellt waren und dementsprechend gewählt haben, ist dies seit den Landtagswahlen in Hessen 2023 anders. Hier zeigte sich kein Unterschied mehr im Wahlverhalten bezogen

auf Zustimmung zu rechtsextremen Parteien und Alter.

Und es scheint ja zunächst kein Wunder angesichts multipler Krisen in Deutschland und der übrigen Welt, dass Menschen die Handlungsfähigkeit des etablierten politischen Betriebes anzweifeln und sich nach Sicherheit und Veränderung sehnen. Aber wozu es führt, wenn der rechte Rand das Ruder übernimmt, sieht man nur zu gut in vielen Ländern der Welt.

In dieser Broschüre möchten wir zum einen Ursachen für diese Entwicklungen gerade bei Jugendlichen beleuchten,

aber darüber hinaus auch darstellen, welche Auswirkungen diese gesellschaftlichen Entwicklungen auf Betroffene von Diskriminierung und Hetze haben und natürlich auch Hinweise geben, wie auf radikalisierte Jugendliche bzw. die allgemeine Lage reagiert werden kann. Gerade in staatlichen Einrichtungen herrscht große Unsicherheit, ob und wie man sich politisch äußern darf. Wir möchten explizit dazu ermutigen, Stellung zu Menschenfeindlichkeit zu beziehen, demokratische Werte zu verteidigen. Das MBT Hessen unterstützt dabei gerne, sei es in staatlichen Einrichtungen, in Kommunen oder auch im zivilgesellschaftlichen Engagement.

Bildnachweis:

Screenshot Verdächtige noch Teenager: www.hessenschau.de aufgerufen am 19.02.2026

Junge Nazis in Deutschland: www.deutschlandfunkkultur.de aufgerufen am 19.02.2026

Brandenburg: www.amadeu-antonio-stiftung.de aufgerufen am 19.02.2026

Neonazi, 12: www.zeit.de aufgerufen am 19.02.2026

Stern: www.stern.de aufgerufen am 19.02.2026

Foto: Christian Lue on Unsplash



¹ Vgl.: „Teenage terrorists in Deutschland?“ https://lka.polizei-bw.de/wp-content/uploads/sites/14/2026/01/RZ_SATBW_Bericht_2025_web.pdf, aufgerufen am 20.01.2026

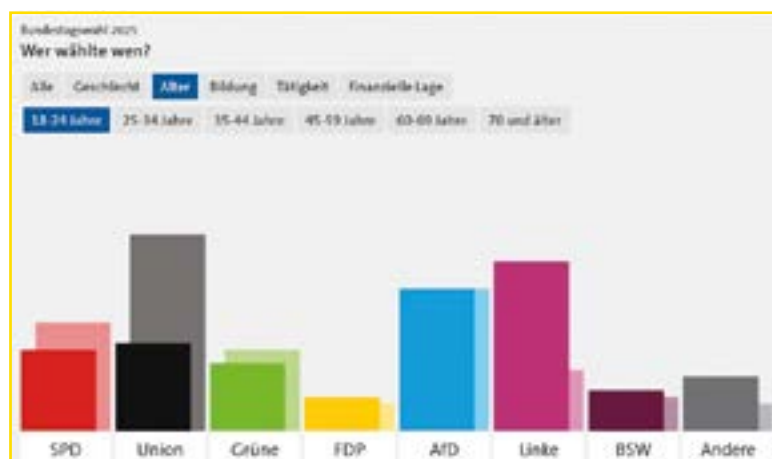
² Vgl.: Current Global Crises and Youth Mental Health in Germany: The Role of Media Use, Coping and Re-sources. <https://www.researchsquare.com/article/rs-8260872/v1>, aufgerufen am 20.01.2026

02 - Einordnung und Relevanz

GIBT ES EINEN JUGENDLICHEN RECHTSRUCK?

Wahlen und Subkultur – rechte Tendenzen in der öffentlichen Wahrnehmung

In den vergangenen Monaten fanden sich in zahlreichen Medien Schlagzeilen wie „Warum Jugendliche rechts wählen“ (Deutschlandfunk 2024); „AfD statt Grüne und FDP: Warum mehr junge Menschen rechts gewählt haben“ (Ruppert 2024) oder gar „Rechtsextremismus: Sind



Grafik: www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-alter.shtml, aufgerufen am 22.04.2026

die Skinheads zurück?“ (Bender; Nefzger 2024). Die Aufmerksamkeit zahlreicher Journalist*innen verweist darauf, dass sich im Wahlverhalten und in Teilen jugendlicher Subkultur etwas verändert hat. Blickt man auf die Wahlergebnisse der vergangenen Jahre, zeigt sich ein eher unbeständiges Bild bei den Wahlentscheidungen der jüngsten Kohorte. Bei der Bundestagswahl 2013 (Gründungsjahr der AfD) entschieden sich gerade 6% der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen für die AfD. Diesen Wert konnte die Partei 2017 auf 10% erhöhen, sank aber 2021 in der Gunst der Jungwähler*innen bereits wieder auf 7% ab. Gleichzeitig zeigten die Zustimmungsraten der Grünen im selben Zeitraum einen enormen Anstieg, der bei der

Bundestagswahl 2021 darin mündete, dass die Partei von 23% der Wähler*innen in der Altersgruppe 18 bis 24 Jahre gewählt wurde. Man kann also – zumindest bundesweit – keineswegs von einem kontinuierlichen Anstieg der Wahlergebnisse der AfD in jener Alterskohorte sprechen. 2024 scheint alles anders: Bei der Europawahl waren erstmals auch junge Menschen ab 16 Jahren wahlberechtigt. In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen entschieden sich 16% für die Wahl der AfD. Dies war ein gewaltiger Zugewinn von 11 Prozentpunkten im Vergleich zur Europawahl 2019. Und auch im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 zeigte dies mehr als eine Verdopplung der Wahlergebnisse in dieser Kohorte. Bei der Bundestagswahl 2025 erreichte die AfD mit einem Stimmanteil von 21 Prozent in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen einen Zugewinn von 14 Prozentpunkten. Die meisten Stimmen konnte mit 25% allerdings Die Linke für sich gewinnen.

Subkultur, soziale Netzwerke und Radikalisierung

Jenseits der Wahlentscheidungen zeigten sich in den letzten Jahren vor allem in den sozialen Netzwerken – allen voran bei TikTok und Instagram – und bei Mobilisierungen auf der Straße, dass Teile der jüngeren Generation offen für extrem rechte Ideologie eintreten. Hierbei war eine Rückkehr des Stils der Skinheadbewegung der 1990er-Jahre zu beobachten. Besonders bei den zahlreichen Protesten gegen verschiedene Christopher Street Days (CSD) war die-

ser Kleidungsstil öffentlich wahrzunehmen. Schaut man genauer auf die Orte der Gegenproteste und vor allem jene, an denen nennenswerte Mobilisierungserfolge der neonazistischen Jugend-Szene zu verzeichnen waren, handelt es sich hierbei vor allem um ein ostdeutsches Phänomen mit Schwerpunkt in Sachsen, teils Sachsen-Anhalt und Thüringen (Mellea/Düker 2024). Mit rund 700 Teilnehmenden war die größte Mobilisierung in Bautzen zu verzeichnen, dennoch kann man hier nicht von festen Organisationsstrukturen sprechen, eher von losen, durch die sozialen Medien mobilisierten Gruppen, denen einzelne Aktivist*innen vorstehen. Die sozialen Medien bilden hierbei eine Klammer zwischen dem digitalen Auftreten bestimmter Einstellungen und Sichtweisen und der (realweltlichen) Mobilisierung zu Protesten. Im Netzwerk TikTok sind die Klickzahlen auf Videos von jungen Akteur*innen, die hier meist von Rechts-Rock unterlegt ihren Skinheadstyle zur Schau stellen, enorm. Die Videos erreichen zehntausende Klicks. Diese Entwicklungen in den sozialen Netzwerken sind aber kein nationales Phänomen, sondern bilden eine internationale Entwicklung ab. Vor allem russische Accounts scheinen hier einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung einer subkulturellen Symbolwelt in Deutschland zu haben. Beispielhaft lässt sich dies an einem Handzeichen erklären. Gemeint ist eine Faust mit einem oben abgeknickten Daumen. Nicht nur, dass dies auch als Symbol in TikTok-Videos deutscher Jugendlicher genutzt wird, es ist teils auch in Beratungsfällen im Kontext Schule bereits Thema der Mobilen Beratung gewesen. Hierbei handelt es sich um ein Zeichen, welches die Gruppe „Okkupay Pedofilyay“ nutzte (Jugendschutz.net 2014), welche vom verstorbenen Neonazi Maxim Sergejewitsch Marzinkewitsch (Spitzname Tessak) gegründet wurde. Die Gruppe hatte in Russland vermeintlich Pädophile gejagt und war durch erhebliche Gewalttaten in Erscheinung getreten. Es hat also einen direkten Bezug zu einem russischen Neonazi und dessen organisierten Aktivitäten, ist aber außer-

halb der digitalen Welt – zumindest in Deutschland – kaum bekannt.

Zur Europawahl nutzten die AfD und besonders ihr Spitzenkandidat Maximilian Krah TikTok für die direkte Ansprache junger Menschen und vor allem junger Männer.¹ Dass die extrem rechte Szene hier eine Chance für sich sieht, um junge Menschen zu erreichen und eine „kulturelle Hegemonie“² online zu erlangen, ist nicht neu. Bereits 2023 sprach der extrem rechte Aktivist Erik Ahrens, der später Teile der Europa-Kampagne von Maximilian Krah verantwortete, beim neurechten Institut für Staatspolitik über seine Idee eines „TikTok von rechts“.³ TikTok bietet für die Strategie der extremen Rechten Vorteile: Allen voran der spezifische Algorithmus, welcher es auch ohne einen Kanal mit zahlreichen Follower*innen erlaubt, enorme Klickzahlen auf Videos zu erreichen. So konnte man im Wahlkampf in Thüringen sehen, wie die AfD und ihr Umfeld vorgingen: Für die TikTok-Videos des Junge-Alternative-Funktionärs Eric Engelhardt aus Thüringen wurden eigene Telegram-Kanäle („TikTok Guerilla“) angelegt, in denen jede*r dessen vorproduzierte Videos runterladen konnte, um damit die Plattform über zahlreiche Kanäle zu fluten. Wie viele Menschen schlussendlich mit den Videos erreicht wurden, lässt sich somit kaum sagen. Der Algorithmus gebe ihnen „Macht und Reichweite“, betonte Ahrens schon 2023. Mit Bezug zu den TikTok-Nutzungsstatistiken resümierte der extrem rechte Aktivist 2023: „Man hat eigentlich 90 Minuten am Tag ein Fenster in deren Gehirn, wo man da reinsenden kann“. Das heißt wiederum nicht, dass Jugendliche nach dem Konsum rechter TikTok-Inhalte direkt ihre politischen Einstellungen neu ausrichten. Dieser Zusammenhang ist komplexer. Vielmehr sieht man, dass das vorhandene Potenzial extrem rechter Einstellungen von der AfD und ihrem Umfeld gezielt aufgegriffen und für die Partei mobilisiert werden soll. Die Partei hat hier allein schon durch ihre übermäßige Präsenz in den (Sozialen) Medien einen deutlichen Vorteil: erscheint sie doch als einziger Ansprechpartner.

¹ Abou-Chadi (2024) zeigt zwar, dass auch junge Frauen europaweit verstärkt rechte Parteien wählen, diese Wahlentscheidung unter jungen Männern aber dennoch deutlich wahrscheinlicher ist.

² „Kulturelle Hegemonie“ bezeichnet die Absicht, die Hoheit über Werte und Ideen, v.a. im kulturellen Bereich zu erhalten. Die zeitgenössische Rechte beabsichtigt liberale und progressive Einflüsse auf Kultur durch extrem rechte Werte zu ersetzen und im Anschluss einen Wandel auf politischer Ebene zu evozieren.

³ Vgl. Ahrens gesamter Vortrag: https://www.youtube.com/watch?v=kDv5ZL_nptQ [letzter Zugriff: 23.01.2025].



Insgesamt ist diese Verschiebung auf subkultureller Ebene – besonders auch durch die digitale Vernetzung – eine hochgradig gefährliche Dynamik. Sie bildet auch die Grundlage, auf der sich junge Menschen offenbar bis zu schweren Gewalttaten radikalisieren können und keineswegs beim Ausleben subkultureller Praktiken stehen bleiben. Deutlich wurde dies anhand der Razzien und Festnahmen der Bundesanwaltschaft, welche sich im Mai 2025 gegen eine Gruppe namens „Die letzte Verteidigungswelle“ (LVW) richtete. Mitglieder der Gruppe sollen auch 2024 schon für einen Anschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft in Schmölln verantwortlich sein. Die



Gera, Mai-Veranstaltung:
„Die Heimat“-Demo,
junges Neonazi-Pärchen,
Foto: Mobit/Thüringen

Bundesanwaltschaft schreibt dazu: „Die Mitglieder dieser Vereinigung verstehen sich als letzte Instanz zur Verteidigung der ‚Deutschen Nation‘. Ihr Ziel ist es, durch Gewalttaten vornehmlich gegen Migranten und politische Gegner einen Zusammenbruch des demokratischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland herbeizuführen. Zu solchen Taten zählen insbesondere Brand- und Sprengstoffanschläge auf Asylbewerberheime und Einrichtungen des politisch linken Spektrums, dies gegebenenfalls auch mit tödlichem Ausgang“ (Generalbundesanwalt 2025). Die LVW war nur eine von verschiedenen Gruppen junger extrem rechter Aktivist*innen, welche sich besonders im Zuge der Anti-CSD-Proteste 2024 gegründet hatten.

Ergebnisse jüngster Einstellungsforschungen

Die beschriebenen Wahlergebnisse, subkulturellen Erscheinungsformen und Aktivitäten in den sozialen Medien weisen direkt auf die Einstellungsebene junger Menschen: Auf welche Art und Weise bewerten sie gegenwärtige gesellschaftspolitische Themen? Kurzum: Spiegeln sich die beschriebenen Entwicklungen auch in den erhobenen Einstellungen wider?

Einige Hinweise finden sich bereits in einer Studie von 2018. Für diese befragte der Soziologe Martin Schröder mit seinem Team fast 7.000 Schüler:innen aus insgesamt elf Bundesländern (daher gilt die Studie nicht als repräsentativ, gibt aber wichtige Hinweise), unter denen 6,4% extrem rechte Einstellungen aufwiesen (Schröder et al. 2024). Diese Zahlen erhielten 2024 durch eine Erhebung des Soziologen und Rechtsextremismusforscher Matthias Quent und dessen Team eine Aktualisierung: Von den rund 2.000 befragten Jugendlichen (die Hälfte jeweils in Ost- und Westdeutschland) stimmten 17,8% allen Aussagen zu äußerst rechten Einstellungen mindestens teilweise zu. Die Autor:innen der Studie schlussfolgern, dass junge Menschen 2024 „deutlich rechter und demokratieferner orientiert [waren] als der Bevölkerungsdurchschnitt“ (Quent et al. 2024: 41). Insbesondere ist hier die hohe Zustimmung zu Dimensionen der „Neo-NS-Ideologie“⁴, zu nationalchauvinistischen Einstellungen und zu autoritären Wünschen (Decker et al. 2024: 53/54; Quent et al. 2024: 25) unter jungen Menschen hervorzuheben. Diese Entwicklungen im Einstellungsbereich bilden sich in ähnlicher Form – wie oben beschrieben – auch in den Wahlentscheidungen junger Menschen ab.

Einstellungen, Werte und (Zukunfts-)Ängste

Zusätzlich zur Erforschung extrem rechter Einstellungen gibt auch die Betrachtung von geteilten Werten, Normen und Sorgen Aufschluss über die Gründe für

extrem rechte Einstellungen und Wahlentscheidungen dieser Alterskohorte. Dabei zeigt sich ein uneinheitliches Bild der Ergebnisse vorliegender Studien. Einige Forscher*innen argumentieren, dass sich das Verhältnis zur Zukunft unter jungen Menschen verändert habe und dies ausschlaggebend für eine Affinität zu extrem rechten Positionen sei. Die Sicht Heranwachsender auf die Zukunft sei früher positiv und vielversprechend gewesen und erscheine stattdessen nun prekär und nicht mehr offen (Frühauf 2024: 6; Friedrich/Schniederjann 2024). Die aktuelle Shell-Jugendstudie (2024) zeichnet ein ähnliches Bild: Der Blick in die Zukunft der Gesellschaft sei zwar zuversichtlich, die Zuversicht in die eigene, individuelle Zukunft aber weniger positiv. Dies lässt die vorsichtige erste Interpretation zu, dass der Zulauf zur AfD unter jungen Menschen und die verstärkte Zustimmung zu extrem rechten Einstellungen u.a. auf einen protektionistischen Mittelstandschauvinismus unter jungen Menschen zurückzuführen sein könnte. Gleichzeitig erkennt die Shell-Jugendstudie (2024) auch eine Gruppe „verdrossener Jugendlicher“, die eine niedrigere Bildung haben, häufiger aus dem Osten kommen und die eine ablehnende Haltung gegenüber staatlichem Handeln und gesellschaftlicher Liberalisierung verbindet. Dennoch möchten wir davor warnen, prekäre soziodemografische Umstände und ökonomische Deprivation als alleinigen und kausalen Faktor in der Hinwendung zu extrem rechten Einstellungen anzusehen. Dies hat bereits Forschung in der Vergangenheit ausreichend problematisiert (vgl. hierzu: Hoffmann-Lange 1996: 131).

Bei der Frage nach den größten Sorgen junger Menschen werden in den Studien vor allem Klimawandel, Diskriminierung, Krieg, die »wachsende Feindseligkeit« und »Ausländerfeindlichkeit« sowie nicht zuletzt der Aufstieg des Rechtspopulismus benannt (Shell-Jugendstudie 2024; Calmbach et al. 2024). Weniger häufig werden hingegen »Spannungen in der Gesellschaft wegen des Zuzugs von Geflüchteten, das wahrgenommene Problemlösungsdefizit der Politik und Inflation als zentrale Sorgen« angegeben (Calmbach et al. 2024: 156).

Auch die Sorge um Inflation, die die ökonomische Deprivationsthese nahelegen würde, ist eher gering und wird, so die

Sinus-Studie, „stärker durch mediale Dauerberichterstattung geprägt [...] als durch direkte Betroffenheit“ (Calmbach et al.: 163). Die Shell-Jugendstudie schlussfolgert – hier durchaus ambivalent – dass sich junge Menschen zwar Sorgen um die wirtschaftliche Lage und potenziell steigende Armut machen, sie aber gleichzeitig weniger Angst vor Arbeitslosigkeit haben.

Dieser differenzierte Blick auf „die Jugend“ ist wichtig. So bleibt die Frage: Kann man von einem „jungen Rechtsruck“ sprechen?

Diskussion: Junger Rechtsruck?

Oft werden in der öffentlichen Diskussion Vergleiche zu den 1990-Jahren, den sogenannten Baseballschlägerjahren, gezogen. Der Vergleich kann für die Sichtbarmachung bestimmter Dynamiken hilfreich sein und zeigt auch gewisse Gemeinsamkeiten. Im Detail zeigt sich jedoch, dass vor allem die Rahmenbedingungen sich deutlich unterscheiden. Zum einen ist die aktuelle Dimension der beschriebenen Tendenzen deutlich geringer – war der extrem rechte Skinhead-Style Anfang der 1990-Jahre in manchen ostdeutschen Landstrichen die dominierende Subkultur, so sind dies heute insgesamt eher Randerscheinungen. Gleichzeitig hat aber die Verbreitung subkultureller Inhalte über das Internet deutlich an Bedeutung gewonnen. Auch die Dimension der Gewalt ist bisher keineswegs auf dem Niveau der Nachwendzeit angekommen. Nicht zuletzt dürfte einer der zentralen Unterschiede sein, dass die aktuelle Entwicklung nicht im Rahmen eines zerfallenen Staatssystems stattfindet, dessen Sicherheitsorgane kaum in der Lage waren, dem militanten Rechtsextremismus der 1990er-Jahre entgegenzutreten. Hinzu kommt auch eine deutlich breitere und organisierte Zivilgesellschaft, die einem Rechtsruck entgegentritt und auch der Verharmlosung rechter Gewalt. Dennoch: Auf verschiedenen Ebenen ist eine Hinwendung junger Menschen zu extrem rechten Einstellungen, Parteien und subkulturellen Praktiken zu beobachten. Voreilige Schlüsse sind dennoch zu vermeiden, da rechte Akteur*innen einen Rechtsruck unter jungen Menschen gern herbeireden und normalisieren. Hinzu kommt, dass junge Menschen mit ihren politischen Einstellungen experimentieren, „was sowohl zu der Annahme ex-

⁴ Bezüglich der Dimensionen der „Neo-NS-Ideologie“ stellt die Leipziger Autoritarismus Studie fest, dass diese bisher hauptsächlich unter Älteren aufzufinden war, sich mittlerweile aber das „Verhältnis zwischen den drei von uns gebildeten Altersgruppen [...] relativ ausgeglichen“ hat (Decker et al. 2024: 53). Interessanterweise sind unter jungen Menschen im Westen sogar die höchsten Zustimmungswerte auszumachen. Einschränkend sei an dieser Stelle aber darauf hingewiesen, dass die Interpretation dieser Zahlen vorsichtig behandelt werden sollte, da die Fallzahl eher gering ist.

tremer politischer Positionen als auch zu kurzfristigen Änderungen ihrer Positionen führen kann“ (Schröder et al. 2024: 81). Ein Hinweis darauf können die Wahlergebnisse der Grünen bei der Bundestagswahl 2021 sein und der Verlust großer Teile dieser Alterskohorte bei den Wahlen 2024. Provokation spielt bei jungen Menschen ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Erziehungswissenschaftlerin Katharina Fahrrig gibt hierzu zu bedenken, dass jugendliche „Handlungen aus Protest oder Provokation erfolgen können, ohne dass eine entsprechende Einstellung unbedingt vorgelagert sein muss, so dass rechtsextremistische Verhaltensweisen ohne rechtsextremistische Einstellung denkbar sind“ (Fahrrig 2020: 9).

Unabhängig davon, ob junge Menschen extrem rechte Handlungen aus Provokation oder Überzeugung (oder beidem) ausführen, ist es sinnvoll, auf Werte und Vorstellungen unter jungen Menschen hinzuweisen, die repräsentativ für deren nach wie vor starke liberale Grundeinstellung stehen. So darf die omnipräsenten Trans-, und Queerfeindlichkeit gegen CSDs im vergangenen Jahr nicht darüber hinwegtäuschen, dass soziale Gerechtigkeit und das Gleichheitsprinzip nach wie vor wichtige Werte für junge Menschen insgesamt sind (Calmbach et al. 2024). Die Befragten der Sinus-Studie nehmen eine „Ungleichbehandlung queerer Menschen als moralisch falsch wahr“ (Calmbach et al. 2024: 29). Auch die Shell-Studie hält fest, dass unter jungen Menschen „die Akzeptanz von schwulen und lesbischen Lebensweisen weiter zu[nimmt]“ und allgemein eine grundsätzliche Toleranz unter jungen Menschen „gegenüber anderen Lebensformen oder sozialen Gruppen“ herrscht (Shell-Jugendstudie 2024: 24; 18). Dies zeigt nicht zuletzt, dass die wenigen auch medial sehr präsenten Demonstrationen gegen verschiedene CSDs kein repräsentatives Bild sind, sondern – gemessen an einer Gesamtschau – eher eine Minderheit abbilden. So erschien z.B. der extrem rechte Protest gegen den CSD in Eisenach eher kläglich angesichts einer großen Menge (junger) Menschen, die für Geschlechtergerechtigkeit eintreten. Im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Trans- und Queerfeindlichkeit ist diese Minderheit dennoch ernst zu nehmen. Die AfD und ihre Jugendorganisation haben dieses Potenzial erkannt, instrumentalisiert, mobilisiert und verfestigen es so weiter.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der „Ausländerfeindlichkeit“ unter jungen Menschen: Hier weisen junge Menschen wesentlich geringere ausländerfeindliche Einstellungen auf als ältere. Das wiederum heißt nicht, dass rassistische Einstellungen und Handlungen unter jungen Menschen kleingeredet werden sollten (Decker et al. 2024: 54; Quent et al. 2024: 26).

Hinzu kommt, und dies deckt sich mit der Forschung zur Gesamtgesellschaft, dass bei jungen Menschen von keiner allgemeinen Politikverdrossenheit, sondern vielmehr von Parteiverdrossenheit und Demokratieunzufriedenheit gesprochen werden kann. Das Interesse an politischen und gesellschaftlichen Themen ist hoch (Calmbach et al. 2024; Quent et al. 2024; Shell-Jugendstudie 2024). Im Zuge dieser Ergebnisse stellt sich eher die Frage, inwieweit demokratische Parteien noch als Repräsentanten der Interessen junger Menschen wahrgenommen werden. Es scheint kein Zufall zu sein, dass sich diese Entwicklungen auch auf der Einstellungsebene vor allem über die Jahre der Corona-Pandemie und dem massiven Einfluss der Gegenmaßnahmen auf das Leben junger Menschen so entwickelt haben.

Angesichts der Tatsache, dass insbesondere autoritäre Einstellungen und Nationalchauvinismus bei jungen Menschen verfangen, liegt die Annahme nahe, dass es sich bei den aktuellen Entwicklungen um eine Art „Resouveränisierung“ handelt. Junge Menschen beabsichtigen, so der Soziologe Wilhelm Heitmeyer, sich selbst, aber auch die eigene Nation wieder als handlungsfähiges, starkes, selbstbestimmtes und machtvolleres Subjekt zu konstituieren (Pfitzner 2024). Solche autoritären Wünsche werden maßgeblich durch Krisenerfahrungen bedingt. Dies deckt sich mit unseren Beobachtungen des gegenwärtigen extrem rechten Aktivismus: Hier kommen v.a. junge Männer als Kollektiv zusammen und verfolgen ein besonders starkes und selbstbewusstes Auftreten. Insbesondere die Demonstrationen gegen die CSDs können als reaktionärer Versuch gesehen werden, die Überforderung angesichts eines Aufbrechens binärer Geschlechtlichkeit einzufangen.

Insgesamt zeigt sich ein ambivalentes Bild, das nicht zulässt, pauschal von

einem jugendlichen Rechtsruck zu sprechen. Vielmehr erleben wir eine Gleichzeitigkeit gegensätzlicher Entwicklungen. Einerseits sehen wir neue, durchaus besorgniserregende Entwicklungen im aktivistischen und subkulturellen Milieu sowie auf der Einstellungsebene. Hinzu kommt, dass das Stigma, sich rechts zu positionieren oder rechts zu wählen, scheinbar in großen Teilen verschwunden ist und es hier ein neues jugendliches Selbstbewusstsein gibt. Andererseits vertritt ein Großteil der jungen Menschen nach wie vor liberale bis progressive Einstellungen und beteiligt sich auf der Straße an Demonstrationen gegen die extreme Rechte. Diese Entwicklungen werden gerahmt von mannigfaltigen existenziellen Krisenszenarien und einer Entfremdung junger Menschen von etablierten politischen Parteien. Genau in diesem Bereich zwischen Ängsten und Repräsentationslücke versuchen die AfD und ihre Vorfeldorganisation zu agieren. Es bedarf hier dringend einer deutlich größeren Einbindung und Repräsentation junger Menschen, um dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen, bevor sich die extrem

rechten Einstellungen und Einbindungen in rechte Netzwerke verfestigen. Wird der AfD und ihrem Umfeld weiterhin das Feld überlassen, ist ein Anstieg rechtsextremer Einstellungswerte und AfD-Stimmenanteile bei zukünftigen Wahlen zu erwarten. Hinzu kommt, dass diese Kohorten langfristig durch ihre demokratiefeindlichen Einstellungen einen negativen Einfluss auf demokratische und zivilgesellschaftliche Prozesse ausüben könnten.



Gera, Mai-Veranstaltung: „Die Heimat“-Demo, junge Demonstranten, Foto: Mobit/Thüringen

Hannah Merkle und Felix M. Steiner / Mobit Thüringen

Quellen:

- Abou-Chadi, Tarik (2024): A gendered far-right wave among young voters in Western Europe? In: European Journal of Politics and Gender, Early View.
- Bender, Justus; Nefzger, Andreas (2024): Sind die Skinheads zurück? - <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus-sind-die-skinheads-zurueck-19867355.html> [letzter Zugriff: 12.09.2025].
- Calmbach, Marc et al. (2024): Wie ticken Jugendliche? 2024 Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Eine SINUS-Studie im Auftrag von: Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz, Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Bundeszentrale für politische Bildung, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, DFL Stiftung. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.
- Decker, Oliver et al. (2024): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Psychosozial-Verlag: Gießen.
- Deutschlandfunk (2024): AfD-Erfolge. Warum Jugendliche rechts wählen. - <https://www.deutschlandfunk.de/junge-waehler-rechts-afd-100.html> [letzter Zugriff: 12.09.2025].
- Fahrrig, Katharina (2020): Rechte Jugendliche und ihre Familien. Eine Perspektiven triangulierende Rekonstruktion biografischer Hintergründe. Springer Fachmedien Wiesbaden: Wiesbaden.
- Friedrich, Sebastian; Schniederjann, Nils (2024): Unsichere Zukunft, autoritäre Antwort. Wie die AfD bei der Jugend punktet. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9, S. 73–78.
- Frühau, Marie (2024): Adolescence in times of social-ecological crisis. Perspectives for social pedagogical analysis and research. In: Social Work & Society, 21(2), S. 1–13.
- Generalbundesanwalt (2025): Festnahme von vier mutmaßlichen Mitgliedern und einem mutmaßlichen Unterstützer einer rechtsextremistischen terroristischen Vereinigung. - <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/Pressemitteilung-vom-21-05-2025.html?nn=478184> [letzter Zugriff: 12.09.2025].
- Hoffmann-Lange, Ursula 1996: Das rechte Einstellungspotential in der deutschen Jugend. In: Jürgen W. Falter (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, (S. 121-137). Opladen: Westdt. Verl.
- Jugendschutz.net (2014): „Okkupay Pedofilyay“. Neonazis machen Jagd auf Homosexuelle. - https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/jugendschutznet_dossier_okkupay.pdf [letzter Zugriff: 12.09.2025].
- Mellea, Jessa; Düker, Joe (2024): Eine neue Generation von Neonazis: Mobilisierungen gegen CSD-Veranstaltungen im Jahr 2024 durch rechtsextreme Jugendgruppen im Internet. - <https://cemas.io/publikationen/neue-generation-neonazis-mobilisierung-gegen-csd-veranstaltungen/> [letzter Zugriff: 12.09.2025].
- Pfitzner, Florian (2024): „Wirkt auf mich irritierend“. Warum junge Menschen der AfD zutrauen, die Probleme in Europa zu lösen - <https://www.fr.de/politik/erstwaehler-europawahlafd-eu-europaeische-union-bruessel-zr-92918287.html> [letzter Zugriff: 12.09.2025].
- Ruppert, Jasper (2024): AfD statt Grüne und FDP: Warum mehr junge Menschen rechts wählen. - <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/afd-statt-gruene-und-fdp-warum-mehr-junge-menschen-rechts-waehlen,UFIU6BC> [letzter Zugriff: 12.09.2025].
- Quent, Matthias et al. (2024): Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen (RIOET). Auswertung der quantitativen Befragung. Hochschule Magdeburg-Stendal: Magdeburg.
- Schröder, Carl Philipp; Goede, Laura-Romina & Lehmann, Lena (2024): Online- Aktivitäten und rechtsextreme Einstellungen im Jugendalter. In: MedienPädagogik, 59, S. 77–103.
- Shell-Jugendstudie 2024 (2024): Die Shell Jugendstudie. - <https://www.shell.de/ueber-uns/initiativen/shell-jugendstudie-2024.html> [letzter Zugriff: 12.09.2025].

02 - Einordnung und Relevanz

CSD FULDA: ZWISCHEN AUFBRUCHSTIMMUNG UND RECHTEN ANFEINDUNGEN

Ein Interview mit Charlie* R.

Hallo Charlie*! Du warst als moderierende Person sehr präsent auf dem CSD in Fulda. Seit wann und warum engagierst du dich für Sichtbarkeit von queerem Leben?

Seit ungefähr 2022, also mit Planung des ersten CSD nach über 20 Jahren in Fulda. Weil ich selbst in meinem Leben familiär einiges nicht so Schönes durchgemacht habe und ich dadurch eine innere Motivation entwickelt habe, eventuell mit diesem Aktivismus zu verhindern, dass andere Menschen Ähnliches durchmachen müssen. Und vielleicht auch, damit sie in Fulda ein bisschen Hoffnung schöpfen, dadurch, dass queeres Leben, queere Sichtbarkeit, queerer Aktivismus auch in diese erzkonservative Stadt kommt.

Wie nimmst du die Region in Bezug auf die Sichtbarkeit von queerem Leben und die politische Kultur wahr?

Das hat sich in den letzten Jahren tatsächlich massiv zum Positiven verändert. Als ich selbst so zu mir gefunden habe, zu meiner Identität, gab es noch gar nichts. Um Beratung zu bekommen oder ärztliche Versorgung musste ich nach Frankfurt fahren. Mit dem ersten CSD hat sich das geändert. Seit 2018, meine ich, gibt es das Projekt Akzeptanz und Vielfalt in Fulda und Region, was zu queerem Leben im ländlichen Raum forscht. Dadurch ist die Queere Stunde entstanden. Dann gab es das Fest der Vielfalt, was durch die Aidshilfe organisiert wird. Und dann kam der CSD dazu und über

die Jahre hinweg wurde das Angebot einfach mega krass ausgebaut. Es gibt einen queeren Treff in Lauterbach. Und parallel dazu wird es auch immer besser in der Gesellschaft oder hier in Fulda akzeptiert. Fulda hängt die Regenbogenflagge auf. Es ist immer noch konservativ und immer noch schwierig und mit Vorurteilen behaftet, aber es geht in die richtige Richtung. Dadurch, dass wir überall, wo es geht, sichtbar sind und uns nicht zurückdrängen lassen.

Hast du das Gefühl, dass sich auch in den ländlicheren Regionen etwas bewegt?

Der Landkreis Fulda ist schwieriger. Ich weiß, dass es hier in Fulda jetzt ein wirklich gutes Angebot gibt. Es ist immer noch ausbaufähig, aber besser als nichts. In den umliegenden Dörfern, Städten, Gemeinden ist es schwieriger. Mir sind zum Beispiel gar keine Angebote aus der Rhön bekannt. Ich selbst habe lange in Weyhers gelebt, da war das noch was ganz Exotisches, eine Krankheit, sonst was. Also auf dem Land außerhalb von Fulda weiß ich gar nicht, ob es da überhaupt Angebote gibt. Wenn dann, dann sind sie sehr unsichtbar.

Es gab allerdings ein paar Schwierigkeiten im Vorfeld. Was ist dieses Jahr losgewesen?

Es gab diverse Schwierigkeiten. Der CSD wurde die letzten

Jahre von einem Verein hier in Fulda getragen. Dieser Verein hat sich relativ knapp zum Jahreswechsel dazu entschieden, den CSD nicht mehr zu unterstützen, also nicht mehr als Trägerverein aufzutreten. Das hat uns erst mal enorm viel Zeit geraubt. Wir haben nicht mal ein halbes Jahr Zeit gehabt, um den CSD zu organisieren. Gleichzeitig sind finanzielle Mittel und Know-how weggefallen. Das Wissen, das in den Jahren davor gesammelt wurde, war damit natürlich auch weg.

Wie habt ihr es trotz alledem geschafft, den CSD auf die Beine zu stellen?

Wir haben uns an die Aids-Hilfe Fulda gewendet und dort gefragt, ob sie uns hilft, den CSD auf die Beine zu stellen und ob sie die Rolle des Trägervereins übernehmen kann. Das hat die Aids-Hilfe glücklicherweise gemacht. Und wir haben zu so einer Art Krisensitzung eingeladen damit die verschiedenen Initiativen in Fulda zu uns kommen und mit uns schauen: Wie kriegen wir einen CSD auf die Beine gestellt? Und das hat auch geklappt. Die Menschen sind gekommen und wir haben relativ schnell ein großes, basisdemokratisches Bündnis auf die Beine gestellt. Mit dem haben wir dann in verschiedenen Arbeitsgruppen, trotz in Teilen fehlender Vorerfahrung, den CSD auf die Beine gestellt. Die finanziellen Schwierigkeiten haben wir gelöst, indem wir eine Spendenkampagne veröffentlicht haben, über die dann relativ schnell einiges an Geld reingekommen ist. Von Vereinen, aber auch von vielen Privatpersonen, die es ermöglicht haben das finanzielle Loch zu stopfen.

Und das mit den Rechtsextremen - wir haben uns nicht einschüchtern lassen von denen und sind trotzdem auf die Straße gegangen. Es hat auch im Vorfeld viele Gespräche mit den Ordnungsbehörden gegeben, die immer wieder gesagt haben: „Ach, wollt ihr die Route nicht kleiner machen?“ Und die Sicherheitsrisiken wären so hoch und hier und da gäbe es Probleme und so weiter. Aber da haben wir klar gesagt: Nein, wir wollen uns jetzt nicht von irgendwelchen Faschos einschüchtern lassen und irgendwie einschränken lassen. Wir gehen trotzdem laut und bunt auf die Straße, ohne irgendwelche Abstriche!

Konntest du den Tag selber auch ein bisschen genießen?

Schwierige Frage. Also an dem Tag ist ja auch nicht alles glatt gelaufen, das hat mich auch ziemlich gestresst. Dennoch gab es immer wieder Situationen, wo ich kurz mal durchatmen konnte und sagen konnte: Wow, wir haben es geschafft diese Demo auf die Beine zu stellen, die in unseren Augen der beste CSD war, den Fulda je hatte. Und das in einem basisdemokratischen Bündnis, in dem es häufig lange Diskussionen gab. Als ich zwischendurch mit anderen den Redebeiträgen zugehört habe, da gab so kurze Momente der Freude und des Genießens. Aber im Großen und Ganzen war es eher stressig.

Anti-CSD-Proteste in Fulda 2025, Foto: MBT Hessen



Wie hast du die Redebeiträge wahrgenommen und was hat dir an ihnen Freude bereitet?

Also die Redebeiträge, die ich gehört habe, haben mich selbst total berührt und einige der Redebeiträge waren ja auch relativ spontan. Das lag daran, dass unser Programm vor dem Zeitplan war. Dadurch hatten wir die Möglichkeit den Raum zu öffnen für spontane Redebeiträge. Die persönlichen Geschichten von einigen Jugendlichen zu hören, das war mega berührend.

Auf euren Social-Media-Kanälen kann man sehen, dass viele verschiedene demokratische Organisationen als Unterstützer*innen aufgeführt werden. Hast du das Gefühl, es gab jetzt mehr oder weniger Unterstützung dieses Jahr als in den Jahren davor?

Es kommt drauf an, in welche Richtung man guckt. Wir hatten dieses Jahr, wenn ich mich richtig erinnere, das erste Mal Unternehmen, die auch mit Logo aufgetreten sind. Wenn man zu den Parteien guckt, ist es durchaus so, dass in den letzten Jahren gewisse Parteien nicht mehr bei den Unterstützenden aufgeführt wurden. Da sehen wir, dass es sich in die Richtung bewegt, dass eben nicht mehr alle demokratischen Parteien queere Rechte unterstützen. Was Vereine und Initiativen angeht ist der Kreis der Unterstützer*innen derselbe geblieben. Manche haben wir einfach nicht erreicht oder erst zu spät. Aber die Unterstützung in Fulda bleibt konstant und nimmt eher zu, würde ich jetzt mal pauschal sagen. Und auch aus der Rhön kam dieses Mal von einigen Institutionen Support und der Aufruf zum CSD zu mobilisieren. Das war neu und hat uns positiv überrascht.

„Sowie jede*r von uns Privilegien hat, kann jede*r von uns marginalisiert werden. Im Kampf gegen den aufkommenden Faschismus ist es demnach wichtiger denn je, dass wir unsere Privilegien hinterfragen und uns aktiv, egal wie gut gestellt wir sind, für schwächere einsetzen – denn wenn die eine Minorität von Faschisten aus dem Weg geräumt ist, ist es sehr wahrscheinlich, dass man selbst zum nächsten Feindbild wird. Nur so ist eine solidarische Gesellschaft möglich.“

Die katholische Kirche hat in Fulda gerade in der Vergangenheit auch dezidiert homo- und transfeindliche Akteure hervorgebracht oder Position bezogen. Wie habt ihr die Unterstützung von dort wahrgenommen?

Also, was die Kirche angeht, muss man in Fulda sagen, sind wir alle sehr positiv überrascht. Das ist dieses Jahr nicht das erste Mal, dass die Kirche dabei war aber das erste Mal, dass das Bistum unabhängig vom CSD dazu aufruft, solidarisch zu sein. Aber die katholische Jugend, als auch die evangelische Jugend sind schon die letzten Jahre dabei und unterstützen das Ganze. Letztes Jahr gab es auch einen Gottesdienst, dieses Jahr leider nicht aber das ist natürlich gerade in so einer erzkonservativen Stadt wie Fulda noch mal ein starkes Zeichen. Gerade auch, weil es natürlich leider nach wie vor in

der katholischen Kirche Stimmen gegen uns gibt. Hier in Fulda gibt es z.B. eine rechte katholische Studierendenverbindungen und die Pius-Buderschaft. Also es gibt nach wie vor erzkonservative bis radikalrechte Akteure aus dem Spektrum.

Hat sich bei dir im Alltag durch die zunehmende Präsenz extrem rechter Akteure und Positionen im Alltag etwas verändert?

Ja durchaus. Ich merke, dass ich in den letzten Jahren, deutlich wachsamer bin. Eben auch, weil ich ja mit meinem Aussehen nicht gerade versuche der heteronormativen Norm zu entsprechen. Mit gefärbten Haaren falle ich halt einfach auf, ich trage Regenbogenarmbänder und bin halt einfach sichtbar queer, in Anführungszeichen. Ich wurde in der Vergangenheit bereits angepöbelt als auch angegangen und das nimmt auch immer mehr zu. Man geht wachsamer durch die Stadt, gerade nachts. Es ist tatsächlich so, dass ich mich nicht mehr ganz so wohl fühle in manchen Teilen der Stadt oder wenn ich manche Personengruppen sehe. Queerfeindlichkeit ist nicht nur ein Phänomen, das man in den Medien sieht, sondern man erlebt es schon als sichtbar queere Person im Alltag. Man erfährt mehr Ablehnung.

Gibt es Dinge, die ihr euch auch gerade von Menschen, die nicht von Queerfeindlichkeit betroffen sind, wünscht?

Solidarisch sein, mit uns auf die Straße gehen, bei Veranstaltungen wie dem CSD oder dem IDAHOBIT - also der Internationale Tag gegen Homo-, Trans-, Inter- und Bi+-Feindlichkeit. Ja, einfach mit uns auf die Straße gehen und sichtbar solidarisch sein. Aber auch wenn man vielleicht jetzt nicht schon Ally ist und selber Vorurteile im Kopf hat, nicht auf die Springerpresse wie Bild und Co. reinfallen, sondern mal mit uns ins Gespräch kommen. Es wird immer sehr viel über uns geredet. In der Politik, im Fernsehen, in den Medien. Aber wenn man mit diesen Personen spricht, die den Hass in diesen Medien reproduzieren, merkt man, die hatten noch nie im Leben eine queere Person vor sich. Wenn man mit queeren Personen mal gesprochen hätte - gerade was das Thema Transidentität und Selbstbestimmungsgesetz in den letzten Jahren angeht - da wurde so viel Missin-

formation verbreitet. Die hätte teilweise vermieden werden können, wenn man mit uns ins Gespräch gekommen wäre und neugierig, respektvoll nachgefragt hätte und nicht einfach Aussagen kopiert hätte.

Hat sich die Ausrichtung eures CSD durch diese extrem rechten Mobilisierungen inhaltlich verändert?

Ich würde sagen, wir haben in Fulda bereits seit 2022 versucht den CSD politischer zu gestalten. Aber ja es wird politischer und es ändert den inhaltlichen Fokus. Es geht mehr gegen Rechts-extremismus und teilweise doch auch um den Erhalt des Status quo. Weniger Raum bekommen dann klare Forderungen wie die Verbesserung des Selbstbestimmungsgesetzes oder ähnliches. Das liegt daran, dass es mittlerweile manchmal nicht mehr so realistisch erscheint diesen Status quo überhaupt erhalten zu können. Aber es tut den CSDs glaube ich auch ganz gut, wieder politischer im Allgemeinen zu werden. Vielleicht werden dadurch auch in Zukunft wieder mehr Forderungen gestellt. Denn in den letzten Jahren sind CSDs halt durchaus teilweise zu reinen Partys verkommen, was den Ursprüngen der Demonstrationen einfach nicht gerecht wird.

Diese Angriffe, gegen die ihr Abwehrkämpfe führt, gehen ja bedauerlicherweise auch von demokratischen Parteien aus. Wie nimmst du das wahr?

Man kann dazu auf jeden Fall noch sagen, dass es ja nicht nur queere Menschen sind, die so angegriffen werden. Mit Forderungen nach der Rosaliste 2.0 kann man ja teilweise schon von faschistoiden Forderungen sprechen. Das trifft ja auch hier in Hessen beispielsweise ganz konkret psychisch kranke Menschen. Das neue Psychisch-Kranken-Gesetz sieht vor eine Liste von psychisch kranken Menschen anfertigen zu wollen. Alle Menschen, die nicht der Norm entsprechen, nicht dem cis-heteronormativen Bild, dem Bild des gesunden Menschen, der im kapitalistischen System gut funktioniert. Alle Minderheiten werden angegriffen, und zum Spielball der Politik gemacht, weil es halt eben einfacher ist nach unten zu treten und die Schuld auf Minderheiten zu schieben. Und deswegen ist es einfach super wichtig, dass man sich über die Grenzen der eigenen marginalisierten Gruppe

hinaus verbündet, um dagegen vorzugehen. Vor allem, weil jeder irgendwo einer marginalisierten Gruppe angehört und wenn die Queeren weg wären sind es am Ende die psychisch Kranken, die MigrantInnen, irgendwann sind es die Frauen, dann wieder Juden, dann wieder Christen und am Ende - wer wäre noch übrig?

Vielen Dank für das Gespräch und dein Engagement!

Das Interview führte:
MBT-Hessen



Charlie* R.: 22 Jahre alt, Student*in, Mitarbeiter*in im Projekt Akzeptanz und Vielfalt in Fulda und Region, Initiatorin des CSDs Fulda 2022, Seitdem in der queeren Szene engagiert, darüber hinaus allgemeiner antifaschistischer Aktivismus, 2025 Gründung des Vereins foll bunt

CSD Fulda 2025
Foto: Roman Zipp



02 - Einordnung und Relevanz

GEMEINSAME FEINDBILDER, UNTERSCHIEDLICHE STRATEGIE

Antifeminismus und Queerfeindlichkeit in rechten und rechtsextremen Milieus



Die Wahl der Richter*innen des Bundesverfassungsgerichts erfährt meist nur wenig mediale Aufmerksamkeit. Umso bemerkenswerter waren die Ereignisse im Sommer 2025, kurz vor der parlamentarischen Sommerpause des Deutschen Bundestages. Im Mittelpunkt stand Frauke Brosius-Gersdorf, eine von drei Kandidat*innen für das Richter*innenamt.

In den Wochen zuvor hatten zunächst rechtspopulistische und später auch etablierte Medien Vorwürfe gegen sie erhoben. Der Richter*in wurde als „ultralinks“ oder „linksradikal“ diffamiert¹ – vor allem wegen ihrer Haltung zum § 218 StGB, nach der ein Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen nicht nur straffrei, sondern auch rechtmäßig sein sollte. Kurz vor der Wahl deutete sich an, dass zahlreiche Mitglieder der Unionsfraktion die von der SPD nominierte Kandidatin nicht unterstützen würden. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit war damit nicht mehr sicher. Die Abstimmung wurde vertagt, die bundesweite Debatte setzte sich fort. Und Brosius-Gersdorf zog ihre Kandidatur schließlich zurück.

Kampagnen und Kulturkämpfe

Die zum Teil kampagnenartigen Berichte gegen die Richter*in wurden vielfach als Ausdruck eines Kulturkampfes gedeutet.²

Der Begriff wird in den vergangenen Jahren zunehmend verwendet, seine genaue Bedeutung bleibt dabei jedoch oft unklar. Historisch reicht er bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück, als der linksliberale Politiker Rudolf Virchow im Preußischen Abgeordnetenhaus damit den Konflikt zwischen liberaler Moderne und Katholizismus beschrieb. Später wurde er eng mit Otto von Bismarcks Politik zur Zurückdrängung des katholischen Einflusses verknüpft – obwohl der eigentliche Konflikt vor allem geistig und publizistisch war und nicht nur staatliche Maßnahmen betraf.³

Heute wird der Begriff meist nicht mehr in seinem historischen Sinne verwendet, sondern als Übersetzung des US-amerikanischen culture war, um – wie im Fall Brosius-Gersdorf – Debatten und Auseinandersetzungen entlang kultureller, moralischer oder identitätspolitischer Linien zu beschreiben.⁴ Eine direkte Übertragung ist aufgrund unterschiedlicher politischer Systeme und der gesellschaftlichen Zusammensetzung allerdings nicht immer möglich.

Oft stehen Fragen nach Migration oder Klimapolitik im Fokus solcher Diskussionen. Doch vor allem Sexualität und geschlechtliche Identität sind in diesem Zusammenhang ein zentrales Kampffeld.

Bereits der ursprüngliche Kulturkampf als antikatholischer Diskurs im 19. Jahrhundert war implizit mit Fragen nach Gender und Sex verbunden.⁵

Antifeminismus und Queerfeindlichkeit

Im weiteren Verlauf stehen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit im Mittelpunkt der Analyse. Beide Phänomene weisen eine hohe Anschlussfähigkeit an verschiedene politische Spektren auf und fungieren somit als Brückenthemen.

Antifeminismus ist eine Gegenbewegung zu Emanzipation, der Universalisierung von Menschenrechten und zur gesellschaftlichen Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse. Er richtet sich gegen gleichstellungspolitische Entwicklungen und deutet diese als Bedrohung einer vermeintlich natürlichen Ordnung. In der Mitte-Studie 2025 wird Antifeminismus als „antidemokratische Weltanschauung“⁶ bezeichnet.

Zwar nehmen antifeministische Einstellungen insgesamt nicht zu, doch sind sie weiterhin weit verbreitet: Laut Leipziger Autoritarismusstudie 2024 vertreten 23 Prozent der Befragten ein geschlossen antifeministisches Weltbild (2022: 25 / 2020: 19).⁷ Die Mitte-Studie 2025 verzeichnet einen leichten Rückgang der Einstellungen, zugleich jedoch eine Verhärtung in spezifischen Teilgruppen.⁸

Noch stärker verbreitet ist Queerfeindlichkeit, die sich gegen Menschen richtet, deren sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität von der heteronormativen Norm abweicht. Besonders sichtbar wurden solche Ressentiments seit 2024 bei Protesten junger Neonazis

gegen Veranstaltungen im Rahmen des Christopher Street Days (CSD).

Sie beschränken sich jedoch nicht auf die extreme Rechte, sondern finden sich in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen – das belegt die Autoritarismusstudie 2024, die erstmals transfeindliche Einstellungen ermittelte: 69,5 Prozent der Befragten stimmten manifest oder latent zu, dass viele Menschen ihre Toleranz gegenüber Transsexuellen übertreiben. 73,2 Prozent fanden, Transsexuelle sollten „aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen“. Insgesamt verfügten 37 Prozent über ein geschlossen transfeindliches Weltbild.⁹

Ideologie oder Strategie?

Rechte und rechtsextreme Akteur*innen nutzen die hohe Anschlussfähigkeit beider Phänomene, um gesellschaftspolitische Spannungen zu verschärfen und ihre Ideologie zu verbreiten. Besonders deutlich wird das in einem Strategiepapier¹⁰ der AfD-Bundestagsfraktion aus dem Sommer 2025. Darin wird das Spannungsfeld „Familie vs. Gender“ als zentraler Agitationsbereich benannt. Ziel sei es demnach, „eine Situation zu schaffen, in der der politische Graben nicht mehr zwischen der AfD und den anderen politischen Strömungen verläuft, sondern sich ein bürgerlich-konservatives Lager und ein sich radikalisiertes linkes Lager gegenüberstehen“ – in expliziter Anlehnung an den US-amerikanischen culture war.

In der nachfolgenden Analyse werden hierzu zwei Ebenen von Akteur*innen herangezogen, die aufzeigen, wie Antifeminismus und Queerfeindlichkeit in der politischen Rechten aufgegriffen, verstärkt und strategisch eingesetzt werden.

¹ Lemkemeyer, Sven (2025). „Ultralinks“ oder „linksradikal“? Brosius-Gersdorf wehrt sich nach gescheiterter Richterwahl gegen Vorwürfe. - <https://www.tagesspiegel.de/politik/bin-nicht-ultralinks-oder-linksradikal-brosius-gersdorf-wehrt-sich-nach-gescheiterter-richterwahl-gegen-vorwurfe-14024570.html> [letzter Zugriff: 13. Dezember 2025].

² Blumenthaler, Lorenz (2025). Geplatzte Wahl der Verfassungsrichter*innen – Ein Erfolg für den rechtsalternativen Kulturkampf. - <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/geplatzte-wahl-der-verfassungsrichterinnen-ein-erfolg-fuer-den-rechtsalternativen-kulturkampf-143395/> [letzter Zugriff: 13. Dezember 2025].

³ Oppermann, Matthias (2023). Einleitung: Die politische Mitte und die Gefahren des Kulturkampfes. - <https://www.kas.de/de/web/guest/geschichtsbewusst/essay/-/content/identitaetspolitik-wokeness-voelkisches-denken-kulturkampf-gegen-politische-mitte> [letzter Zugriff: 13. Dezember 2025].

⁴ ebd.

⁵ Clark, Christopher (2018). Kulturkampf! - <https://www.zeit.de/2018/49/kulturkampf-culture-war-gesellschaftliche-identitaet-werte-deutschland-usa> [letzter Zugriff: 13. Dezember 2025].

⁶ Simon, Mara / Birsl, Ursula (2025). „Wir müssen unsere Männlichkeit wiederentdecken...“ – Maskulinität und Antifeminismus als antidemokratische Orientierungen. In Andreas Zick et al. Die angespannte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25 (S. 158). Bonn: Dietz Verlag.

⁷ Kalkstein, Fiona / Pickel, Gert / Niendorf, Johanna (2024). Antifeminismus und Antisemitismus – eine autoritär motivierte Verbindung? In Oliver Decker et al. Vereint im Ressentiment – Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen (S. 167). Gießen: Psychosozial-Verlag.

⁸ Simon, Mara / Birsl, Ursula (2025). „Wir müssen unsere Männlichkeit wiederentdecken...“ – Maskulinität und Antifeminismus als antidemokratische Orientierungen. In Andreas Zick et al. Die angespannte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25 (S. 71). Bonn: Dietz Verlag.

⁹ Decker, Oliver et al. (2024). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In Oliver Decker et al. Vereint im Ressentiment – Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen (S. 167). Gießen: Psychosozial-Verlag.

¹⁰ von Storch, Beatrix (2025). Deutschland politisch gestalten – Das Ende der Brandmauer und der Weg in die Regierungsverantwortung. - https://assets.ctfassets.net/mj324dykhxwi/1VR9r0oN9wXMYdP1VKEIL/1733b85a3101ab17ee119a024875cb66/Strategie_BvS_Fraktionsklausur2025.pdf [letzter Zugriff: 13. Dezember 2025].

Rechtspopulistische Medien

Onlineplattformen wie Nius und Apollo News richten sich an ein rechtes, rechts-extremes sowie konservatives Publikum. Sie fungieren als Scharniermedien zwischen unterschiedlichen politischen Milieus, zeichnen sich durch eine hohe Anschlussfähigkeit aus und erzielen teilweise große Reichweiten.



Bild: nius.de/politik/queeres-anti-afd-netzwerk-paedophilen, aufgerufen am 22.04.2026

In der kampagnenartigen Berichterstattung gegen Frauke Brosius-Gersdorf spielte insbesondere Nius eine zentrale Rolle. Die Beiträge waren geprägt von Skandalisierung, zugespitzten Kommentaren und der Entkontextualisierung einzelner Aussagen. Die kontinuierliche Wiederholung entsprechender Inhalte zielt darauf ab, eigene Deutungsmuster zu normalisieren und zu verfestigen.

Dieses Vorgehen beschränkt sich nicht nur auf antifeministische Inhalte. Auch die Ablehnung von Diversität sowie von LGBTQI+-Rechten nimmt in der Berichterstattung von Nius einen zentralen Stel-

lenwert ein. Eine Studie belegt, dass in 24,2 Prozent der analysierten TikTok-Videos von Nius Kritik an Diversität geübt wurde.¹¹ Besonders häufig abwertend dargestellt wurden demnach LGBTQI+-Personen (23,2 Prozent), darunter transgeschlechtliche Menschen (12,6 Prozent). Auch Menschen mit Migrationsbiografie (17,8 Prozent) und Frauen (10,5 Prozent) werden demnach immer wieder abgewertet.¹²

Seit der Gründung des Portals im Jahr 2022 stehen CSD-Paraden und andere queere Veranstaltungen oft im Fokus der Berichterstattung – meist mit dem Ziel ihrer Delegitimierung. So wird behauptet, CSDs hätten mit Minderheitenrechten „nichts mehr zu tun“ und seien stattdessen Paraden „mit Linksextremen, Fettschisten in Hundemasken und Männern, die sich gerne vor Kindern entblößen“.¹³

Solche Darstellungen greifen mehrere Erzählmuster auf, die auch in der extremen Rechten weit verbreitet sind: Einerseits wird ein vermeintlicher Zusammenhang zwischen der queeren Szene, Linksextremismus und sogenannten Antifa-Strukturen konstruiert, häufig verbunden mit pauschalen Gewalt- oder Terrorvorwürfen. Andererseits werden CSD-Paraden, beziehungsweise die queeren Teilnehmenden, in Bezug mit Pädophilie gesetzt.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der – teilweise öffentlichen – Finanzierung queerer Veranstaltungen und Kulturprojekte. Ein Beispiel ist das Berliner Event Queens & Flowers: Im August 2025 stellte Nius gezielt einzelne Beteiligte heraus und skandalisierte diese.¹⁴ Häufig werden solche Beiträge mit Reportagen vor Ort kombiniert, was Authentizität suggerieren und provozieren soll.

Analog zu dem genannten AfD-Strategiepapier lässt sich bei Nius somit eine

Polarisierungsstrategie erkennen. Die Berichterstattung zielt darauf ab, gesellschaftliche Fronten zu verschärfen, indem eine klare Trennlinie zwischen einem vermeintlichen „uns“ und „den Anderen“ konstruiert wird.¹⁵

Neue Rechte

Die sogenannte Neue Rechte will gesellschaftliche Diskurse langfristig prägen und so kulturelle Hegemonie erlangen. In neurechten Kreisen wird dieser Ansatz unter dem Begriff der Metapolitik gefasst. Gemeint ist eine Strategie, die Einfluss nicht primär in Parlamenten, sondern im vopolitischen Raum sucht – durch Publikationen, Aktivismus und die gezielte Unterwanderung bestehender Strukturen. Das betrifft auch die in diesem Beitrag beleuchteten Phänomene.

Ein Beispiel hierfür ist Lukreta, eine antifeministische Frauengruppe, die versucht, durch Online- und Offline-Aktionen Aufmerksamkeit zu erzeugen. Im Oktober 2025 verbreitete die Gruppe auf Instagram Bilder unter dem Slogan „Remigration schützt Frauen“. Remigration – ein Kampfbegriff, der die massenhafte Abschiebung von Menschen mit Migrationsgeschichte impliziert – wird dabei als Mittel dargestellt, um Frauen zu schützen. Auf diese Weise werden marginalisierte beziehungsweise von Diskriminierung betroffene Gruppen gegeneinander ausgespielt. Es handelt sich um eine gängige Strategie der extremen Rechten, die sich auch in zahlreichen weiteren Beiträgen von Lukreta wiederfindet.

Die Aktionen von Lukreta erreichen in der Regel nur ein begrenztes Publikum. Doch die Initiatorinnen setzen darauf, durch mediale Berichterstattung – insbesondere aus dem eigenen politischen Lager – größere Aufmerksamkeit zu erzielen. Von zentraler Bedeutung sind hierbei sogenannte Alternativmedien wie das Compact Magazin, die als Multiplikatoren fungieren und teils erhebliche Reichweiten erzielen: Einzelne Compact-Videos erreichen auf YouTube bis zu sechsstellige Aufrufzahlen.

Neben migrationsfeindlichen Inhalten gehören antifeministische und insbesondere queerfeindliche Beiträge zu den Konstanten der Berichterstattung. Wiederholt ist beispielsweise von einem angeblichen „Regenbogen-Wahn“¹⁶ die Rede: Die Gesellschaft sei von der „grel-len Propaganda der Homo-, Trans- und Gender-Lobby“ durchzogen, und „LGBT-Freaks“ seien „vom Rand in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen“. Zugleich wird behauptet, die zentralen „Stichworte“ kämen „von ganz oben“ – das „Davoser Weltwirtschaftsforum“ gebe auch in diesem Bereich „den Takt“ vor.¹⁷ An diesem Beispiel zeigt sich, dass Queerfeindlichkeit häufig mit antisemitischen Verschwörungserzählungen verknüpft wird. Gesellschaftliche Entwicklungen werden als Ergebnis einer vermeintlich einflussreichen Elite dargestellt.



Sharepic des instagram-Accounts lukreta_official

Diese Deutungsmuster gehen oft mit antiwestlichen und antiamerikanischen Ressentiments sowie einer grundlegenden Ablehnung des Liberalismus einher, wie sie auch in russischer Propaganda zu finden sind, die Compact regelmäßig verbreitet. So heißt es in einem auf der Website veröffentlichten Text des russischen Ideologen Alexander Dugin, der „Erfolg der Institutionalisierung von

¹¹ Klawitter, Oliver (2025). Medienkompetenz als Lösungsansatz gegen rechte Desinformationskampagnen. In Franco Rau, Thomas Must und Michael Otten: Themenheft 59: Dekonstruktion digitaler Desinformationsstrategien. Phänomene des Rechtsextremismus (S. 202). - <https://www.medienpaed.com/article/view/1767/1524> [letzter Zugriff: 13. Dezember 2025].

¹² ebd. (S. 220).

¹³ Winter, Jens (2025). Zwischen Drag-Queens, Hundemasken und Linksextremisten: Der große NIUS-CSD-Report - <https://www.nius.de/politik/news/hundemasken-linksextremisten-csd-report-2025/96af7c55-f949-4bde-8e53-decc18ccb79a#passage-ads> [letzter Zugriff: 13. Dezember 2025].

¹⁴ Winter, Jens (2025). Berlins Queerbeauftragter Pantisano über Drag-Show: „Da ist nichts Sexuelles dabei, das ist alles in eurem Kopf“ - <https://www.nius.de/gesellschaft/news/berlins-queerbeauftragter-pantisano-ueber-drag-show-fuer-kinder-da-ist-nichts-sexuelles-dabei-das-ist-alles-in-eurem-kopf/bf372558-aefd-4038-a690-71eb08b1444b> [letzter Zugriff: 13. Dezember 2025].

¹⁵ Klawitter, Oliver (2025). Medienkompetenz als Lösungsansatz gegen rechte Desinformationskampagnen. In Franco Rau, Thomas Must und Michael Otten: Themenheft 59: Dekonstruktion digitaler Desinformationsstrategien. Phänomene des Rechtsextremismus (S. 223). - <https://www.medienpaed.com/article/view/1767/1524> [letzter Zugriff: 13. Dezember 2025].

¹⁶ Pföhringer, Daniell (2021). Die schwule Republik: Deutschland im Regenbogen-Wahn. - <https://www.compact-online.de/die-schwule-republik-deutschland-im-regenbogen-wahn-2/> [letzter Zugriff: 13. Dezember 2025].

¹⁷ COMPACT Redaktion (2021). Jetzt am Kiosk. Die neue COMPACT – „Die schwule Republik: Eliten, Transen, Gender-Irre“. - <https://www.compact-online.de/jetzt-am-kiosk-die-neue-compact-die-schwule-republik-eliten-transen-gender-irre/> [letzter Zugriff: 13. Dezember 2025].

Gender-Normen“ und die „Masseneinwanderung“ zeigten, dass die „Liberalen nur noch einen letzten Schritt gehen mussten – die Abschaffung des Menschen“.¹⁸

Die Ablehnung queerer und feministischer Lebensentwürfe ist in der Neuen Rechten eng mit der Vorstellung einer vermeintlichen „westlichen Dekadenz“ verknüpft. Diese gilt als Ausdruck moralischen und kulturellen Niedergangs. Fortschritte in der Gleichstellungspolitik, in Fragen geschlechtlicher Selbstbestimmung oder sexueller Vielfalt erscheinen aus dieser Perspektive nicht als emanzipatorische Errungenschaften, sondern als Symptome einer „entfremdeten“ oder „verfallenden“ westlichen Moderne.

Abschluss und Ausblick

Antifeministische und queerfeindliche Positionen spielen in rechten und rechts-extremen Milieus auch jenseits der klassischen Neonaziszene eine zentrale Rolle. Sie fungieren als Brückenthemen und entfalten Resonanz bis weit in die gesellschaftliche Mitte hinein.

Die Analyse der beiden Akteursebenen zeigt, dass trotz geteilter Feindbilder Unterschiede in strategischer Ausrichtung und den ideologischen Grundlagen bestehen. Während Medien wie Nius vor allem auf Zuspitzung, gesellschaftliche Spaltung und Skandalisierung setzen, verfolgt die Neue Rechte das langfristige Ziel kultureller Hegemonie. Ihre anti-

westlich geprägte Ideologie steht dabei überwiegend im Gegensatz zu den hier betrachteten Medien.

Weitere Akteur*innen, die in diesem Kontext für eine vertiefte Betrachtung infrage kommen, sind Influencer*innen wie Lilli Marlene oder Der Ketzer der Neuzeit, die über soziale Medien aus christlicher Perspektive gegen Abtreibung, Homosexualität und sexuelle Selbstbestimmung agitieren. Auch Akteur*innen der sogenannten Manosphere¹⁹, etwa Andrew Tate, üben insbesondere in Online-Foren erheblichen Einfluss aus – vor allem auf junge Männer.

Um diesen Dynamiken wirksam zu begegnen, ist eine differenzierte Analyse der jeweiligen strategischen und ideologischen Unterschiede wichtig. Ein Begriff wie Kulturkampf sollte daher nicht pauschal für jegliche Debatte entlang kulturpolitischer Themen genutzt werden: Häufig vermischt er konkrete Strategien und ideologische Elemente und wird zudem teilweise als Kampfbegriff eingesetzt: Im Zusammenhang mit Diversität oder Minderheitenrechten wird auch demokratisch orientierten Akteur*innen wiederholt vorgeworfen, selbst einen Kulturkampf zu führen.

Sebastian Beer ist freier Journalist und Autor. Er schreibt zu den Themen AfD, Neue Rechte und Antisemitismus unter anderem für Die Zeit, die Blätter für deutsche und internationale Politik und die Jüdische Allgemeine. Darüber hinaus arbeitet er in der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit.

02 - Einordnung und Relevanz

ANTI-CSD-MOBILISIERUNG ALS AUSDRUCK EINES REVIVALS NEONAZISTISCHER ORGANISATIONSFORMEN

Der Artikel wirft einen Blick auf die bundesweiten Mobilisierungen gegen die Christopher-Street-Days (CSD) und stützt sich vor allem auf die Analysen und Zusammenfassungen des Autor*innenkollektivs Feministische Intervention (AK Fe.In) vom August 2025 sowie das Research Paper von Cemas aus dem November 2025. Im Folgenden nehmen wir die hessischen Anti-CSD-Mobilisierungen von 2025 in den Fokus, an denen

maßgeblich die neonazistische Kleinpartei Die Heimat (ehemals NPD) sowie deren Jugendorganisation Junge Nationalisten (JN) beteiligt waren. Abschließend schlussfolgern wir, warum Queerfeindlichkeit und antifeministische Narrative funktionierende Mobilisierungsangebote für Jugendliche darstellen.

Ermuntert von der medialen Aufmerksamkeit und einigen Mobilisierungserfol-

Anti-CSD-Protest in Bensheim 2025, Foto: dokunetzwerk rhein-main



¹⁸ Dugin, Alexander (2021). Vom Genderismus zum Posthumanismus: Die Abschaffung des Menschen. - <https://www.compact-online.de/vom-genderismus-zum-posthumanismus-die-abschaffung-des-menschen/> [letzter Zugriff: 13. Dezember 2025].

¹⁹ Manosphere bezeichnet lose vernetzte Online-Communities, Blogs und Influencer, die sich mit Männlichkeit, Geschlechterrollen und Beziehungen befassen und damit verbunden meist antifeministische oder traditionalistische Positionen vertreten.

gen gegen die CSDs im Jahr 2024, hat das neonazistische Spektrum im Jahr 2025 die Online-Mobilisierungen gegen die CSDs massiv verstärkt und ihre Anti-CSD-Propaganda professionalisiert. Insbesondere die neonazistischen Kleinparteien Die Heimat und Der Dritte Weg konnten sich profilieren.

Die Heimat mobilisierte in diesem Jahr bundesweit gegen die CSDs im Rahmen einer eigenen Kampagne mit dem Slogan „*Familie, Heimat & Nation statt CSD!*“. Dieser breit genutzte Slogan fand sich auf Aufklebern, Transparenten und in verschiedenen Aufrufstexten und ist Ausdruck der Professionalisierung der Anti-CSD-Proteste. In dem Layout der Kampagne fällt auf, dass die Buchstaben CSD an die hebräische Schriftart Ivrit erinnern. „*In der verschwörungsideologischen rechtsextremen Vorstellung ist queeres Leben Teil eines vermeintlichen Kulturkampfes gegen die westliche Gesellschaft, für den jüdische Menschen verantwortlich gemacht werden.*“ (Cemas 2025: 23)

Anti-CSD-Protest
in Friedberg 2025,
Foto: dokunetzwerk
rhein-main



Im Jahr 2024 waren die rechten Proteste gegen die CSDs vor allem durch junge und neue Neonazi-Gruppen geprägt. Dies hatte auch zur Folge, dass die Aufrufstexte, die gerufenen Parolen sowie die mitgebrachten Schilder, Fahnen und Transparente vor Ort kaum CSD-spezifisch waren.

Durch die Führungsrolle der Heimat und des Dritten Wegs bei den Anti-CSD-Mobilisierungen 2025 hat sich dies stark gewandelt: Bei den Protesten wurden professionell gestaltete Transparente, Schilder und Fahnen mit queerfeindlichen Aussagen gezeigt und entsprechenden Parolen gerufen. Insbesondere die

fast schon in der Bedeutungslosigkeit verschwundene Die Heimat verzeichnete zusammen mit der JN in diesem Jahr durch ihre Führungsrolle bei den Anti-CSD-Protesten ganz neue Erfolge.

Neonaziorganisationen wie z.B. Jung und Stark oder Deutsche Jugend Voran, die 2024 einen großen Teil der Anti-CSD-Mobilisierung und des Protestgeschehens bestimmt haben, sind zu einem großen Teil in die JN oder die Nationalrevolutionäre Jugend (NRJ) – die Jugendorganisation des Dritten Wegs – übergegangen.

Das Angebotsvakuum für rechtsorientierte oder bereits (extrem) rechte Jugendliche, das durch die Auflösung der Jungen Alternative (JA) bis zur Neugründung der AfD-Jugendorganisation Generation Deutschland (GD) entstanden ist, konnte insbesondere Die Heimat, mit ihren Angeboten füllen.

Das Mobilisierungspotenzial für die Anti-CSD-Proteste wirkt zunächst geringer und weniger stark im Vergleich zu 2024. Dennoch heißt es in dem Bericht von Cemas, dass es 14 Anti-CSD-Mobilisierungen mehr als im Jahr 2024 gab und im Durchschnitt 62 Personen an diesen teilgenommen haben. Ausreißer waren Bautzen mit 450 Teilnehmenden sowie Magdeburg und Greevesmühlen mit jeweils 350 Teilnehmenden. Die Teilnehmenden bestanden häufig aus etablierten Kaderfiguren zusammen mit jüngeren Nazis. Sie waren meist männlich, auch wenn nicht unerwähnt bleiben sollte, dass Frauen eine wichtige Rolle z.B. in der Aufbereitung der Aufzüge auf Social Media haben, wie das Beispiel der Pirnaer Neonazistin Emelie Alschiner, zeigt (vgl. Antifa Elbflorenz 2025). Nicht alle Teilnehmenden der Anti-CSD-Proteste sind bereits in (extrem) rechten Gruppen organisiert; die Angebote dieser Proteste bieten jedoch einen niedrighschwelligsten Einstieg in die (extrem) rechte Szene.

Die Online-Mobilisierung war breit aufgestellt, führte aber nicht zu den gewünschten Erfolgen von mehr Teilnehmenden auf der Straße.

Nichtsdestotrotz können martialische Mobilisierungen zu Bedrohungsgefühlen und realen Gefährdungslagen bei den Organisator*innen und Teilnehmenden der CSDs führen. Anders als in vergangenen Jahren gelten CSDs nicht mehr

als „selbstverständlich“. Auch wenn insbesondere kleinere CSDs 2025 mehr Solidarität aus den umliegenden Großstädten erfahren haben, mussten sich die Organisator*innen mehr mit den Thema Sicherheitskonzepte und teilweise auch der Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden befassen, um sich und die Teilnehmenden zu schützen. Viele Teams der Mobilen Beratung haben CSD-Organisationen dabei unterstützt. Queerfeindliche und antifeministisch motivierte An- und Übergriffe steigen kontinuierlich an, auch vor und nach CSDs.

Dass eine starke Online-Mobilisierung nicht automatisch zu vielen Aktivist*innen auf der Straße führt, bestätigt auch die Analyse der Teilnehmenden der hessischen Anti-CSD-Proteste.

In unserer Übersicht fokussieren wir uns auf Die Heimat und die JN als wichtigste Akteur*innen bei den Anti-CSD-Protesten 2025 in Hessen.

Rückblick auf die Anti-CSD-Proteste in Hessen 2025

Gegen drei der hessischen CSDs in Wetzlar, Friedberg und Fulda mobilisierten vor allem Akteur*innen aus dem Spektrum der Heimat sowie der JN im Rahmen ihrer Kampagne „*Familie, Heimat & Nation statt CSD!*“ bundesweit. An den Protesten nahmen jeweils zwischen 35 und 50 Personen teil. Darunter waren häufig dieselben bekannten hessischen Funktionäre der Partei wie Stefan Jagsch, Daniel Lachmann, Thassilo Hantusch. Darüber hinaus reisten auch bundesweite Kader von Heimat und JN an, wie der Bundesvorsitzende der Partei Peter Schreiber, der Inhaber des neonazistischen Sturmzeichen-Verlags und Herausgeber der Zeitschrift N.S. Heute, Sascha Kolzig sowie der bundesweit bekannte JN-Aktivist Lois Wagner. Auch die JN-Aktivistin Lilly Baginski aus Ludwigshafen, die unter dem Namen „Anio“ als neonazistische Influencerin auf TikTok und Instagram aktiv ist, nahm an den Protesten in Wetzlar und Friedberg teil.

In Fulda und Friedberg kam es zudem zum Schulterschluss zwischen dem neonazistischen und verschwörungsideologischen Milieu. So nahmen zum Beispiel in Friedberg Aktivist*innen der mittlerweile offiziell aufgelösten Gruppierung Rhein-Main-steht-auf (RMSA) an den

Anti-CSD-Protesten teil. RMSA hatte seinen Schwerpunkt im Raum Aschaffenburg/Miltenberg und organisierte in den vergangenen Jahren Aufzüge mit verschwörungsideologischen und extrem rechten Inhalten. Der Rückgang der Aktivitäten von RMSA bewirkte, dass sich ein Teil ihrer Aktiven stärker am neonazistischen Spektrum orientierten und mittlerweile an deren Aktionen teilnimmt. Zusätzlich reisten AktivistInnen der Neonazi-Gruppe Aryan People Resistance (APR) aus Nürnberg mit einem eigenen Transparent an. Die APR ist vor allem in Franken und Sachsen aktiv.

Eine Ausnahme bei den hessischen Anti-CSD-Mobilisierungen bildet der CSD in Bensheim. Die Organisation fand hier nicht durch Die Heimat statt. Erst wenige Tage vor der Parade tauchte in den sozialen Medien ein improvisiert wirkendes Sharepic auf, das von der Aufmachung an die Kampagne von Heimat und JN erinnerte und zum Protest gegen den CSD aufrief. Das Share Pic suggerierte, dass der Gegenprotest von einer Gruppe organisiert werde, die sich Deutsch Nationale Jugend – kurz DNJ – nenne. Vor und nach dem Protest in Bensheim ist die Gruppe nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten, weshalb davon ausgegangen werden muss, dass diese in Wirklichkeit nicht existiert.

Foto:
dokunetzwerk rhein-main



Am Tag vor dem CSD postete auch die hessische Heimat den Aufruf zum Gegenprotest über ihre Kanäle, betonte jedoch im selben Zug, dass sie mit der Versammlung organisatorisch nicht verbunden sei, sondern diese lediglich „unterstütze“. Dem Aufruf folgten schließlich neun, teilweise sehr junge Neonazis. Weitere

Kader der Heimat und der JN kamen nicht nach Bensheim. Dadurch bot sich ein anderes Bild als bei den Anti-CSD-Protesten in Wetzlar, Fulda oder Friedberg die wesentlich von der Partei getragen wurden.

Einige der ausschließlich männlichen Teilnehmer fielen durch wüste Pöbeleien auf, weswegen es zu mehrfachen Ansprachen der Polizei kam. Insbesondere der Ausruf „Heute Walter Lübcke, morgen Deine Mutter“, gefolgt von der Aussage, es sei gutzuheißen, dass der Kasseler Regierungspräsident 2019 von einem Neonazi ermordet wurde, verbreitete sich im Nachgang des Protestes rasant in den sozialen Netzwerken. Der Videoblogger „Hessencam“ dokumentierte die Pöbeleien. Auch in der Neonazi-Szene wurde das Auftreten der neun jungen Neonazis im Anschluss kontrovers diskutiert. Mehrere etablierte Neonazi-Kader distanzieren sich davon. Seitdem sind die dort anwesenden Neonazis auch in der Szene isoliert.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Mobilisierung zu den Anti-CSD-Protesten bundesweit nicht an die Zahlen 2024 heranreicht. Die Teilnehmenden-Zahlen in Hessen liegen etwas unter dem Durchschnitt der Analyse von Cemas. Entwarnung kann trotzdem nicht gegeben werden, da allein durch ein allgemeines Bedrohungsgefühl und die Fokussierung der extremen Rechten auf CSDs als Feindbild, CSDs nicht mehr als selbstverständlicher Empowerment-Raum für die queere Community verstanden werden können. An den konkret bedrohten CSDs in Hessen selbst nahmen zwischen 350 und 2000 Personen teil, deutlich mehr als die extrem rechte Gegenmobilisierung auf die Straße brachte.

Abschließend werfen wir noch einen Blick auf die Anschlussfähigkeit von queerfeindlichen und antifeministischen Narrativen für die Mobilisierung zu Anti-CSD-Protesten.

Warum nutzen extrem rechte Akteur*innen Anti-CSD Proteste als Rekrutierungs- und Radikalisierungsraum für Jungnazis und warum sind diese so offen für die Themen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit?

Antifeministische und queerfeindliche Einstellungen sind gesellschaftlich fest verankert, das zeigen die Leipziger Autoritarismusstudie 2024 und die Mitte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2025: 26% der Befragten stimmen z.B. der Aussage zu, dass „Frauen sich wieder mehr auf ihre Rolle als Ehefrau und Mutter konzentrieren sollen“ (vgl. LAS 2024).

Geschlecht nimmt eine zentrale Rolle in unserem Alltag ein. Kinder sind von Beginn ihres Lebens mit geschlechter-spezifischen Rollenerwartungen und -zuschreibungen konfrontiert. Heteronormativität gilt immer noch als Norm. Jede*r, der*die davon abweicht wird erstmal als abweichend betrachtet oder läuft, je nach sozialräumlichem, sozialem oder familiärem Kontext, Gefahr dies zu tun.

Feminismus steht für viele progressive Errungenschaften, die mit Demokratiesierungsprozessen einhergegangen sind. LGBTQI* Rechte und ihre Verankerung sind ein Teil davon, ebenso wie die erhöhte Sichtbarkeit queerer Identitäten und Lebensweisen. Diese Vielfalt, die wir als etwas Positives verstehen, ist Teil von einer Gesellschaft, die diverser wird. Eine Gesellschaft, in der es immer weniger Dichotomien gibt, in der es viele Wahlmöglichkeiten – auch in Bezug auf das eigene Leben und Identitäten gibt. Das bedeutet im Umkehrschluss aber auch, dass klare Orientierungspunkte wegfallen, was als Lebensmodell „richtig“ und „anerkannt“ ist.

Jugendliche, die sich in einer Phase der Unsicherheit sowohl bedingt durch innere Prozesse als auch durch äußere Krisen und generell komplexen Phänomenen und Fragestellungen befinden, suchen aber häufig genau diese Orientierungspunkten.

(Extrem) rechte Gruppierungen liefern diese in unterschiedlichen Formen. In Form von Geschlecht und Rollenerwartungen gibt es klare Orientierungen und Vorstellungen. Männer wissen wel-

che Rolle sie in einer (extrem) rechten Familie und ihrem sozialen Umfeld einnehmen müssen. Die Unsicherheit wird durch eine vermeintliche Sicherheit und Stärke ersetzt, die auch in der Gruppe gefunden wird. Der eher unsichere Junge kann sich dadurch stark und anerkannt fühlen, in dem er z.B. auf Anti-CSD Protesten lauthals queerfeindliche Parolen ruft, pöbelt und teilweise gewaltbereit auftritt.

Die Anti-CSD Proteste sind für Jugendliche anschlussfähig und attraktiv, weil es dafür zunächst kein tiefergreifendes Verständnis von extrem rechter Ideologie oder Theorie braucht, sondern weil die dort aufgegriffenen Themen die Lebensrealität und Zukunft(sängste) von Jugendlichen, insbesondere männlichen, betreffen. Mit Blick auf die teilnehmenden jugendlichen Rechten in Hessen lässt sich feststellen, dass die Mehrheit von ihnen nicht der in der extremen rechten propagierten Männerbild entspricht. Die in Hessen und nochmal mehr in z.B. Bautzen anwesenden organisierten Männer aus Parteien oder Gruppen wie JN, zu denen z.B. die Elblandrevolte zählt hingegen, passen häufig in das Männerbild der extremen Rechten und treten als diszipliniert, stark und wehrhaft auf und bieten somit Jugendlichen die Möglichkeit sie als Vorbild und positiven Bezugspunkt zu nehmen – ganz nach Maximilian Krah „Ein echter Mann ist rechts“. Für Mädchen und junge Frauen bieten die Anti-CSD Proteste die Möglichkeit ihre Vorstellun-

gen eines klassischen Familien- und Rollenverständnisses nach außen zu tragen und sehen in der männlich dominierten Gruppe eine vermeintliche Schutzfunktion vor den von ihnen konstruierten Feindbildern.

Die bei den Anti-CSD Protesten propagierte Queer- und Transfeindlichkeit trifft auf gesellschaftlichen Nährboden, der sie ermöglicht. Wenn selbst die Bundestagspräsidentin queeres Leben nicht als etwas Bereicherndes begreift, sondern es als Teil einer vermeintlicher „Neutralitätsdebatte“ labelt, wird es hier auch zu etwas „Anderem“ stilisiert, das außerhalb gesellschaftlicher Normen liegt. Das ist nur ein Beispiel für den antifeministischen Backlash, in dem wir uns gerade befinden. Durch das Propagieren von Queerfeindlichkeit und Antifeminismus werden Feindbilder geschaffen, die genau dieses „Böse“ symbolisieren, den Angriff auf vermeintliche traditionelle Werte und Moralvorstellungen, als Angriff auf „Familie als Keimzelle der Nation“. Die Sichtbarkeit von queerem Leben konfrontiert Jugendliche mit progressiven gesellschaftlichen Entwicklungen, die Angst machen können – und bevor sich mit den eigenen Ambivalenzen und Unsicherheiten auseinandergesetzt wird, wird das vermeintlich „Andere“ abgelehnt. Anti-CSD Proteste sind eine niedrigschwellige Möglichkeit in extrem rechte Strukturen einzusteigen, auch weil CSDs keine Veranstaltungen sind, von denen massiver Gegenprotest gegen Rechts ausgeht.

MBT Regionalstelle Süd

Quellen:

Bericht aus Berlin: Klöckner verteidigt Regenbogenflaggen-Entscheidung | tages-schau.de <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/kloekner-bab-regenbogenflagge-100.html>
Politisch motivierte Kriminalität und Queerfeindlichkeit auf neuem Höchststand <https://www.lsvd.de/de/ct/14408-Politisch-motivierte-Kriminalitaet-und-Queerfeindlichkeit-auf-neuem-Hoechststand>
Emilie Alschner: Instagram https://www.instagram.com/p/DR-UdHiiJl6/?hl=de&img_index=1
Keine Entwarnung | CeMAS <https://cemas.io/publikationen/keine-entwarnung/>
Nie wieder still gegen Queerfeindlichkeit. Ein Zwischenfazit zu Nazimobilisierungen, Störungen und Solidarität in der Pride-Saison 2025 von AK Fe.In | NSU Watch <https://www.nsu-watch.info/2025/08/nie-wieder-still-gegen-queerfeindlichkeit-ein-zwischenfazit-von-ak-fe-in/>
<https://www.dokunetzwerk.org/2025/08/23/neonazi-kundgebung-gegen-den-csd-in-friedberg/>
<https://www.dokunetzwerk.org/2025/07/26/neonazi-kundgebung-gegen-den-csd-in-bensheim/>
<https://www.dokunetzwerk.org/2025/06/14/rechte-proteste-gegen-den-csd-in-wetzlar/>
<https://www.youtube.com/watch?v=4zCNATfRbow>
[Alle Internetquellen: Aufruf: 10.03.26]

Decker, Kies, Heller, Brähler (2024): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Psychosozial Verlag. Gießen.

02 - Einordnung und Relevanz

EIN EINBLICK IN DIE ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN EINSAMKEITSERFAHRUNGEN, CORONA UND RECHTS-EXTREMISMUS BEI JUGENDLICHEN

Die Corona-Pandemie als eine stille und unverarbeitete Krise mit anhaltenden politischen Folgen?

Die Corona-Pandemie hat das Leben junger Menschen in Deutschland tiefgreifend verändert. Der damalige Alltag war nicht nur durch Schulschließungen, Kontaktbeschränkungen und den Wegfall von Freizeitangeboten geprägt, sondern die Pandemie hatte auch einen massiven Einfluss in einer ganz anderen tiefgreifenden Dimension: **das soziale Miteinander und Erleben.**

Gleichzeitig beobachten Wissenschaftler*innen und sozialpädagogisches Fachpersonal eine wachsende Distanz junger Menschen zur Demokratie sowie einen Zulauf zu autoritären und extrem rechten Einstellungen und Haltungen. Dies versucht das Innovationsprojekt „GemEINSAM gegen RECHTS“ des Lehrstuhls Soziologie ländlicher Räume an der Georg-August-Universität Göttingen zu erklären. Dieses wurde im Rahmen einer Kooperation mit der Adam-von-Trott-Stiftung in Imshausen und einer Förderung durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ verwirklicht.¹ Darin wird die Kollekt-Studie

„Extrem einsam?“ (2023)² vergleichend hinzugezogen.

Die Handreichung des Projekts enthält als Anregung für die pädagogische Praxis Methoden für einen ansprechenden Zugang zu den bedeutsamen Themen. Sie sind ab Seite 38 im Kapitel „**Methoden-highlights**“ zu finden, in dem einzelne Methoden exemplarisch vorgestellt und mit einem Methodenblatt versehen sind.

Ausgangspunkt und konzeptionelle Grundlagen des Projekts

Das Projekt stützte sich auf drei zentrale Grundlagen: auf zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Analysen zur politischen Lage und dem Erstarken rechter Positionen, praktische Erfahrungen aus dem Vorgängerprojekt „Gestern wie heute – Haltung zeigen!“ während der Corona-Pandemie und aktuelle Forschung zu Einsamkeit, insbesondere unter Jugendlichen. Diese Perspektiven bildeten den Rahmen für die inhaltliche und methodische Ausrichtung des Projekts.

Da sich die aktuelle Forschungslage überwiegend mit Schüler*innen an Regelschulen befasst, lag der Fokus der Untersuchung in dem Projekt explizit auf Berufsschüler*innen. Inhaltlich gliederte sich das Projekt in fünf Module, die von der Auseinandersetzung mit Zukunftsfragen über Corona-Erfahrungen und Einsamkeit bis hin zu Diskriminierung, extrem rechter Ideologie und solidarischem Handeln reichten. Den Abschluss bildete eine gemeinsame Projektwerkstatt mit intensivem Austausch. Mithilfe eines angepassten Fragebogens aus der Studie „Extrem einsam?“ wurden im Herbst 2024 die Einstellungen von **120 Schüler*innen der 11. und 12. Klassen** im Landkreis **Hersfeld-Rotenburg** erfasst. Die Teilnehmenden waren überwiegend zwischen 16 und 19 Jahre alt und lebten größtenteils in der Region. Es bleibt festzuhalten, dass die Ergebnisse auf einer einzelnen Studie mit 120 Befragten beruhen und daher nur begrenzt verallgemeinerbar sind. Um belastbare Aussagen treffen zu können, braucht es weitere, breiter angelegte Forschung.

Subjektive Einflusslosigkeit: Ein Vergleich einsamer und nicht-einsamer Jugendlicher

Das Selbstwirksamkeitserleben der Jugendlichen wurde mithilfe weniger, aber zentraler Fragen erfasst. Dabei ging es vor allem darum, ob junge Menschen den Eindruck haben, dass ihre Themen in der Politik Gehör finden und ob sie wahrnehmen, dass Politiker*innen aktiv den Kontakt zur jungen Generation suchen. Ausgangslage für die Befragung war der Eindruck, dass in öffentlichen Debatten die sozialen und emotionalen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen unberücksichtigt blieben, obwohl sich schon früh zeigte, dass insbesondere junge Menschen stark unter den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie litten.

Die Ergebnisse des Projekts stimmen nachdenklich: Sowohl einsame als auch nicht-einsame Jugendliche äußern in hohem Maße das Gefühl, politisch nicht ernst genommen zu werden. Eine deutliche Mehrheit der befragten Jugendlichen (63,9%) stimmt der Aussage zu, dass Themen junger Menschen in der Politik kaum aufgegriffen werden. Ebenso wird die Einschätzung geteilt, dass

ihre Perspektiven in aktuellen Krisen, wie beispielsweise während der Corona-Pandemie oder im Umgang mit dem Klimawandel, vernachlässigt werden. Besonders bemerkenswert ist, dass diese Kritik nicht nur von einsamen, sondern auch unter nicht-einsamen Jugendlichen geteilt wird.

Während sich somit im Hinblick auf die empfundene fehlende politische Repräsentation deutliche Gemeinsamkeiten zeigen, treten bei dem Selbstwirksamkeitsempfinden jenseits der politischen Ebene größere Unterschiede auf. Nicht-einsame Jugendliche geben deutlich häufiger an, Einfluss auf ihr Leben und ihre Umwelt zu haben. Wohingegen 70,6% der einsamen Jugendlichen der Aussage zustimmen, nur wenig Einfluss darauf zu haben, was mit ihnen passiert. Zudem lehnten **82,3% dieser Gruppe die Aussage ab, die Politik beeinflussen zu können und nur 23,5% von ihnen blicken zuversichtlich in die Zukunft.** Auch der Anteil der Ablehnung dieser Aussage bei den nicht-einsamen Jugendlichen ist mit 67,7% dennoch relativ hoch. Dennoch geben 78,4% an, einen zuversichtlichen Blick auf ihre eigene Zukunft zu haben.

Soziale Medien als soziale Ressource und Risiko

Bei der Thematisierung von Sozialen Medien traten besondere Erkenntnisse zutage. Die Nutzungsdauer und die Nutzungsart, explizit die Auswahl an bestimmten Plattformen und Funktionen, haben sich seit dem Ende der Maßnahmen der Corona-Pandemie dahingehend verändert, dass der persönliche Kontakt zu Freund*innen bevorzugt gewählt wird. Es ist außerdem ein Rückgang der empfundenen Einsamkeit zu beobachten, was sich aus der Anzahl der als einsam eingestuften Jugendlichen in der Vergleichsstudie „Extrem einsam?“ ablesen lässt.

Insgesamt spielten die Sozialen Medien eine bedeutsame Rolle für die Kontaktaufnahme und den Erhalt von sozialen Beziehungen. Sie ermöglichten eine Teilhabe am Unterricht und Eröffnung virtueller Räume, in denen man gemeinsam Zeit verbringen konnte. Darüber hinaus fand während des Projektes, ungeachtet der Vorteile sozialer Medien, eine rege und kritische Auseinandersetzung mit

¹ Lachmann, P.; Redlich, B.; Degen, C.M.; Prof. Dr. Cornelius-Bundschuh, J. & Prof. Dr. Neu, C. (2025): GemEINSAM gegen RECHTS: Einsamkeitserfahrungen, Corona-Folgen, Demokratieförderung und Prävention rechter Einstellungen. Projektergebnisse, Anregungen, Hilfestellungen. Göttingen: Georg-August-Universität Göttingen.

Alle Ergebnisse entstammen derselben Quelle, weshalb auf weitere Fußnoten verzichtet worden ist.

² Prof. Dr. Neu, C.; Prof. Dr. Küpper, B. & Prof. Dr. Luhmann, M. (2023): Extrem einsam? Die demokratische Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland. Berlin: Das Progressive Zentrum e.V.

dem Nutzen und den Kosten der jeweiligen Plattformen statt. Diese kritische Auseinandersetzung ging in erster Linie von den Jugendlichen selbst aus.

Politische Artikulationshemmnisse einsamer Jugendlicher

Die Ergebnisse zur Selbstwirksamkeit zeigen: Zwar haben viele junge Menschen politische Meinungen, bringen diese jedoch nur selten aktiv in Gespräche ein. **Einsame Jugendliche (82,4%) informieren sich eher weniger aktiv über Politik und gesellschaftliche Themen, wohingegen sich 58,8% von ihnen nicht zutrauen, sich in Gesprächen mit Freund*innen und Bekannten zu politischen Themen zu involvieren, und nur 29,4% finden Gefallen daran, andere von ihren Meinungen zu überzeugen.** Dadurch bleiben ihre Einschätzungen häufig unbeachtet. 75,4% der nicht-einsamen Jugendlichen stimmen der Aussage zu, bei politischen und gesellschaftlichen Themen eine klare eigene Meinung zu haben und 50,7% von ihnen überzeugen andere gerne von ihrer Meinung.

Gerade in diesem Unterschied liegt ein Risiko: Die Ergebnisse legen nahe, dass Menschen, die politische Informationen vor allem isoliert und nicht eigenständig aktiv konsumieren und diese dazu wenig diskutieren, anfälliger für vereinfachte Deutungen und einseitige Narrative sein könnten. Es ist daher plausibel, dass extrem rechte Akteur*innen gezielt Jugendliche ansprechen, die sich einsam fühlen und wenig Resonanz erfahren.

Parteipräferenzen und politische Distanz

Im Rahmen des Projekts wurde eine hypothetische Wahl der befragten Jugendlichen durchgeführt. **Die Analyse der Parteipräferenzen zeigt eine ausgeprägte politische Distanz vieler junger Menschen. Besonders auffällig ist, dass sowohl einsame mit 29,4% als auch nicht-einsame Jugendliche mit 27,7% die AfD deutlich häufiger nennen als andere Parteien oder angeben, gar nicht wählen zu wollen.** Einsamkeit allein kann diese Präferenz nicht erklären. Sie verstärkt jedoch Frustration, ein negatives Lebensgefühl und das Gefühl mangelnder politischer Wirksamkeit.

Gleichzeitig lehnen viele Jugendliche autoritäre Einstellungen ab, was auf eine vorhandene demokratische Anschlussfähigkeit hinweist. Während nicht-einsame Jugendliche eher aktiv diskutieren und überzeugen, benötigen einsame gezielte Beteiligungsräume, um politisch eingebunden zu werden.

Einsamkeit als gesellschaftliches Problem

Des Weiteren ist es wichtig zu betonen, dass sich komplexe gesamtgesellschaftliche Problemlagen, die sich in der psychischen Verfassung und dem Verhalten der Einzelnen zeigen, nicht als Eigenverschulden der jungen Menschen betrachten lassen. Sie sind das Ergebnis und Ausdruck einer hochkomplexen Sozialisation sowie des Bedürfnisses nach Handlungs- und Selbstwirksamkeit. Dies wird durch die Ergebnisse der Studie verdeutlicht.

Um die Bedeutung der politischen Bildungsarbeit als Beziehungsarbeit

Ein weiteres Fazit des Innovationsprojekts betrifft eine Aussage über die Wirksamkeit pädagogischer Bildungsangebote, die persönliche Erfahrungen mit gesellschaftlichen Fragen verknüpfen. Einige der Jugendlichen berichteten, dass sie sich erstmals in ihren Gefühlen und politischen Sichtweisen ernst genommen gefühlt hätten. Die Evaluation zeigt zudem, dass das Interesse an politischen Themen im Projektverlauf zunahm. Insgesamt zeigten sie ein reges Interesse am Austausch über die Themen Einsamkeit, soziale Gerechtigkeit und extrem rechte Symbole und Erscheinungsformen. Daraus lässt sich schließen, dass sie einen ausgeprägten Wunsch nach einem dialogischen Austausch über gesellschaftliche Haltungen und politische Einstellungen haben.

Ergo sind Jugendliche sehr wohl bereit, sich mit gesellschaftlichen Themen und Fragen des öffentlichen Lebens auseinanderzusetzen. Was junge Menschen und auch die Demokratie dabei benötigen, ist gar nicht weit voneinander entfernt. Sie brauchen Zeit, Vertrauen, aktives Zuhören, geschützte Räume, Anerkennung und vor allem langfristige Beteiligung. Gerade aus der langfristigen Beteiligung ergibt sich eine vertrauensvolle und trag-

fähige Beziehung, die es ermöglicht, verschiedene Haltungen auszuhalten und zu diskutieren. In diesem Zusammenhang haben sich außerschulische Bildungsangebote als wirksam erwiesen.

Politische Bildungsarbeit ist Beziehungsarbeit, die Einsamkeit entgegenwirken und demokratische Selbstwirksamkeit stärken kann. Dabei bedingen sich beide Aspekte wechselseitig. Beziehungsarbeit ist somit gleichermaßen politische Bildungsarbeit.

Miriam Abdolrahimzadeh Shendy studiert Soziale Arbeit mit dem selbstgewählten Schwerpunkt Rechtsextremismus. Ergänzend war sie als studentische Hilfskraft in dem Projekt „Gemeinsam gegen Rechts“ tätig. Des Weiteren ist sie staatlich anerkannte Erzieherin mit praktischen Erfahrungen in den Bereichen Rassismus und interkulturelle Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Quellen:

Lachmann, P.; Redlich, B.; Degen, C.M.; Prof. Dr. Cornelius-Bundschuh, J. & Prof. Dr. Neu, C. (2025): GemEINSAM gegen RECHTS: Einsamkeitserfahrungen, Corona-Folgen, Demokratieförderung und Prävention rechter Einstellungen. Projektergebnisse, Anregungen, Hilfestellungen. Göttingen: Georg-August-Universität Göttingen.
Prof. Dr. Neu, C.; Prof. Dr. Küpper, B. & Prof. Dr. Luhmann, M. (2023): Extrem einsam? Die demokratische Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland. Berlin: Das Progressive Zentrum e.V.



03 - Handlungsfelder und Praxis

„MAN SOLLTE SCHON IN DER MITTELSTUFE MIT DEM THEMA ANFANGEN“

Interview mit den Schülerinnen Svenja Glasnik und Emma Schreiber¹

Wir haben uns kennengelernt, weil ihr mit mir ein Interview gemacht habt für eine Projektarbeit an der Schule. Wie seid ihr zum Thema Rechtsextremismus bei Jugendlichen gekommen?

Svenja Glasnik: Wir sind hauptsächlich dazu gekommen, weil uns aufgefallen ist, dass in unserem Umfeld auch oft Rechtsextremismus aufgetreten ist. Wie bei mir zum Beispiel mein Ex-Freund. Den habe ich nach der Trennung nach einem Jahr wiedergesehen. Und dann hat er mir erzählt, dass er so richtig extrem da reingerutscht ist. Und das hat mich richtig schockiert, weil ich das vorher gar nicht gemerkt habe, dass er so ist. Ja, das war bei mir so das Krasseste. Und uns hat das beide interessiert, auch was man so dagegen tun kann.

Emma Schreiber: Bei mir war es vor allem im Umfeld, dass ich es im Freundeskreis gemerkt habe oder auch in der Fahrschule und ich öfter damit konfrontiert wurde. Und deswegen hat mich das eben auch einfach interessiert.

Zu welchem Ergebnis seid ihr in eurer Arbeit gekommen?

E.S.: Also wir sind vor allem zu dem Ergebnis gekommen, dass man sich verändert, wenn man in diese politische Nische geht. Irgendwie generell natürlich im Gedankengut und in seinem Verhalten gegenüber anderen.

Svenja, wie erklärst du dir die Radikalisierung deines Exfreundes?

S.G.: Er hat eine sehr schwierige Familiengeschichte. Daraus ist das auch so ein bisschen entstanden, weil z.B. hat sein Vater seine Mutter geschlagen. Und ich glaube dadurch hat sich das dann so entwickelt. Und er ist dann auch in Gruppen geraten, wo er dann auch aufsteigen wollte, wie ich das mitbekommen habe.

Welche Rolle spielen aus eurer Sicht soziale Medien für die Radikalisierung?

S.G.: Also ich finde, das passiert schon sehr viel online, wenn manche sich nicht trauen, das so im realen Leben zu sagen. Es ist natürlich einfacher, was nicht mit seinem Namen zu posten. Und deswegen denke ich, dass die auch nicht richtig drüber nachdenken, sondern das dann einfach machen, weil sie sich damit halt gut fühlen und auch zugehörig fühlen können.

E.S.: Ja, ich würde auch sagen, online catcht es einen mehr. Also so Gruppen oder Aussagen, Videos oder auch über Musik, das kann ja auch verbinden, dass man da eher zu einer Gruppe findet und je mehr man dann da beiträgt, z.B. über WhatsApp oder irgendwelche Instagram-Gruppen, desto mehr verbindet sich das mit dem realen Leben.

S.G.: Wir haben in unserer Forschung auch auf Telegram Gruppen gefunden, wo die sich ausgetauscht und für Zeltlager verabredet haben. Außerdem gab es dort Kleidung, Sticker und so etwas zu kaufen.

Ein wichtiges Thema scheint gerade der Hass auf Queere und überhaupt Geschlechterrollen zu sein. Könnt ihr das bestätigen?

S.G.: Ja. Wir hatten mit einem Uniprofessor gesprochen und der meinte auch, dass das so ist, weil diese jungen Männer ihre Identitätsfindung noch nicht abgeschlossen haben und dadurch versuchen, was anderes zu kompensieren. Und wir fanden, dass das Sinn macht.

E.S.: Ich finde auch, dass es häufig so rückkommt von männlichen Personen, die in diese Richtung gehen, dass sie schwul sein als nicht stark empfinden und sich deswegen davon entfernen wollen.

Was ratet ihr Menschen, die mit abwertenden Aussagen zu Homosexualität oder anderen extrem rechten Sprüchen konfrontiert sind?

E.S.: Also, ich würde sagen es kommt drauf an, in welchem Umfeld man gerade ist, wo man das dann mitbekommt. Für mich persönlich ist es manchmal auch eine Überwindung, wenn alle leise sind oder es wird dann nach so einer Aussage vielleicht still. Aber ich finde, es ist auf jeden Fall wichtig, darauf zu reagieren, wenn man sowas mitbekommt. Einfach zu fragen: Wieso denkst du das? Einfach nochmal nachzuhaken. Manchmal treffen Leute solche Aussagen, die das aber nicht wirklich vertreten.

*Wir vom MBT Hessen werden manchmal von Schulen gefragt, ob wir mit extrem rechten Schüler*innen reden würden. Was haltet ihr davon, wenn ein MBT von außen in eine Klasse kommt und mit solchen Schüler*innen reden würde?*

S.G.: Also, ich glaube, dass es nicht so sinnvoll ist, weil oftmals fremde Menschen nicht so einen großen Einfluss haben. Die Jugendlichen hören dann halt zu und denken, ja, was labert der da eigentlich? Wenn wir zum Beispiel irgendwelche Leute wegen Berufswahl oder so in der Schule hatten, die uns irgendwas vorgetragen haben, hört man auch nicht immer so richtig zu, sondern guckt sich das halt an und mehr auch nicht.

Und was würdet ihr euch von Schule wünschen?

S.G.: Man sollte das zum Beispiel im Politikunterricht behandeln: Vor allem, wenn man Zweiter Weltkrieg als Thema in Geschichte hat, dass man das verbindet. Also, weil wir hatten zum Beispiel Zweiten Weltkrieg in der Mittelstufe und Rechtsextremismus war nur, wie es früher war.

E.S.: Also, ich kriege es jetzt auf jeden Fall mehr mit. Wir haben ja auch Politik und Wirtschaft als Fach, das hatte ich davor nicht. Da hatte ich Gesellschaftslehre, da ging es viel um Geschichte, auch um aktuelle Themen, aber nicht so intensiv, wie jetzt in Politik. Jetzt besprechen wir auch Wahlergebnisse und reden mehr über aktuelle Nachrichten. Aber gerade in der Mittelstufe sollte man schon damit anfangen. Weil das ja gerade in der Pubertät ist, wo das so alles anfängt mit der Identitätsfindung. Gerade da sollte man eigentlich auch auf aktuelle Nachrichten eingehen, die damit in Zusammenhang stehen. Deswegen würde ich mich da anschließen, dass man das auch schon in der Zeit von der 8. bis zur 10. Klasse mehr im Unterricht integriert.

Inzwischen werden immer mehr Straftaten wie Hakenkreuze und Hitlergrüße von Schulen bei der Polizei angezeigt. Wie bewertet ihr das?

S.G.: Ich finde das nicht so sinnvoll, weil in der siebten, achten Klasse haben das viele Jungs auch einfach aus Spaß gemacht. Man wusste, dass sie es nicht richtig ernst meinten. Und da fände ich es besser, wenn man da pädagogischer vorgehen würde. Weil oftmals haben die auch aufgehört, wenn Lehrkräfte das gesagt haben. Man sollte die erst mal drüber aufklären, weil oftmals wissen die auch nicht, was dahintersteckt.

E.S.: Man hat da noch keine richtige Lösung für, würde ich sagen. Was ist der richtige Umgang? Wie vorbeugen? Weil Polizei ist ja nicht unbedingt der richtige Weg. Man muss eine klare Antwort finden. Wir haben uns ja jetzt auch lange damit beschäftigt und klare Strategien fehlen häufig.

Vielen Dank für das Gespräch!

*Das Interview führte
Christopher Vogel vom MBT Hessen*

Svenja Glasnik (18 Jahre), macht eine Ausbildung im medizinischen Bereich
Emma Schreiber (18 Jahre) macht demnächst ihr Abitur

¹ Namen wurden auf Wunsch der Interviewten von der Redaktion geändert

03 - Handlungsfelder und Praxis

SCHULE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS!

Handlungsoptionen an Schule aus Sicht der Mobilen Beratung



Schulen sind ein Spiegelbild der Gesellschaft und bilden dementsprechend auch politische Entwicklungen ab. Dazu gehören auch rechtsextreme Einstellungen und Vorfälle, die in der gesamten Gesellschaft verbreitet sind. Eindeutige Hinweise, wie weit das Thema Rechtsextremismus in Schulen verbreitet ist, waren die stark ansteigenden Zahlen rechtsextremer Vorfälle an hessischen Schulen 2024¹. Weitere folgten wie z.B. Vorschläge für Abiturmottos mit NS-Bezug². Auch die Anfragen bei uns als MBT nach Unterstützung an Schulen wurden 2025 deutlich mehr. Dabei wurde uns verstärkt auch von rechtsextrem gesinnten Lehrkräften berichtet sowie von wachsender Verunsicherung, wie mit dem Thema umgegangen werden soll. Parallel dazu wurden durch Kampagnen gefordert, dass Schule neutral zu sein habe und Lehrkräfte sich nicht gegen Rechtsextremismus positionieren dürften.

Schule ist Ort gesellschaftlicher Auseinandersetzung - und damit auch ein Raum, in

dem rechtsextreme Aussagen, Mobilisierungs- und Normalisierungsversuche sichtbar werden. Dies ist nicht neu, denn Schule war schon lange Ziel rechtsextremer Mobilisierungsversuche, aber erfordert nichtsdestotrotz konkrete Handlungen, Ideen und Strategien, um demokratische Werte kontinuierlich zu verankern und sich gegen Rechtsextremismus zu positionieren.

Das System Schule

Um wirksam gegen Rechtsextremismus und für demokratische Schulkulturen zu handeln, lohnt sich ein Blick auf die Strukturen, in denen Schule arbeitet:

- **Hierarchie und Autorität:** Schule ist ein hierarchisches System. Entscheidungen werden meist von oben nach unten getroffen – von Ministerium über Schulleitungen bis zu Lehrkräften und Schüler*innen. Diese Struktur schränkt Handlungsspielräume ein und macht zugleich deutlich, wo Verantwortung liegt.

- **Belastung und Ressourcenmangel:** Lehrkräfte stehen unter hohem Druck. Sie sollen unterrichten, beraten, vermitteln und Konflikte lösen unter begrenzter Zeit und Personalressourcen. Dies kann im Umgang mit Rechtsextremismus sowohl zu Druck als auch Überforderung führen.

- **Soziale Spaltung:** Schule ist ein Ort sozialer Spaltung, der Schüler*innen in Hauptschule, Realschule oder Gymnasien unterteilt. Diese Unterteilung ist oftmals verbunden mit dem Klassenhintergrund der Schüler*innen, dem schulischen Wissen der Erziehungspersonen, den Kenntnissen der deutschen Sprache oder den sonstigen Verpflichtungen der Schüler*innen, wodurch gesellschaftliche Ungleichheiten sich in Schule verfestigen. Dementsprechend werden Zukunftsbilder für Schüler*innen basierend auf unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten, Rassismus und Klassismus entworfen. Dabei ist das Leistungsprinzip an Schule dominant, wodurch sich ein Konkurrenzverhältnis zwischen Schüler*innen etablieren kann.

- **Gesellschaftliche Machtverhältnisse:** Schule ist Teil der gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus und Sexismus prägen den Schulalltag, die Lehrpläne, Unterrichtsvermittlung und das Verhalten von Lehrkräften und Schüler*innen³. Schule kann ein Ort sein, in dem dies reflektiert wird.

- **Ort demokratischer Entwicklung:** Schule ist gleichzeitig ein Ort, an dem Schüler*innen Partizipation, Mitbestimmung und demokratische Werte erlernen und praktizieren können. Es ist ein Ort des Zusammenkommens, Streitens und Lernens – trotz Leistungsdruck und Konkurrenz.

Diese Aspekte spiegeln die Realität schulischer Arbeit wider – und können Ausgangspunkte für Strategien gegen Rechtsextremismus sein. Vor Ort lässt sich das System Schule natürlich konkreter fassen: Deswegen möchten wir dazu ermutigen, nicht nur nach starren Fahr-

plänen zu suchen, sondern die konkreten Ressourcen der jeweiligen Schulen miteinzubeziehen sowie die konkreten Problemstellungen vor Ort im Blick zu haben.

Unmittelbarer Umgang mit rechtsextremen Vorfällen

Rechtsextreme Äußerungen oder Handlungen dürfen im schulischen Raum nicht unbeantwortet bleiben. Eine klare, unmittelbare Positionierung ist entscheidend, da sie Grenzen setzt, (potenziell) Betroffene schützt und allen Anwesenden signalisiert, dass menschenfeindliche Positionen keinen Platz haben.

Das kann unterschiedlich aussehen:

- durch ein klares „Stopp – so etwas dulden wir hier nicht“,
- durch einen Hinweis auf Gleichberechtigung und Respekt,
- oder durch eine ruhige, aber bestimmte Abgrenzung vom Gesagten.

Wenn rechtsextreme Aussagen unkommentiert gelassen werden, wirkt dies wie eine Zustimmung. Auch wenn rechtsextreme Schüler*innen möglicherweise nicht mehr erreichbar scheinen, ist eine direkte Positionierung trotzdem wichtig, um allen anderen Umstehenden zu verdeutlichen, dass menschenfeindliche Positionen nicht geduldet werden. Eine sofortige Positionierung heißt gleichzeitig nicht, dass direkt eine ausführliche Diskussion zu den getätigten Aussagen stattfinden muss. Lehrkräfte und Schüler*innen können sich Zeit nehmen, um die Situation zu reflektieren, Rücksprache zu halten und Unterstützung einzuholen. Das ist kein Zeichen von Schwäche, sondern von professioneller Vor- und Aufbereitung.

Bei Unsicherheiten in der Bewertung einzelner Aussagen hilft der Austausch mit Kolleg*innen, der Schulleitung oder externen Beratungsstellen. Auch eine nachträgliche Reaktion ist möglich – Hauptsache, es wird reagiert. Weiterführend sollte die Schulleitung und das Kriseninterventionsteam an der Schule miteinbezogen werden. An der Stelle macht es Sinn, sich gemeinsam als Schule einen

¹ <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/rechtsextremismus-hessische-schulen-melden-deutlich-mehr-vorfaelle-als-je-zuvor-v2,rechtsextremismus-schulen-100.html>

² <https://www.deutschlandfunk.de/abitur-motto-im-ns-jargon-giessener-gymnasium-und-seine-schueler-verurteilen-nazi-aktion-100.html>

³ <https://mediendienst-integration.de/rassismus-und-antisemitismus/rassismus-in-deutschland/rassismus-an-kitas-schulen-und-universitaeten/>

Fahrplan zu entwickeln, wie auf rechts-extreme Aussagen oder Kleidungsstücke reagiert werden soll, um Handlungssicherheit herzustellen.

Demokratische Schulkultur erlebbar machen

Gelebte demokratische Praktiken sind die wirksamste Prävention gegen Rechtsextremismus. Denn dadurch wird im Schulalltag menschliches Miteinander, Solidarität, Beteiligung und gegenseitiger Respekt erfahrbar. Dadurch können sich Haltungen gegen Hass, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit entwickeln. Dies gelingt nicht alleinig durch die Etablierung von Leitbildern und der Veröffentlichung von Statements, sondern muss grundlegend lebensweltlich mit Praxis gefüllt werden. Dafür ist es zentral, dass alle Beteiligten einbezogen werden: Schüler*innen, Lehrkräfte, Schulleitung, Sozialarbeiter*innen, Verwaltung, Mensa- oder Reinigungspersonal. Demokratie wird dann erfahrbar, wenn sie in Entscheidungen, Projekten und Konflikten spürbar wird.

Partizipation ermöglichen: Schule als hierarchisches System, sollte jegliche Spielräume nutzen, die die Mitbestimmung aller Akteur*innen ermöglicht. Anknüpfungspunkte gibt es viele: Schüler*innenvertretung, Klassenräte, AGs oder Projektgruppen. Dabei ist es wichtig, nicht nur symbolische Beteiligung zu gewährleisten und nur das zu versprechen, was auch realistisch umgesetzt werden kann. Bei der Entwicklung von Leitbildern, Schulregeln oder Präventionskonzepten machen partizipative Verfahren Sinn, da sie Identifikation und Verantwortung schaffen. Wenn alle Beteiligten selbstständig darüber mitgestalten können, wie die demokratischen Werte gelebt und welche möglichen demokratischen Traditionen entwickelt werden können, erhöht das die Wahrscheinlichkeit, dass es nicht zu leeren Routinen verkommt.

Engagement fördern: Schüler*innen und Lehrkräfte, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren, brauchen Unterstützung und Rückhalt. Denn sie sind diejenigen, die trotz der

damit verbundenen Herausforderungen den Mut haben, ihre Stimme zu erheben und sich aktiv einzubringen. Lehrkräfte und Schulleitung können hier durch Anerkennung, Schutz und Raum für ihr Engagement Personen gezielt stärken. Die Arbeit, die damit gegen Rechtsextremismus geleistet wird, ist auch im gleichen Moment das Erlernen und Stärken einer demokratischen Alltagskultur.

Alltägliche Verankerung: Gelebtes Engagement und solidarisches Handeln machen Schule zu einem demokratischen Lernort. Beispiele dafür können regelmäßige Arbeitsgruppen zu Rassismus und Demokratie, die Durchführung von Gedenktagen (z. B. zu den rassistisch motivierten Morden in Hanau oder Kassel), Kulturcafés, Projektstage oder Benefizaktionen sein. So wird Demokratie nicht nur vermittelt, sondern gemeinsam praktiziert. Hier kann vor Ort gemeinsam überlegt werden, welche Anknüpfungspunkte sich bieten.

Demokratische Haltung als Pflicht

Ein Teil des gesellschaftlichen Kulturkampfes ist es aktuell, politische Bildung und Engagement für demokratische Werte an Schule unter dem Schlagwort der „Neutralität“ zu verhindern. Zum Beispiel veröffentlichte die AFD Hessen 2024 eine eigene Broschüre zum Thema „Neutrale Schule“. Dort spricht sie davon, dass Lehrkräfte sich neutral zu verhalten hätten und fordert bei Verstoß zum Melden auf⁴.

Neutralität bedeutet, dass Lehrkräfte verpflichtet sind, nicht in den freien Wettbewerb der Parteien einzugreifen (also z.B. nicht zur Wahl oder Nicht-Wahl einer bestimmten Partei aufzurufen) und sachlich zu unterrichten, dabei auf unterschiedliche Perspektiven einzugehen und Schüler*innen befähigen, eine eigene Meinung zu bilden. Neutralität heißt demgegenüber aber nicht, antidemokratische und rechtsextreme Positionen unwidersprochen zu lassen. Vielmehr sind Lehrkräfte laut des Hessischen Schulgesetzes (§2 HSchG) dazu verpflichtet:

- „die Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der

Achtung und Toleranz, der Gerechtigkeit und der Solidarität zu gestalten,

- Menschen anderer Herkunft, Religion und Weltanschauung vorurteilsfrei zu begegnen und somit zum friedlichen Zusammenleben verschiedener Kulturen beizutragen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten“⁵

Darüber hinaus verpflichtet §3 HSchG Lehrkräfte zum Schutz der seelischen sowie körperlichen Unversehrtheit von Schüler*innen. Menschenfeindliche Handlungen verletzen diese Grundsätze. Deswegen sind Lehrer*innen gerade als Beamte*innen in einer staatlichen Institution verpflichtet zu handeln, wenn demokratische Werte verletzt oder bedroht werden. Ein guter Leitfaden diesbezüglich ist der sogenannte Beutelsbacher Konsens, der von Politikdidaktiker*innen schon in den 1960er Jahren erarbeitet wurde. Sie einigten sich auf Grundsätze der politischen Bildung, vor allem im Politikunterricht: Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Notwendigkeit von Adressat:innen-Orientierung. Alles, was wissenschaftlich kontrovers diskutiert wird, sollte dementsprechend auch kontrovers im Unterricht behandelt werden. [ausführlich zum Thema Neutralität, siehe Fußnoten 6-9]

Fokus auf Betroffene statt auf Täter*in

In vielen Fällen liegt der Fokus auf den Menschen, die rechtsextreme Positionen vertreten: ihre Motive, ihr Verhalten und mögliche Umgänge. Dies liegt u.a. daran, dass es als Störung wahrgenommen und dementsprechend einen Umgang benötigt wird. Diese Perspektive greift zu kurz – und kann unbeabsichtigt auch das falsche Signal senden: Wenn Täter*innen im Mittelpunkt stehen, ggf. dadurch sogar Zuspruch oder Bestätigung erfahren, werden potenziell Betroffene Schüler*innen, couragierte Menschen oder schweigende Zuschauer*innen oftmals übersehen und alleine gelassen. Dies kann das Vertrauen in die Schule erschüttern.

Um dies zu verhindern, ist es wichtig, gezielt (potenziell) Betroffene rechter

Ideologien und deren Umfeld zu stärken. Dazu gehört, ihnen Aufmerksamkeit zu schenken, Gespräche anzubieten und über Beratungs- und Unterstützungsangebote zu informieren [10]. Möglich ist es auch, klare Ansprechpersonen und Verfahren an der Schule zu schaffen, an die sich Schüler*innen oder Lehrkräfte bei Diskriminierungserfahrungen wenden können. Im Mittelpunkt steht dabei immer: Die Bedürfnisse der (potenziell) Betroffenen dürfen nicht aus den Augen verloren werden. Auch lohnt es sich oftmals, schweigende oder unsichere Personen einzubeziehen, um Solidarität und Zivilcourage zu fördern.

Engagiertes Eingreifen als Lösung!

Alle in dem System Schule involvierten Akteur*innen können sich aktiv gegen Rechtsextremismus positionieren und sollten dies auch tun. Denn nur so kann Schule ein Ort werden, an dem demokratisches Miteinander und solidarische Beziehungen gelebt werden können. Handlungsoptionen gibt es viele. Einige wurden hier aufgeführt, viele sicherlich nicht. Es kommt darauf an, sie gemeinsam kollektiv zu erörtern und umzusetzen.

Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus für demokratische Kultur in Hessen e.V.

⁴ <https://afd-fraktion-hessen.de/neutrale-schulen-hessen/>

⁵ <https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/jlr-SchulGHE2022V3P2>

⁶ <https://www.deutschlandfunkkultur.de/schule-neutralitaet-meinungsfreiheit-afd-100.html#beispiele-instrumentalisierung-afd-neutralitaet>

⁷ <https://www.netzwerk-courage.de/angebot/mythos-neutralitaet-in-schulen/>

⁸ <https://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/15341.pdf>

⁹ <https://bundesverband-mobile-beratung.de/publikationen/was-machen-wir-denn-jetzt-zum-umgang-mit-rechten-inhalten-in-klassenchats/>

¹⁰ <https://response-hessen.de/>

03 - Handlungsfelder und Praxis

SCHULEN UNTER DRUCK

Professionell mit antidemokratischen Positionen und Einstellungen umgehen

Ein aufmerksamer Blick in die Medien hat in den letzten Monaten gezeigt, dass sich zahlreiche Reportagen und Hintergrundberichte mit der Herausforderung antidemokratischer Tendenzen an Schulen beschäftigen (u.a. ZDF Magazin Royale 2025). Gleichzeitig wird dabei in den Kommentarspalten auch deutlich, wie viele Menschen bereits Erfahrungen mit antidemokratischen Positionen und Einstellungen im Kontext Schule gemacht haben. Durch diese Berichterstattung wird eindrücklich sichtbar, welche Herausforderungen Schulen tagtäglich zu bewältigen haben. Für die Öffentlichkeit ist dies für einen ersten Zugang zu diesem Thema auch wichtig, dennoch brauchen Schulen konkrete Unterstützung. Während es für manche Schulen vor allem um Fragen der demokratischen Schulentwicklung und die Weiterentwicklung bestehender Strukturen geht, müssen andere zentrale Prinzipien des demokratischen Miteinanders gegen eine extrem rechte Dominanz in der eigenen Schule oder der lokalen Umgebung verteidigen. Der vorliegende Beitrag soll Lehrkräften Hilfestellungen für ihre alltägliche Arbeit in diesem Themenfeld geben. Dabei muss jedoch zunächst der Illusion rezeptartiger und jederzeit funktionierender Handlungsstrategien widersprochen werden, die einfache Antworten auf komplexe Problemlagen versprechen. Vielmehr bedarf es eines reflexiven Blicks auf die Herausforderung, der professionelles Handeln ermöglicht, ohne die Vielschichtigkeit der Situation zu verkennen. Dazu wird zunächst das zugrunde liegende Herausforderungsverständnis vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen eingeordnet. Im Anschluss wird mit dem Perspektiv-Ebenen-Modell (PEM) ein Instrument vorgestellt, das dabei unterstützt, Fälle systematisch zu analysieren und unterschiedliche pädagogische, rechtliche, politische und systemische

Anforderungen zu sortieren (Behrens, Besand, Breuer 2021). Abschließend werden zentrale Eckpunkte professionellen Handelns in konkreten Situationen skizziert, die Lehrkräften Orientierung für den Umgang mit antidemokratischen Positionen und Einstellungen im schulischen Alltag bieten.

Angemessenes Herausforderungsverständnis

Antidemokratische Entwicklungen stellen eine zentrale Herausforderung für unsere Gesellschaft und damit auch für den Raum Schule dar. Für den pädagogischen Bereich ist es deshalb entscheidend, mit welchem Verständnis auf diese Herausforderungen geblickt wird. Antidemokratische Positionen und damit verbundene Ungleichwertigkeitsvorstellungen, das zeigen einschlägige Studien seit langem deutlich (Decker et al. 2024; Zick et al. 2025), sind innerhalb der gesamten Gesellschaft zu finden. Ein verengter Blick, der sich auf die vermeintlichen gesellschaftlichen Ränder fokussiert und sich auf Fragen von straffrechtsrelevanten Verstößen beschränkt, führt in der Praxis nicht selten dazu, dass wichtige (pädagogische) Handlungsanlässe nicht erkannt werden und antidemokratische Aussagen, entsprechendes Verhalten sowie Diskriminierungen übersehen werden. Um diese Verkürzungen zu vermeiden und dem demokratischen Bildungsauftrag von Schule gerecht zu werden, ist es notwendig, einen sensiblen Blick zu entwickeln, wann die Gleichheit von Menschen in Frage gestellt wird. Antidemokratische Positionen und Einstellungen finden in diesem Kontext in der Abwertung von Gruppierungen, Religionen, Weltanschauungen, Lebensstilen, Lebensphilosophien und/oder Lebenspraxen ihren Ausdruck (Danne-mann 2024). Antidemokratische Positionen erscheinen dabei als irritier- und

damit pädagogisch adressierbar, können sich aber zu antidemokratischen Einstellungen verfestigen (ebd.)

Demgegenüber sind in antidemokratischen Einstellungen autoritär-nationalistische Weltbilder verdichtet, die pädagogisch, wenn überhaupt, nur äußerst schwierig zu adressieren sind. Für den pädagogischen Bereich bietet diese Fassung eine hilfreiche Orientierungs- sowie Diagnosefolie, an der sich die Auswahl und Ausrichtung pädagogischer Handlungsstrategien orientieren kann.

Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen zeigen deutlich, dass sich der Umgang mit antidemokratischen Tendenzen nicht ausschließlich in Präventionshandeln erschöpfen kann. Einschlägige Jugendstudien zeigen, dass das national-autoritäre Einstellungspotenzial unter Jugendlichen zunimmt (Albert et al. 2024).¹ Dies wird auch in einer (Re-)Aktualisierung extrem rechter Jugendkultur sichtbar, die sich u.a. in einer der hohen Mobilisierungen zu Anti-CSD-Aktionen oder gewalttätigen Übergriffen auf politische Gegner*innen zeigt (Begrich 2025). Schule muss sich hier in den kommenden Jahren auf komplexer und konfliktreicher gelagerte Herausforderungssituationen einstellen. Um ihrem demokratischen Bildungsauftrag nachzukommen, muss sie weiterhin demokratisches Lernen ermöglichen und zugleich von Diskriminierung Betroffene

ernst nehmen, in dem sie entsprechende Schutzräume bietet. Darüber hinaus ist Schule gefordert, sich im Sinne grundlegender Menschenrechte und der Prinzipien demokratischen Zusammenlebens politisch zu positionieren, indem sie eine klare Haltung gegenüber antidemokratischen Positionen und Einstellungen einnimmt und diese Haltung auch sichtbar vertritt und verteidigt.

Analyse der Herausforderung

Die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Positionen und Einstellungen ist oft begleitet von Unsicherheiten, Überforderung und dem Gefühl fehlender Handlungssicherheit. Bei der Frage, wie ein geeigneter Umgang aussehen kann, wird häufig ausschließlich auf die konkrete Auseinandersetzungssituation geschaut, während komplexe Zusammenhänge, institutionelle Bedingungen und strukturelle Abhängigkeiten ausgeblendet und intervenierende Parameter außer Acht gelassen werden. Zentral ist also die reflexive (Nach-)Bearbeitung von antidemokratischen Vorfällen, die pädagogische Verantwortung, rechtliche Fragen, politische Signalwirkungen und systemische Zuständigkeiten klärt. Mit dem Perspektiv-Ebenen-Modell (PEM) wird im Folgenden ein Instrument vorgestellt, das dabei helfen kann, die Komplexität solcher Situationen analytisch zu ordnen, ohne sie zu verkürzen oder vorschnell zu vereinfachen. Es ist aus

Abbildung 1:
Perspektiv-Ebenen-Modell
aPuE (eigene Darstellung)
Anhand eines Fallbeispiels
soll dieses Modell im
Folgenden erläutert und
konkretisiert werden.



¹ In der Shell-Studie geben bspw. 44% der Befragten an, dass eine „starke Hand“ für Ordnung sorgen müsse und 22% der Befragten bedienen sich „nationalpopulistischer“ Narrative.

der systematischen Auswertung zahlreicher schulischer Fallkonstellationen entstanden, bei denen sich wiederkehrende Strukturmomente erkennen ließen. Diese wurden zu einer pädagogischen Ebene, einer rechtlich-administrativen Ebene, einer politischen und einer systemischen Perspektive verdichtet. Das Modell kann sowohl für die (gemeinsame und kollegiale) Vorbereitung als auch Nachbereitung entsprechender Situationen genutzt werden und ermöglicht es eigene Schwerpunktsetzungen zu überprüfen, übersehene Aspekte zu identifizieren und verstellte Perspektiven offenzulegen. Dabei liefert es keine fertigen Antworten, aber es strukturiert den Weg, nachvollziehbare und begründete Entscheidungen und Maßnahmen gegenüber Schüler*innen, Eltern oder Behörden zu treffen.

Fallbeispiel

Ein Physiklehrer weiß nicht weiter. Beim Reinigen seines Fachunterrichtsraums bemerkt er, dass jemand ein kleines Hakenkreuz in die Stirnseite eines Arbeitstisches geritzt hat. Wann das geschehen ist, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Der Lehrer möchte das Symbol entfernen, stößt jedoch auf ein praktisches Problem: Die Tische sind an der Kante mit einer Gummierung versehen, die sich nicht ohne Beschädigung lösen lässt. Um das Hakenkreuz zu beseitigen, müsste er entweder die Tischplatte oder die Gummierung sichtbar zerstören.

Der Lehrer zögert. „Am Ende bekomme ich Ärger, weil ich den Tisch ruiniert habe“, denkt er und wendet sich an die Schulleitung. Ihm ist wichtig, dass das Symbol verschwindet – nicht nur, weil es strafrechtlich relevant sein könnte, sondern auch, weil er nicht will, dass seine Schüler*innen während des Unterrichts ständig darauf blicken. Die Schulleitung nimmt seine Hinweise zur Kenntnis, wird aber trotz mehrfacher Nachfrage über Wochen hinweg nicht tätig. Das Hakenkreuz bleibt im Klassenraum präsent (Behrens, Besand, Breuer 2021, 156).



Pädagogische Ebene

Auf der pädagogischen Ebene stehen zunächst die Lern- und Entwicklungsaspekte als Kern des professionellen Handelns im Mittelpunkt. In ihrer täglichen Arbeit müssen Lehrkräfte Kommunikationspro-

zesse, Interaktionen und den direkten Austausch mit den Schüler*innen gestalten, um Lernprozesse und auch Beziehungsarbeit zu ermöglichen. Dazu gehört ein diskriminierungssensibles Handeln, das Schutz vor abwertenden oder ausgrenzenden Erfahrungen gewährleistet. Darüber hinaus gilt es, Räume zu schaffen, in denen antidemokratische Positionen kritisch adressiert und irritiert werden können, um konzeptuelle Änderungen zu ermöglichen.

In Bezug auf das Fallbeispiel zeigt sich die Schwierigkeit, dass zunächst keine unmittelbar adressierbaren Maßnahmen oder Sanktionen möglich sind, da die konkrete Urheberschaft der Handlung nicht eindeutig geklärt ist. Entsprechend ist zunächst zu prüfen, ob und auf welchem Weg eine Klärung erfolgen kann. Sollte es auch im weiteren Verlauf nicht gelingen, die verantwortliche Person zu identifizieren, muss der Vorfall schulöffentlich eingeordnet werden.

Kommt es jedoch zu einer Identifikation des/der verantwortlichen Schüler*in, sind angemessene Konsequenzen zu erwägen. Maßgeblich ist dabei die Einschätzung des Ideologierungsgrades.

Es macht einen erheblichen Unterschied, ob es sich um eine erstmalige Handlung handelt oder ob die betreffende Person bereits wiederholt durch antidemokratische Positionen und Einstellungen aufgefallen ist. Im erstgenannten Fall bieten sich aufklärende, dialogische und reflektierende Zugänge an, die die angesprochenen Perspektivwechsel ermöglichen können. Bei Anzeichen einer ideologischen Verfestigung hingegen müssen, wie eingangs bereits angedeutet, konsequente Maßnahmen ergriffen werden, die weitere schulische bzw. außerschulische Akteur*innen einbezieht oder auch strafrechtliche Schritte nach sich zieht.



Rechtlich-administrative Ebene

Auf der rechtlich-administrativen Ebene stehen die Anwendung allgemeiner und spezifischer Handlungsrichtlinien und schulischer Vorschriften sowie der Bezug zu einschlägigen Gesetzen im Vordergrund. Dazu gehört, die bestehenden Spielräume eines rechtskonformen Handelns sorgfältig auszuloten, ohne sich ausschließlich an dem Anspruch einer

möglichst umfassenden rechtlichen Absicherung zu orientieren. Die damit verbundene Hoffnung auf absolute Handlungssicherheit erfüllt sich in der Regel nicht und geht zu Lasten pädagogischer Handlungsspielräume und der notwendigen Beziehungsarbeit. Im Fallbeispiel ist das eingeritzte Symbol strafrechtsrelevant und fällt unter die Bestimmungen des § 86a StGB. Im Anschluss daran ergeben sich grundsätzlich verschiedene Handlungsoptionen. Auf schulischer Ebene können Sanktionsinstrumente wie pädagogische Auflagen, Verweise oder Ordnungsmaßnahmen eingesetzt werden. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, den Vorfall zur Anzeige zu bringen. Darüber hinaus sollte die Schulleitung den Vorfall an die zuständigen, vorgesetzten Behörden melden. Im Fallbeispiel kommt erschwerend hinzu, dass die verantwortliche Schulleitung aufgrund ihrer Untätigkeit ihrer Zuständigkeit nicht nachkommt und so die notwendige Abstimmung rechtlicher und administrativer Maßnahmen nahezu verunmöglicht.



Politische Perspektive

Wie oben gezeigt, sind Schulen keine unpolitischen Räume, sondern immer auch Orte, an denen gesellschaftliche Konflikte, Machtverhältnisse und Wertefragen sichtbar werden. Handlungsentscheidungen von Lehrkräften und Schulleitungen sind daher immer Ausdruck bestimmter Werthaltungen und beeinflussen, welche Normen und Werte im schulischen Alltag zwischen Schüler*innen, Lehrkräften und anderen schulischen Personen gelebt und erfahrbar werden. Ebenso prägen diese Entscheidungen maßgeblich, wie die Schule nach außen hin wahrgenommen wird. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung für demokratische Werte einzustehen und diese aktiv zu vertreten.

Im Fallbeispiel bedeutet das Nicht-Handeln, insbesondere der Schulleitung, dass einer Normalisierung menschenverachtender und strafrechtsrelevanter Symbolik im schulischen Raum Vorschub geleistet wird. Darin wird ein verbreitetes Bagatellisierungsproblem deutlich, denn antidemokratische Symbolik wird nicht selten unter dem Vorwand, es handle sich lediglich um eine Schmiererei, als nicht weiter verfolgungswürdig eingeordnet. Die Folgen einer solchen Einschätzung sind jedoch gravierend. Für diskriminierungsbetroffene Personen be-

deutet dies, dass Schule zu einem Raum wird, in dem sie sich nicht sicher fühlen können, weil angreifende und diffamierende Symbole als Teil des schulischen Alltags hingenommen werden. Gleichzeitig entfaltet das Nicht-Handeln eine erhebliche Außenwirkung, wenn sich der Eindruck verfestigt, dass an dieser Schule verfassungsfeindliche Zeichen geduldet oder nicht ernsthaft problematisiert werden.

Vor diesem Hintergrund ist ein konsequentes und sichtbares Zeigen von Haltung erforderlich. Dazu gehört in diesem Fall auch eine systematische Aufklärung, welches Ausmaß das Problem tatsächlich an der Schule hat.



Systemische Perspektive

Aus systemischer Perspektive rücken die organisationalen Verschränkungen sowie die Macht- und Hierarchiebeziehungen von unterschiedlichen Akteur*innen und Institutionen innerhalb und außerhalb der Schule in den Fokus. Zentrale Fragestellungen betreffen dabei Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten sowie deren Verflechtungen, die kritisch zu analysieren sind. Dies unterstreicht, dass der Umgang mit antidemokratischen Positionen und Einstellungen nicht allein als individuelles oder pädagogisches Problem zu verstehen ist, sondern immer auch in Abhängigkeit organisationaler Voraussetzungen stehen.

Die Auswirkungen systemischer Dysfunktionalitäten zeigen sich im Fallbeispiel besonders prägnant. Das Problem manifestiert sich hier in der inaktiven Schulleitung. Die damit verbundene Verantwortungsdiffusion führt dazu, dass notwendige reaktive Handlungen ausbleiben und der Fall trotz mehrfacher Hinweise der Lehrkraft nicht bearbeitet wird. Zeitgleich fehlen geklärte Verfahrenswege und Zuständigkeitsregelungen (hier der Umgang mit den Tischen als Eigentum des Schulträgers), was sich auf die Handlungssicherheit der beteiligten Akteur*innen auswirkt.

Diese Situation verdeutlicht, wie wichtig transparente Entscheidungsstrukturen und verbindliche Verfahrenswege sind, um bei entsprechenden Herausforderungen handlungsfähig zu sein. Auch wenn ohne die Möglichkeit einer aktiven Einbindung der Schulleitung geeignete Maßnahmen nur eingeschränkt zur Verfügung

stehen, ist es dennoch möglich und wichtig weitere Schritte zu unternehmen. Die Herstellung einer Schulöffentlichkeit für diesen Fall kann beispielsweise den Handlungsdruck auf die Schulleitung erhöhen oder dazu führen, weitere Kolleg*innen für ein gemeinsames, abgestimmtes Vorgehen zu gewinnen.

Herausforderungen in der Praxis begegnen

Neben der analytischen Auseinandersetzung mit antidemokratischen Vorfällen können auch die folgenden Eckpunkte professionellen Handelns die Sicherheit für das Handeln in konkreten Situationen erhöhen. Sie sind in den folgenden drei Schritten zusammengefasst (Behrens, Besand, Breuer 2021).

Professionelle Haltung einnehmen

Zunächst ist zentral, antidemokratische Äußerungen, Symbole oder Verhaltensweisen klar als solche zu benennen, zurückzuweisen und Grenzen klar zu benennen. Dabei sollten im Sinne der Vorbildfunktion von Lehrkräften eigene demokratische Positionierungen sowie Werthaltungen sichtbar werden. Der (rechtliche) Spielraum dafür ist tatsächlich weit gefasst. Lehrkräfte sollten sich daher nicht von vermeintlichen Neutralitätspostulaten² extrem rechter Akteur*innen verunsichern lassen.

Betroffene schützen

Mögliche Betroffene im Raum dürfen bei einer Intervention nicht aus dem Blick geraten. Sie werden durch Diskriminierungen direkt oder indirekt angegriffen und brauchen eine entsprechende Sensibilität und entsprechenden Schutz. Eine ausschließliche Fokussierung auf Täter*innen gilt es zu vermeiden.

Auseinandersetzung führen

Im Anschluss können nach Möglichkeit weitere Handlungsstrategien Anwendung finden (u.a. Dekonstruieren von Aussagen, Irritationen oder subversive Herangehensweisen, Faktenchecks usw.). Entscheidend ist dabei, den demokratischen Werte- und Argumentationsrahmen konsequent beizubehalten und keine antidemokratischen Narrative, Begriffe oder Deutungsmuster zu übernehmen. Zugleich ist abzuwägen, ob die Auseinandersetzung im unmittelbaren Unterrichtskontext sinnvoll fortgeführt werden kann oder weiterführende Bearbeitungsformate notwendig werden.

Abschluss

Der Umgang mit antidemokratischen Positionen und Einstellungen ist zentraler Bestandteil des demokratischen Bildungsauftrags von Schulen. Die vorgestellten Ansatzpunkte zeigen, dass ein Schlüssel für das Gelingen dieser Auseinandersetzung in einer reflektierten Vor- und Nachbereitung konkreter Situationen liegt. Eine demokratische Schulkultur braucht dazu eine reflektierte Auseinandersetzung mit konkreten Situationen, verlässliche Strukturen und einen gemeinsamen demokratischen Wertekonsens. Dies gilt umso mehr, da Schulen und (politische) Bildungsangebote weiterhin von antidemokratischen Akteur*innen unter Druck gesetzt werden. Gerade hier wird es wichtig, Haltung zu zeigen, sich nicht vereinzeln zu lassen, sondern Unterstützung zu suchen und die Herausforderungen gemeinsam mit Kolleg*innen sowie weiteren (außer-)schulischen Akteur*innen zu bearbeiten.



Stefan Breuer M.A. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Dresden. Zum Themenbereich antidemokratische Tendenzen im Raum Schule hat er langjährig das sächsische Modellprojekt „Starke Lehrer*innen – Starke Schüler*innen“ koordiniert und darüber hinaus weitere Projektstandorte in unterschiedlichen Bundesländern evaluierend begleitet. Er forscht insbesondere zur Rolle von Schulleitungen in der Begegnung antidemokratischer Positionen und Einstellungen. In der universitären Lehre engagiert er sich für eine breite politische Bildung für alle Lehramtsstudierenden. Weiterhin arbeitet er zu demokratischen Bildungsformaten im schulischen und außerschulischen Bereich. **Kontakt:** stefan.breuer@tu-dresden.de

Literatur:

Albert, Mathias; Quenzel, Gudrun; Verian, Frederick de Moll (2024): Jugend 2024. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt. 19. Shell Jugendstudie. Weinheim.
 Begrich, David (2025): Immer jünger, immer rechter: Teenager mit Baseballschlägern. Online unter: https://www.blaetter.de/ausgabe/2025/juli/immer-juenger-immer-rechter-teenager-mit-baseballschlaegern#_ftn11. (Stand 31.01.2026).
 Behrens, Rico; Besand, Anja; Breuer, Stefan (2021): Politische Bildung in reaktionären Zeiten. Plädoyer für eine standhafte Schule. Frankfurt a.M: Wochenschau.
 Dannemann, Udo (2024): Antidemokratische Positionen und Einstellungen in Schulen. Online: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/544538/antidemokratische-positionen-und-einstellungen-in-schulen/>. (Stand 31.01.2026)
 Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline Heller; Brähler, Elmar (2024): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechts-extreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen.
 ZDF Magazin Royale (2025): „Rechtsruck in der Schule, Lehrer*innen mit Courage“. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=R7lm6TN4twg>. (Stand: 31.01.2026)
 Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico, Eden Marco (2025): Die angespannte Mitte Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. Bonn.

² Mehr zur Debatte um eine angebliche „Neutralität“ an Schule siehe Seite 34.

03 - Handlungsfelder und Praxis

HYBRIDE BEDROHUNG

Wie rechtsextreme Jugendgruppen neue Wege der Radikalisierung nutzen und was Distanzierungsarbeit dagegen tun kann

Seit 2023 zeigen sich in Hessen – wie auch bundesweit – neue rechtsextreme Gruppen. Der folgende Beitrag betrachtet diese Neuformierung rechtsextremer Jugendkultur aus der Perspektive der Distanzierungsarbeit unseres Projektes „Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus“ und fragt, welche Konsequenzen sich daraus für diese Arbeit ergeben.

Distanzierungsarbeit

Die Jugendlichen, mit denen wir arbeiten, suchen nicht unsere Unterstützung. Sie tun und denken, was sie für richtig halten. Zugänge entstehen in der Regel nach Vorfällen, durch Dritte, durch Zwang. Dabei können zunächst Abwehrhaltungen entstehen, in gemeinsamen Prozessen öffnen sich aber auch Wege zu mehr Autonomie und Freiwilligkeit. Um Irritationen zu minimieren, wird in jedem Fall (z.B. an Schulen) eine Beratung der Fachkräfte vorgeschaltet. Dies ist geboten, weil alle Akteur*innen in den Blick genommen werden müssen, damit erfolgte Interventionen hinterfragt werden, damit Betroffene unterstützt werden und damit sich z.B. die Lehrkräfte ihrer pädagogischen Verantwortung stellen und eine Problemlage nicht individualisieren oder an Polizei und Soziale Arbeit auslagern.

Was gehört alles zu einer Distanzierungsarbeit? Eine jugendgerechte Beziehungsarbeit (Sprache, Interesse!) ist zentrale Voraussetzung für Veränderung. Narrativbiografische Zugänge ermöglichen das Erzählen und Reflektieren von Erlebnissen, Mittel einer subversiven Verunsicherungspädagogik irritieren, ohne moralisierend zu konfrontieren. Systemische Perspektiven binden Familie, Peers und Institutionen ein. In der Distanzierungsarbeit geht es u.a. um:

- Erlebnisse in Familie, Schule, Peergroups, um biografische Schlüsselmomente und ihre Bedeutung für die Hinwendung zu extremen Gruppen/Ideologien
- Thematisierung von Emotionen und Erfahrungen mit Ohnmacht, Wut, Macht etc.
- Kontakte zu rechtsextremen Peers/Szeneangehörigen, Gruppenchats, Veranstaltungen, Feindbilder, verbale/ physische Übergriffe und Rechtfertigungsstrategien
- Reflexion der eigenen Rolle, von Selbst- und Fremdbildern
- Kritische Einordnung z.B. von Tattoos, Symbolen, Songs, Medienprofilen, Kleidung, Codes
- Einnahme der Betroffenenperspektive, Mehrdeutigkeiten, Erkennen von Alternativen zum Schwarz-Weiß-Denken
- Zukunftsperspektiven, Schritte zu einer Veränderung, relevante Zusatzproblematiken (z.B. Sucht,...)

Da Veränderung nicht linear, sondern dynamisch verläuft, braucht es Zeit und Geduld. Distanzierungsarbeit versteht sich und funktioniert am besten als ein Baustein eines koordinierten gesellschaftlichen Ansatzes.

Beratung

Unabhängig vom jeweiligen Einzelfall geht es in unserer Beratung von Fachkräften (z.B. Schule, Sozialarbeit) darum, Grundhaltungen zu hinterfragen: Rechtsextreme Äußerungen oder Symbole sind kein „Jugendphänomen“, sondern ein ernstzunehmendes Problem.

Unmittelbar brauchen betroffene Mitschüler*innen, aber auch Zuschauer*innen („Dritte“) eine erkennbare Intervention und ggf. Unterstützung, sollen sie das Vertrauen in die Lehrkräfte und Institution nicht verlieren („Darf man das hier?“ „Werde ich bei anderer Gelegenheit auch unterstützt?“). Diejenigen, die diskriminieren oder anderweitig auffallen, brauchen ein Signal, das verdeutlicht, dass bestimmte Verhaltensweisen (z. B. Hitlergruß, rassistische Beleidigungen) nicht toleriert werden. Solche Situationen sind rasch zu unterbrechen und zu beenden, ggf. mit räumlicher Trennung. Wenn akute Gefahr besteht, ist die Polizei einzuschalten. Es nützt danach im Einzelgespräch den Dialog zu suchen, Fragen zu stellen („Was interessiert dich an dieser Gruppe?“, „Wie würdest du dich fühlen, wenn jemand dich so beleidigen würde?“) und das Geschehen verständlich einzuordnen (sachliche Korrektur). Es ist bisweilen günstig, mit einzelnen Schüler*innen eine langfristige Strategie zu verfolgen: Wer im Kollegium kann sich vorstellen, hier Beziehung aufzubauen, Interesse an der Person zu zeigen und zum Dialog einzuladen? Wer kann welche Alternativen anbieten, in eine kritische Auseinandersetzung mit Social Media (z. B. „Woher kommen diese Videos? Wer profitiert davon?“) einsteigen?

Das Verhalten des Jugendlichen ist in der Regel kein Einzelphänomen. Es ist entsprechend hilfreich, Gespräche mit Kolleg*innen zu suchen und die Wahrnehmungen auszutauschen, aber auch bereits stattgefundene Interventionen (bzw. neue Ideen) zu sammeln. Sofern noch nicht vorhanden, ist es günstig, eine schulweite Strategie zu entwickeln (z. B. klare Regeln, Verfahren, Zuständigkeiten; Thematisierung im Unterricht, Veranstaltungen) und Mitschüler*innen zu stärken, die sich gegen Rechtsextremismus stellen (z. B. durch Projekte), das Kollegium zu schulen (z. B. Fortbildungen), Fallbesprechungen mit externen Beratungsstellen oder eine Beteiligung an lokalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus. Es ist günstig, Eltern einzubinden. Es kann auch günstig und notwendig sein, die Polizei einzuschalten, um eine Anzeige zu erstatten (Gewalttaten, konkrete Bedrohungen, strafbare Symbole, etc.) oder wenn der Verdacht auf organisierte Strukturen besteht. Bei einzelnen provokativen Äußerungen oder unklaren

Fällen gilt das nicht. Aber: Es braucht immer eine pädagogische Intervention!

Veränderungen in den Anfragen

Aktuell erreichen uns im Rahmen der Distanzierungsarbeit und der Beratung Konstellationen wie diese häufiger:

„Ein 14-jähriger Schüler war Teil einer rechtsextremen Chatgruppe auf Telegram und ist in diesem Rahmen strafrechtlich in Erscheinung getreten. Es habe auch Vorfälle in der Schule (Queerfeindlichkeit, Bedrohung eines Mitschülers) oder in der Kommune (Schmierereien) gegeben, diese seien aber verharmlost und nicht geahndet worden.“

„Eine Lehrerin berichtet, dass an ihrer Schule so viele Hakenkreuze an Wände und auf Tische geschmiert werden, dass ‚der Hausmeister kaum noch hinterherkomme‘, sie wegzumachen. Schüler kommen in einem rechtsextremen Skinhead-Outfit zum Unterricht und treten als Gruppe auf dem Pausenhof auf. In deren Umfeld seien auch Personen in extremen Chatgruppen beteiligt, die als Terrorgruppen bekannt geworden sind. Mitschüler*innen werden von ihnen beleidigt und herabgewürdigt. Am heutigen Tage habe es eine Schlägerei gegeben. Sie möchte etwas dagegen unternehmen, erfährt aber kaum Unterstützung durch Kollegium und die Schulleitung.“

Solche Anfragen können sich zu Fällen der Distanzierungsarbeit entwickeln. Sie weisen zum einen auf rechtsextrem affine Jugendliche hin, die Einstellungen, Symbole oder Verhaltensweisen übernehmen, ohne sich jedoch ideologisch festzulegen oder aktiv in rechtsextreme Strukturen eingebunden zu sein. Zum anderen handelt es sich um rechtsextrem orientierte Jugendliche, die eine klare rechtsextreme Ideologie verinnerlicht haben und sich aktiv in rechtsextreme Szenen oder Jugendgruppen dieses neuen Typs einbinden. In diesen Anfragen werden Herausforderungen geschildert: die Bedeutung von Medien, Tendenzen der Verharmlosung im Umfeld sowie Fachkräfte an Schulen, die diesen für sie neuen Aufgaben nicht handlungssicher gegenüberstehen.

Wir werden im Folgenden einige Aspekte mit Blick auf unsere Arbeit exemplarisch vertiefen.



Veralltäglicung rechtsextremer Einstellungen

Hintergrundfolie dieser Entwicklungen bildet aus unserer Sicht eine zunehmende Normalisierung bzw. Veralltäglicung rechtsextremer Einstellungen. Wir befinden uns mitten in einem gesellschaftlichen Prozess, in dem rechtsextreme Narrative, Feindbilder und Deutungsrahmen zunehmend und ohne Scham oder soziale Sanktion Teil des erlebten Alltags geworden sind. Für einen Teil der Bevölkerung erscheinen sie als legitime oder gar „normale“ Meinungspositionen. Rassistische, queerfeindliche oder antisemitische Aussagen werden etwa in Schule, Sportvereinen, sozialen Medien oder Gaming-Chats – häufiger und unwidersprochen geäußert. Abwertungen werden nicht mehr als extreme Aussagen wahrgenommen. Das bedeutet, dass Jugendliche keine „radikale Entscheidung“ treffen, wenn sie sich mit rechtsextremen Positionen identifizieren; der Einstieg erfolgt geradezu beiläufig. Eltern, Lehrer*innen oder Peers reagieren häufig nicht oder eher zögerlich auf diskriminierende Aussagen. Dies signalisiert Zustimmung oder Akzeptanz.

Distanzierungsarbeit bei zunehmender Normalisierung rechtsextremer Einstellungen?

Eine fortschreitende Normalisierung erschwert Distanzierung, da die Differenzierung (o.k. vs. nicht o.k.) verschwimmt. Begriffe und Kategorien (rechts – links) werden seit Jahren vernebelt und umgedeutet – und damit unklarer. Damit sinkt die Schamgrenze. Es braucht Grenzziehungen, um der Veralltäglicung entgegenzuwirken. Hier geht es um klare Haltungen in den Familien und in all ihren Umgebungen. Es geht auch um wirksames Sanktionieren. Wenn Jugendliche von Erwachsenen, auch solche Konstellationen finden wir in unseren Fällen, mit rechtsextremer Kleidung versorgt werden, sie für ihre Taten gelobt oder als „Freiheitskämpfer“ gehandelt werden, wenn ihre Freilassung als politische Gefangene öffentlich und unwidersprochen an Schulen gefordert wird, dann läuft etwas gründlich schief. Da Radikalisierung häufig unauffällig und schleichend verläuft, braucht es niedrigschwellige und frühzeitige Zugänge – besonders in Schulen und Jugendhilfe. Das Alltägliche muss stärker

thematisiert werden, Prävention und Intervention sollte sich nicht nur auf „klassisch rechte Szenen“ konzentrieren, sondern muss Alltagsthemen bearbeiten und eine Einordnung ermöglichen. Zugleich brauchen Jugendliche emotionale und soziale Erlebnisräume und Zugehörigkeitsangebote. Sie brauchen den Glauben an eine sinnvolle und lebenswerte Zukunft. Ihr Vertrauen muss sich Politik und Gesellschaft jeden Tag erarbeiten.

Männliche Jugendliche

Rechtsextreme Szenen generell – und auch die neuen hybriden Gruppen – sprechen überwiegend männliche Jugendliche an. Rechtsextreme Milieus verstärken Bilder einer bedrohten Männlichkeit und versprechen zugleich Rettung: Stärke, Härte, Wehrhaftigkeit, Kampfbereitschaft und Schutz der „eigenen“ Gruppe werden als erstrebenswerte Identitätsmarker präsentiert.

Diese Inszenierungen wirken attraktiv für männliche Jugendliche, die auf der Suche nach klarer Orientierung sind, Anerkennung über Stärke und Dominanz suchen, sich in gesellschaftlichen Transformationsprozessen oder in der Identitätsentwicklung verunsichert fühlen, in Schule oder Familie wenig positive Rückmeldungen erleben. Rechtsextreme Gruppen bieten daher niedrigschwellige, körperlich aufgeladene Erlebniswelten, Wettbewerbe und Gruppenzugehörigkeit (Kampfsport, Musik, „Action“), die klassischen männlichen Sozialisationsbildern entsprechen und Ermächtigungsgefühle erzeugen. Die Männlichkeitsnormen dieser Gruppen verstärken zudem die Gewaltbereitschaft.

Männlichkeitsbilder - ein Dauerthema der Distanzierungsarbeit

Das Thema Männlichkeitsbilder ist ein Dauerthema der Distanzierungsarbeit, schon seit vielen Jahren. Männlichkeitsbilder werden, wo angemessen, explizit angesprochen, nicht nur rechtsextreme Ideologie. Es geht um Fragen wie: Was bedeutet Stärke für den Jugendlichen? Wie wird Anerkennung erlebt? Welche Alternativen zu dominanzorientierten Rollenbildern sind erlebbar? Und bei dem Dauerthema Gewalt sind auch rechtliche und gesellschaftliche Folgen transparent zu machen: Gewalt ist nicht legitim.

Es geht um die gemeinsame Auseinandersetzung mit Identität und Geschlechterrollen. Erfahrungs- und körperorientierte Methoden, das Üben von emotionaler Artikulation und die Anerkennung jenseits von Dominanz oder Gewalt können günstig sein. In unserer Arbeit begegnen uns viele männliche Jugendliche mit wenig Zugang zu sprachlich-emotionalen Ausdrucksformen. Rechtsextreme Gruppen kompensieren auch diese Lücke über körperliche und kämpferische Ausdrucksformen.

Allerdings ist es im Rahmen einer landesweit und aufsuchenden Distanzierungsarbeit nicht leicht, alternative Bezugsgruppen vor Ort zu erschließen, in denen Jugendliche Status über positive Leistung und Zugehörigkeit gewinnen und Zugehörigkeit ohne Abwertung anderer erleben. Zudem sollten wir nicht den Fehler wiederholen und junge Frauen aus dem Blick zu verlieren. Sie werden noch viel zu selten Zielgruppe der Distanzierungsarbeit und oft nicht ernst genommen. Und auch sie werden gezielt adressiert und sind auch Teil der Jugendgruppen neuen Typs.

Queerfeindlichkeit und sogenanntes „Pedo-Hunting“ als Mobilisierungsthemen

Die Extreme Rechte hat einen reichhaltigen Vorrat an Feindbildern. Aktuell sind Queerfeindlichkeit und sogenannte „Pedo-Hunting“-Kampagnen zentrale Mobilisierungsthemen der hybriden rechtsextremen Jugendgruppen. Diese Themen sind allgegenwärtig in Sozialen Medien, alltäglich auf den Schulhöfen. Die Feindlichkeit wird in Geschichten, Memes oder Videos geschürt sowie aktionistisch und in Gewalt übersetzt anlässlich von Anti-CSD-Demonstrationen („Stolzmonat-Kampagne“).

Die Feindmarkierung queerer Menschen und Gruppen, verbunden mit Gewalt- und Hasskampagnen gegen vermeintliche „Pädophile“ sind strategisch attraktive Themen, weil sie emotional stark aufgeladen sind, an gesellschaftlich verbreitete Vorurteile anknüpfen und körperliche Gewalt und Selbstjustiz moralisch scheinbar legitimieren. Für Jugendliche, die mit Geschlecht, Sexualität oder Rollenbildern umgehen müssen, bieten diese Deutungen klare Orientierungen – „normal“ versus „abweichend“.

In „Pedo-Hunting“-Gruppen schreiben Jugendliche online Homosexuelle an, die pauschal als „Pädophile“ angesehen werden, locken diese Personen in Fallen, um sie zu bedrohen oder zu schädigen. Auch hier wird Gewalt scheinbar moralisch gerechtfertigt („Kinderschutz“). Gruppen erzeugen durch daraus entstehende gemeinsame „Aktionen“ und „Beweise“ (Videos, Fotos) Druck. Gerade männliche Jugendliche können sich hier als „Kämpfer für das Gerechte“ erleben.

Queerfeindlichkeit – kann Distanzierungsarbeit dazu beitragen, Hass zu verlernen?

Queerfeindlichkeit ist gesellschaftlich weit verbreitet und daher ein besonders wirksamer „Türöffner“ für extrem rechte Ideologien. Der Großteil der Jugendlichen mit denen wir arbeiten, zeigen hier massive Ablehnungshaltungen, ein kleinerer Teil ist auch mit einschlägigen Handlungen (Anti-CSD-Demos, „Pedo-Hunting“) auffällig geworden. Das Thema ist daher Gegenstand der Distanzierungsarbeit.

Die Jugendlichen sind durch ihre Umgebung und durch ihre Mediennutzung z.T. bereits seit Jahren „emotional geprägt“, d.h. sie haben tief verinnerlichte Ablehnungshaltungen, berichten von Hass und Ekelgefühlen. Sie schildern, dass sie eine Vielzahl von Texten, Bildern, Videos betrachtet und geteilt haben. Es ist erkennbar, dass sie hierüber auch Gefühle von Zugehörigkeit und Männlichkeit herstellen und sich in einer beschützenden Rolle erleben.

In unserer Arbeit werden diese sozialen und psychologischen Funktionen bearbeitet. Werden solche Überzeugungen entflechtet, können Jugendliche verstehen, wie sie für politische Ziele instrumentalisiert werden. Es stellt sich dann – wenn die Jugendlichen sozusagen aus diesem „Hass“ aussteigen wollen – die Schwierigkeit, dass man sie nicht „einfach umprogrammieren“ kann. Durch uns können „giftige“ Informationen identifiziert und reduziert werden, aber Abwertungen bleiben trotzdem sichtbar. Sie können sich bewusst abgrenzen und reflektieren.

Aber diese emotionale „Nachsozialisierung“ ist ein sehr langfristiger Prozess. Es können über die Zeit immer wieder Situationen und eigenes Erleben geschildert

und reflektiert werden, so dass die Affektwellen immer geringer ausfallen oder wegbleiben. Aber wir müssen uns klar sein, dass die Dauerbeschallung durch Hass Zeit und ein fachliches Gegenüber braucht. Dies ist eine Aufgabe, die breiter als nur im Kontext der Distanzierungsarbeit adressiert werden muss.

Herausforderungen und Handlungsansätze für die Distanzierungsarbeit

Fassen wir zusammen: Rechtsextreme Aussagen, Stile und Handlungen werden im Alltag – in Schulen, sozialen Medien oder Familien – oft nicht mehr als extrem wahrgenommen. Ein Teil der Jugendlichen wächst mit diesen Einstellungen als „normale Meinungen“ auf. Schon 10- bis 13-Jährige übernehmen rechtsextreme Symbole und Ideologieelemente. Eltern, aber auch Fachkräfte, unterschätzen häufig die Ansprache-Strategien der extremen Rechten. Die rechtsextremen Jugendgruppen neuen Typs verbinden Online- und Offline-Aktivitäten, inszenieren Bedrohungsszenarien, bieten

Torsten Niebling: Rote Linie - Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus
beim St. Elisa-beth-Verein in Marburg, Kontakt: www.rote-linie.net

Jugendlichen Anerkennung und legitimieren Gewalt. Radikalisierung erfolgt nach wie vor durch Zugehörigkeit und emotionale Bindung – etwa durch „Be-weise“ wie Straftaten oder Hassvideos. Sie binden Jüngere und beschleunigen diese Prozesse.

Distanzierungsarbeit muss früh ansetzen – besonders in Schulen und Jugendarbeit. Jugendliche brauchen klare Haltungen von Erwachsenen und auch emotionale Alternativen zu rechtsextremen Erlebniswelten. Die hybriden Erfahrungen, Gruppenprozesse und Manipulationsstrategien sind Bestandteil der Distanzierungsarbeit. Veränderung ist ein dynamischer, nicht-linearer Prozess. Jugendliche brauchen Zeit, Geduld und stabile Bezugspersonen, um sich von rechtsextremen Ideologien zu distanzieren.

Distanzierungsarbeit leistet einen Beitrag innerhalb eines koordinierten Beratungs- und Unterstützungssystems. Sie braucht Fachkräfte, Familien, Schulen und Politik, die gemeinsam Handlungssicherheit vermitteln und Jugendlichen Perspektiven bieten. Prävention muss sich auf Alltagsthemen konzentrieren – nicht nur auf „klassische rechte Szenen“.

Systemische Aufstellungen mit Figuren, um relevante Personen und Beziehungen zu reflektieren.



Literatur:

Lehmann, Louisa / Niebling, Torsten / Vitt, Thomas (2025): Vom Zwang zur Distanzierung – gelingende Zugänge zu rechtsextrem affinen jungen Menschen. In: Tepper, Stefan (Hrsg.): Ausstiegsberatung für Rechtsextremistinnen: Pädagogische Ansätze – Programme – Akteure. Wochenschau-Verlag

03 - Handlungsfelder und Praxis

VIELE MENSCHEN AN VIELEN ORTEN

Interview mit zwei Praktikerinnen

pro:dis qualifiziert Fachkräfte zum Thema Radikalisierung im Jugendalter (Kontext Neonazismus). Durch die Qualifizierung können diese Fachkräfte Teil des Netzwerks Distanzierungsberatung werden. Ziel dabei ist es, gemeinsam mit dem Netzwerk Distanzierungsberatung, Fachkräfte der Jugendarbeit und angrenzende Arbeitsfelder bei den Herausforderungen im Umgang mit neonazistisch involvierten jungen Menschen beraterisch zu unterstützen. Damit kann ein breites Netzwerk an Fachkräften etabliert werden.

Zwei Praktikerinnen, die an der pro:dis-Qualifizierungsreihe zum Umgang mit Radikalisierungen bei jungen Menschen teilgenommen haben, Larissa und Stephanie, berichten aus ihrem beruflichen Alltag in der Schulsozialarbeit an sächsischen Schulen im ländlichen Raum. Sie stehen oftmals vor Herausforderungen, die sich nicht durch einfache Antworten und Lösungen beheben lassen. Dennoch stellen sie sich der Situation und versuchen, im Rahmen ihres Wirkbereichs Veränderungsimpulse zu setzen. Im Interview sprechen sie darüber, weshalb sie an dem Netzwerk Distanzierungsberatung mitwirken. Darüber hinaus geben sie Einblicke in ihre Arbeit mit jungen Menschen: was sind Herausforderungen und Chancen, aber wo stellen sie auch Leerstellen fest? Das Interview gibt Einblicke in die Arbeit mit neonazistisch involvierten jungen Menschen und damit auch in die Beratungsarbeit von pro:dis.

Wer bist du und warum hast du dich für deinen Bereich entschieden?

Stephanie: Ich bin Stephanie, Schulsozialarbeiterin an einer ländlichen Oberschule. Ich habe mich für meinen Bereich entschieden, weil er im Berufsalltag und in seinen Arbeitsaufgaben sehr abwechslungsreich und vielfältig ist. In meiner



pädagogischen Arbeit habe ich sehr viele Freiheiten, mich persönlich einzubringen, eigene Schwerpunkte zu setzen und auch meine Arbeitszeiten flexibel zu gestalten.

Larissa: Ich bin Larissa, Schulsozialarbeiterin an einem Gymnasium. Ich sehe meine Arbeit an der Schule als einen wichtigen Baustein der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, sich selbst zu finden, ihre eigene Identität zu entdecken, ihre Werte und Normen sowie Ziele zu formulieren. Meiner Vorbildwirkung bin ich mir dabei immer sehr bewusst und möchte auch mal anecken und aufwühlen, damit die Jugendlichen, aber auch Erwachsene, reflektieren können. Mir ist eine gelebte Nächstenliebe und Offenheit für alle Personen und deren Meinungen wichtig und ich denke in diesem Job habe ich die Chance, den Kindern und Jugendlichen, aber auch allen Erwachsenen, genau das näher zu bringen.

Titelblatt der Handreichung
„Verstehen, ohne einverstan-
den zu sein“ von pro:dis

Dieses Interview wurde in der Handreichung der Koordinierungsstelle pro:dis – Qualifizierung und Distanzierungsberatung in Jugendarbeit und angrenzenden Arbeitsfeldern im Jahr 2024 erstveröffentlicht. Die gesamte Broschüre ist hier zu finden: <https://prodis.agif-sachsen.de/handreichung-verstehen-ohne-einverstanden-zu-sein/>. Wir danken pro:dis für die Erlaubnis zur erneuten Veröffentlichung.

Was war für dich der ausschlaggebende Grund an der Modulreihe zum Thema „Distanzierungsprozesse begleiten“ teilzunehmen?

Stephanie: Ich habe mich für die Modulreihe interessiert, weil ich es beängstigend finde, wie viele junge Menschen sich rechtsorientiertem Gedankengut und rechten Strukturen zuwenden. Ich selbst habe die frühen 2000er mit der rechtsradikalen „Sturm 34“-Gruppierung als sehr bewegte Zeit für unsere Gruppe als linke Gegenbewegung erlebt. Wir wurden mehrfach, zum Teil sehr schwerwiegend, körperlich, verbal und auch materiell angegriffen aufgrund unserer klaren Haltung gegen rechtes Gedankengut. Mehrere Mitglieder unserer Gruppe mussten nach zahlreichen Übergriffen durch „Sturm 34“ im Krankenhaus behandelt werden. Es wurden materielle Güter von Mitgliedern unserer Gruppe, Autos und Hausfassaden, zerstört, es gab einen Brandanschlag auf unseren Proberaum und wir wurden mehrfach massiv bedroht und eingeschüchtert. Wenn ich irgendwie die Möglichkeit habe, daran mitzuwirken, derartige Erlebnisse den jetzigen und zukünftigen Jugendgruppen zu ersparen, dann muss ich diese nutzen. Dafür braucht es immer eine breit aufgestellte Gruppe Menschen, da sich niemand diesem ‚braunen Mob‘ allein entgegenstellen kann. Es braucht zusätzlich fundiertes Wissen über die Thematik und Handlungsansätze sowie eine Solidarität der Akteur*innen untereinander, welche sich entschieden gegen rechtes Gedankengut und Diskriminierung stellen. All das habe ich aus der Modulreihe mitnehmen können.

Larissa: Das Thema der Modulreihe ist aktueller denn je und überrollt uns in der Schule zum Teil. Ich nehme im Kollegium eine gewisse Unsicherheit aber auch Taubheit wahr, mitunter Angst, die auch berechtigt ist. Ich wollte an dieser Stelle auch Multiplikatorin sein, mich selbst dem Thema stellen und informiert sein, aber auch anderen die Wichtigkeit verdeutlichen und ihnen Handlungsoptionen näherbringen. Vor allem im schulischen Kontext gibt es immer noch Unklarheit darüber, wer wann was sagen darf und sollte. Ich erlebe engagierte Lehr- und Privatpersonen, die sich gegen aktuelle politische Entwicklungen und den Einfluss rechtsextremer Gruppen stellen, die entsprechende Äußerungen

im Schulhaus nicht dulden und die mutig genug sind, einen Hitlergruß im Klassenzimmer anzuzeigen. Genau diese Menschen möchte ich auch unterstützen, aber das geht meines Erachtens nur, wenn ich selbst im Thema stecke, wenn ich weiß, welche Strukturen und Methoden die „Gegenseite“ sich zunutze macht.

Welche Herausforderungen begegnen dir in deiner Praxis in Bezug auf das Thema neonazistisch-involvierte junge Menschen?

Stephanie: Diese jungen Menschen erleben eine große Faszination, welche von neonazistischen Gruppen ausgeht. Es gibt eine breit aufgestellte rechte ‚Erlebniskultur‘, – Konzerte, Veranstaltungen, Treffpunkte, Gruppenaktionen – die gerade in Gegenden, wo oft zu wenig für junge Menschen angeboten wird, präsent ist. Dadurch ist es sehr schwierig, junge Menschen, welche erst einmal in rechte Strukturen involviert sind, wieder ‚zurück‘ zu freiheitlichen, demokratischen Strukturen zu bringen. Viele Erwachsene in ihrem Umfeld haben sie aufgegeben, gehen mit ihnen nicht mehr ins Gespräch und tun sie als ‚verloren‘ ab. Das erschwert die konstruktive Arbeit mit ihnen zusätzlich.

Larissa: Die größte Herausforderung im schulischen Kontext stellt häufig das Neutralitätsgebot dar. Viele Lehrpersonen nehmen Äußerungen, Symboliken und Ähnliches wahr, trauen sich dann aber oft nicht, das zu problematisieren und bspw. die Situation anzusprechen. Ein weiterer Punkt, an den viele Lehrpersonen, aber auch ich selbst, in Gesprächen immer wieder ins Stocken gerate, sind die Elternhäuser. Oft wird hier das Handeln der Schule als ‚übertrieben‘ dargestellt oder auch Drohungen in Richtung der Lehrperson ausgesprochen. Es ist also oft gar nicht das große Problem mit der jugendlichen Person oder dem Freundeskreis ins Gespräch zu kommen, sondern das Abblocken der Eltern im Gespräch über das betreffende Thema. Daher sehe ich einen wichtigen Teil der Arbeit darin, die Kinder und Jugendlichen zu stärken, die selbst betroffen sind oder als Außenstehende etwas beobachtet haben, was sie selbst nicht mit ihren demokratischen Werten vereinbaren können. Jugendliche, denen ein offenes Miteinander wichtig ist, die sich einsetzen und gewillt sind, Veränderungsprozesse

anzustreben. Genau diese Personen zu erreichen, gestaltet sich immer schwieriger. Sie sind zum Teil eingeschüchtert und haben Angst, dass sie die Nächsten sind, die ausgegrenzt oder bedroht werden. Sie bleiben daher lieber still und nehmen die Entwicklungen beispielsweise in der Klasse einfach hin.

Wie wird damit umgegangen?

Stephanie: Es werden Gegenangebote geschaffen: Erlebnisräume, die nicht-rechtes Denken unterstützen, wie u.a. Demokratiebildung, welche offen für alle jungen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexueller und geschlechtlicher Orientierung etc. sind. Leider gibt es davon zu wenige. Wichtig ist ebenfalls, nicht-rechte junge Menschen persönlich zu stärken und zu unterstützen. Stichwort Empowerment – Jugendliche, welche sich gegen Menschenfeindlichkeit aussprechen, sollten darin bestärkt werden und Unterstützung dabei erfahren, sich mit gleichgesinnten Personen auszutauschen, eigene Netzwerke aufzubauen und Ideen zu entwickeln und umzusetzen. Dazu arbeite ich eng mit der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Leisnig zusammen. Ich persönlich versuche in meiner Arbeit auch so lange wie möglich noch in Kontakt mit den jungen Menschen zu bleiben, welche rechtem Gedankengut gegenüber offen sind, und ihnen keinen ‚Stempel‘ aufzudrücken. So möchte ich Gesprächsbereitschaft symbolisieren, wenn Gedankengänge sich in Richtung Distanzierung öffnen. Außerdem ist es so möglich, in alltäglichen Situationen für ‚Irritationsmomente‘ zu sorgen, in denen Denkanstöße zu Äußerungen gegeben werden. In Gesprächssituationen können gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und kollektive Abwertungen infrage gestellt werden. In der Vorbildwirkung und auch über Gesprächsarbeit können alternative Perspektiven eröffnet werden, welche freiheitlich, demokratisch und menschenrechtskonform sind. Wichtig ist mir dabei dennoch, zu keiner Zeit menschenverachtende und diskriminierende Äußerungen zu dulden (im Sinne von unkommentiert stehen lassen) und darauf zu achten, dass in meiner Gegenwart sich niemand beleidigt und diskriminiert fühlt im Sinne der Stärkung nicht-rechter Jugendlicher und Schutz (potentieller) Betroffener rechter Gewalt.

Larissa: Die Schule hat für sich ein Leit-

bild formuliert und dieses wird auch offen kommuniziert und gelebt. Es werden Angebote geschaffen, die alle Kinder und Jugendlichen ansprechen. Verstöße gegen die Schulordnung, die sich nach den Werten des Grundgesetzes richten, werden in Fallberatungen besprochen und mit Ordnungsmaßnahmen der Schulleitung geahndet. Für mich fehlt an dieser Stelle oft noch der Blick Richtung Betroffene und in die gesamte Klasse, was getan werden kann, um die Situation aufzuarbeiten und die Gruppe zu stärken. Weiterhin organisiert unsere Schule einen Demokratietag sowie einen pädagogischen Tag, um auch die Lehrpersonen zum Thema politische Bildung und demokratiepädagogische Arbeit zu schulen.

Was braucht es hier deiner Meinung nach noch?

Stephanie: Mehr Angebote für junge Menschen, besonders in den ländlichen Regionen, welche demokratische Grunderfahrungen ermöglichen, Vielfalt und Individualität zulassen und einen safer space für nicht-rechte Jugendliche bilden. Es braucht auch mehr kulturelle Angebote für junge Menschen (z.B. Musik- und Tanzveranstaltungen), welche von rechtsinvolvierten Menschen weder organisiert noch finanziert werden und wo rechtes Gedankengut absolut keinen Platz hat. Außerdem braucht es in den Institutionen (ich sehe hier natürlich speziell Schule) Erwachsene, die hinschauen. Die beispielsweise sehen, wenn die Kinder und Jugendlichen mit rechten Symbolen, Shirts etc. zur Schule kommen und dies nicht dulden. Oder die jegliche diskriminierende Äußerung sofort ansprechen und sich für die Betroffenen aussprechen. Dazu fehlt leider oft das Know-how, aber auch die Sicherheit, dass man damit dann nicht allein steht, sondern ein komplettes Team dahinter hat.

Larissa: Es braucht ganz klar den Blick für die Wichtigkeit politischer und demokratischer Bildung von Seiten des Kultusministeriums. Der Blick auf die schulische Laufbahn muss weg von den Lehrplanthemen hin zu Lebensweltbezügen. Die Kinder und Jugendlichen müssen in ihrer Entwicklung und ihren Themen und Bedürfnissen ernst genommen werden. Demokratische Bildungsarbeit darf nicht als ein zusätzlich einzubauender Schwer-

punkt gesehen werden, oder gar als Teil eines Präventionsplanes, sondern muss fest verankert sein im täglichen Lernumfeld der Kinder. Es braucht Weiterbildungen von Lehrpersonen. Und nicht nur für die, die wollen, sondern alle müssen sich mit dem Thema politische Bildung und gelebte Demokratie beschäftigen, unabhängig von den gewählten Lernfächer. Ganz wichtig ist auch, dass eine klare Linie und Regularien im Lehrer*innenkollegium bestehen, weil Unsicherheiten und das Fehlen einer gemeinsamen Strategie dazu führen können, dass Raum für neo-nazistische Äußerungen und Handlungen besteht. Es muss selbstverständlich werden, dass Diskriminierung und Ausgrenzung jeglicher Form nicht geduldet werden. Das schafft Sicherheit auf Seiten Betroffener, aber auch für die Lehrpersonen selbst.

Welche Chancen siehst du in der Distanzierungsarbeit für deinen Bereich?

Stephanie: Ich sehe vor allem die Beseitigung von Unsicherheiten, das Gefühl des ‚Nichtalleinseins‘ mit dem Problem und das damit verbundene funktionierende Netzwerk, auf das man zurückgreifen kann. Gerade in den Arbeitsfeldern der Schulsozialarbeit und der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind wir Sozialarbeiter*innen ‚Einzelkämpfer*innen‘ – wir arbeiten allein in unserem Arbeitsbereich und haben nicht immer die Möglichkeit, auf ein Team zurück zu greifen, wenn unsere Arbeit uns vor Herausforderungen stellt. Da ist es eine sehr große Bereicherung, dass es ein „Netzwerk Distanzierungsberatung“ gibt, wo man sich Beratung suchen kann. Weiterhin sehe ich eine große Chance darin, jungen Menschen, welche für rechtes Gedankengut offen sind, immer wieder einen „Weg zurück“ zu freiheitlich-demokratischen Grundwerten zu ermöglichen. Ihnen aufzuzeigen, dass sie selbst ihren Lebensweg in der Hand haben und es auch möglich ist, sich wieder von menschenverachtendem Gedankengut zu distanzieren und nicht erst in eine als solche erkennbare, extrem rechte Szene einzusteigen. Distanzierungsberatung hat also hier einen präventiven Charakter. Sie ermöglicht eine pädagogische Intervention im Frühstadium der Hinwendung zu rechtsextremen Tendenzen, um so zu vermeiden, dass menschenverachtende Einstellungen und Handlungen sowie eine extrem rechte ideologische Rechtfertigung sich manifestieren.

Dadurch wird auch ermöglicht, zukünftige rechtsmotivierte Gewalttaten zu verringern. Auch die Möglichkeit, in Beratungskontexten mit anderen Fachkräften in Institutionen ihnen unterstützend zur Seite zu stehen, wenn es um Handlungsunsicherheiten im Umgang mit rechtsinvolvierten jungen Menschen geht, sehe ich als große Chance in der Distanzierungsarbeit. So kann Distanzierungsarbeit in meiner Praxis auf zwei Ebenen wirksam werden: Zum einen im direkten Kontakt mit gesprächs- und/oder distanzierungsbereiten Jugendlichen mit menschenverachtendem Gedankengut. Zum anderen durch Fachkräfteberatung und dadurch Multiplikation von Wissen zu Unterstützungsmöglichkeiten, Netzwerken und Ressourcen zum Umgang mit rechtsorientierten jungen Menschen.

Larissa: Ich möchte an dieser Stelle ein Zitat bemühen, „Viele kleine Menschen, an vielen kleinen Orten ...“. Genau darin sehe ich die Chance eines Netzwerkes, man ist kein*e Einzelkämpfer*in, man kann sich austauschen, reflektieren und gemeinsam über einen guten Ansatz diskutieren. Manchmal sieht man nur seine eigene Einrichtung oder Region und alle aufkommenden Problemlagen, versucht dann nach Lösungen zu suchen, scheitert vielleicht daran. Es ist ein großer Gewinn genau dann in den Austausch zu gehen, mit geballter Expertise auf die Situation zu schauen und zu wissen, es gibt Personen, die können unterstützen und begleiten. Die Distanzierungsarbeit versucht nicht, sich an den jungen Menschen, die ideologisch gefestigt sind, abzumühen, sondern nutzt ihre Ressourcen dafür, Personen anzusprechen, die durch verschiedene Lebenserfahrungen in einem Involvierungsprozess hin zur rechten Szene stehen und zum Umdenken motiviert werden können. Diesen Personen kann man aufzeigen, dass ihr Weg auch ein anderer sein kann, dass ihre erlebten Defizite, also unerfüllte Wünsche und Bedürfnisse auch an anderer Stelle erfüllt werden können.

Larissa (Schulsozialarbeiterin an einem Gymnasium) und Stephanie (Schulsozialarbeiterin an einer ländlichen Oberschule)



03 - Handlungsfelder und Praxis

STARK GEGEN ANTIFEMINISMUS UND GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Der Landfrauenverband Hessen e.V. ist mit über 34.000 Mitgliedern der stärkste Frauenverband in Hessen. Unter seinem Dach sind Frauen jeden Alters und aus allen gesellschaftlichen Schichten und Berufen vereint. Er macht sich stark für Demokratie, Frauenrechte und gegen Gewalt an Frauen, vor allem auch für klimabewusste Ernährung und Ernährungsbildung. Die Demokratie zu stärken und zu unterstützen ist auch in der Satzung des Landesverbandes verankert. Der Landfrauenverband Hessen ist ein moderner, starker und parteiunabhängiger Verband, der seine Forderungen und Positionen zielgerichtet in der Politik und der Öffentlichkeit vertritt. Gegliedert ist er in den Landesverband, Bezirks- und Ortsvereine.

Mit großer Sorge beobachtet der Verband das Erstarken von Rechtsextremismus in den letzten Jahren nicht nur in Hessen. Vor allem das Frauenbild in der jungen rechten Szene ist daher immer wieder Thema bei Versammlungen. Aufklärung und Argumentationshilfen gehören deswegen zu den vorrangigen Aufgaben des Landesverbandes. Diese Aufgabe rückt immer mehr in den Fokus der Arbeit. Die Stärkung von Frauenrechten in allen Lebensbereichen ist eine fundamentale Forderung deutscher Landfrauen, die sich auch als Vertreterinnen aller Frauen verstehen. Entsprechend äußert sich auch der Dachverband der deutschen Landfrauen, der Deutsche Landfrauenverband, der in der Berliner Erklärung, einem überfraktionellen Bündnis von 21 Frauenverbänden in Deutschland, unterstützt von weiteren 20 Organisationen, unter anderem darauf aufmerksam macht, dass Antifeminismus und Frauenhass auch als Rekrutierungsstrategie bei der Radikalisierung junger Männer dienen.

Das von der rechten Szene in den letzten Jahren propagierte „klassische“ Frauenbild widerspricht in allem dem, was nicht nur hessische Landfrauen wollen: Frauen sind primär nicht mehr nur Hausfrauen, Ehefrauen und Mütter, die sich um ihre Familien kümmern, sondern unabhängige, starke und selbstständige Frauen, die in allem den Männern gleichgestellt werden müssen, sei es bei gleicher Bezahlung, bei gleicher Arbeit, bei der Rente, in der Medizin, um nur einige Stichworte zu nennen. Das Bild der „Tradwifes“, der „traditionellen Ehefrau“, das seit vielen Jahren in den sozialen Medien Furore macht, ist erschreckend und beim Kampf um die Rechte der Frauen ein Rückschritt. Dem muss und will sich der Landfrauenverband Hessen entgegenstellen. Mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen macht er jedes Jahr hessenweit auf sich aufmerksam. Durch die flächendeckende Teilnahme am Internationalen Frauentag am 8. März, den „Orange Days“, dem Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November oder dem Equal Pay Day, dem internationalen Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen machen Bezirks- und Ortsverbände auf sich aufmerksam. Aber auch Vorträge, beispielhaft seien hier Prof. Dr. Alice Blum von der Universität Erfurt genannt und Sven Daniel vom Landesamt für Verfassungsschutz, die vor allem das Bild junger Frauen in der rechten Szene beleuchteten, zeigen das Engagement und die Bedeutung, die diese Themen für die Landfrauen haben.

Es muss weiterhin das Ziel des Landfrauenverbandes sein, sich gegen veraltete und rückwärtsgewandte Frauenbilder zu stellen. Der jahrzehntelange Kampf für eine moderne Rolle der Frauen hört nicht auf. Dazu gehört auch die Dar-



stellung von queeren und lesbischen Lebensentwürfen, erlebte strukturelle und psychische Gewalt und Mehrfachdiskriminierung in Form von Rassismus, Behindertenfeindlichkeit und Transfeindlichkeit. Vor allem bei den jungen Landfrauen sind diese Themen präsent und werden bespielt: Der Landfrauenverband lebt Vielfaltigkeit, so dass Frauen mit den unterschiedlichsten Einstellungen und Lebensentwürfen hier ihren Platz finden.

Neben dem Angebot von Vorträgen und Tagungen sind es weiterhin vor allem die Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, Organisationen und Vereinen, die den Verband stärken und unterstützen im Kampf gegen antidemokratische Strömungen und Diskriminierungen. Beispielhaft seien hier als Partner das Demokratiezentrum / Beratungsnetzwerk in Marburg zu nennen, Frauenbeauftragte in Städten und Gemeinden, Ministerien, der Landes-FrauenRat und natürlich der Deutsche Landfrauenverband. Durch die Mitarbeit im Netzwerk der LandHessinnen und die Wahl von LandHeldinnen im Zweijahresrhythmus wird Frauen in Hessen, die sich durch innovative Ideen und ehrenamtliche Arbeit besondere Verdienste in verschiedensten Bereichen erworben haben, landesweit ein Gesicht gegeben. 2024 wurde von der Jury u.a. Silke Jordan von der Initiative „Wesertal ist bunt“ ausgewählt. Sie kämpft aktiv und couragiert gegen die extrem rechte Vereinnahmung ihres Dorfes und war ebenfalls schon Gast beim Landfrauenverband Hessen, wo sie über ihren Einsatz für demokratische Werte wie Vielfalt, Toleranz und Respekt berichtete.

Doch der Landfrauenverband Hessen ist ein Querschnitt unserer Gesellschaft, so dass man davon ausgehen muss, dass sich die politischen Richtungen und Parteivielheit Deutschlands auch im Landfrauenverband spiegeln. Die Grundrechte der Bundesrepublik Deutschland sind elementar, und der Landfrauenverband wird sich immer gegen Ausgrenzung, Intoleranz und parteipolitische Vereinnahmung wehren, vor allen Dingen von extrem rechts. Mit diesen Problemen steht der Verband nicht alleine da. Auch in anderen Vereinen ist dies ein Thema. Man

kann es nicht „wegreden“ und die Fragen bleiben: Wie soll man damit umgehen? Kann man solche Mitglieder wieder auf den Boden von demokratischen Grundwerten zurückbringen?

Der Landfrauenverband Hessen versucht dies u.a. mit der Einrichtung eines Arbeitskreises Demokratie, der seit Anfang 2025 existiert, und mit Aufklärungskampagnen z.B. vor der Bundestagswahl 2025, bei der der Landesverband gemeinsam mit den Bezirksvereinen „Wahlprüfsteine“ an die Direktkandidatinnen und -kandidaten versendet hat, die u.a. Fragen zu Frauenpolitik und Ländlichen Räumen beantworten mussten. Durch die Analyse der Wahlprogramme der angetretenen Parteien konnten darüber hinaus Einblicke zum Frauenbild gewonnen werden. Ob diese Maßnahmen letztendlich ausreichen, wird die Zukunft zeigen. Ziel ist es auf jeden Fall zu verhindern, dass deutschlandweit gegen Landfrauenverbände vorgegangen wird bzw. sie zur Auflösung gezwungen werden von Parteien, die ein antifeministisches Frauenbild pflegen, wie das in Teilen schon in ostdeutschen Bundesländern geschehen ist und geschieht. Damit wird verhindert, dass Frauen gemeinsam ihre Stimme erheben können, um gegen frauenfeindliche Politik vorzugehen, aber: Frauenrechte stärken heißt Demokratie stärken! Und dafür steht der Landfrauenverband Hessen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass frauenfeindliche Politik und Antifeminismus in den letzten Jahren zugenommen haben. Frauen werden in ihren Rechten wieder öfter eingeschränkt und benachteiligt, sei es bei einer geschlechtergerechten Medizin, einer gerechten Bezahlung oder dem Recht auf reproduktive Selbstbestimmung, um nur einige Beispiele zu nennen. Der Landfrauenverband Hessen muss daher weiterhin für die Rechte von Frauen eintreten: Er hat eine starke Stimme! Das, was in vielen Jahrzehnten für Frauen erreicht worden ist, darf nicht wieder verloren gehen! Es darf keine Rückschritte bei der Emanzipation von Frauen geben, die nach wie vor nicht abgeschlossen ist, auch wenn dies von einzelnen Parteien postuliert wird.

04 - Ausblick

SERVICETEIL

Unterstützungsangebote in Hessen

Beratungsnetzwerk Hessen – Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Das Demokratiezentrum Hessen berät kostenlos und vertraulich Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen, Vereine und andere Hilfesuchende in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus und bietet eine breite Palette präventiver Hilfen an. Das Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg ist dabei zentrale Koordinierungs-, Fach- und Geschäftsstelle des Beratungsnetzwerks und vermittelt Ansprechpartner*innen vor Ort.

Wilhelm-Röpke-Str. 6 A, 35032 Marburg • Tel.: 06421-2821110 • www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Die Kopilot:innen e.V. – gemeinsam.politisch.bilden.

Der Verein bietet Bildungsangebote im außerschulischen und – als Kooperationspartner – im schulischen Kontext in den Themenschwerpunkten Bildung für nachhaltige Entwicklung/globales Lernen, Partizipation und Rassismuskritik an. Zudem sind „Die Kopiloten e.V.“ Mitglied im BeratungsNetzwerk hessen und sind auch Träger für das Projekt #hatebreach – Hass im Netz begegnen, welches zum Ziel hat, junge Menschen in Nordhessen dazu zu befähigen und zu ermutigen, sich aktiv für Demokratie und Vielfalt im Internet einzusetzen und sich klar zu Hass im Internet zu positionieren.

Frankfurter Straße 123, 34121 Kassel • Tel.: 0151-62406425 • www.diekopiloten.de
Projekt-Website: www.hatebreach.net

Kompetenzstelle Eltern und Rechtsextremismus (KER) - Rechtsextremismus begegnen

Diese Webseite widmet sich den Themen rund um Pädagogik, Familie und Rechtsextremismus. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie rechtsextremen Haltungen in (sozial-)pädagogischen Einrichtungen oder in familiären Kontexten begegnet werden kann. Hier können sich Zu- und Angehörige, ebenso wie pädagogische Fachkräfte darüber informieren, welche Beratungsstellen es gibt und welche Methoden bereits erprobt sind. Anhand von praxisnahen Fallbeispielen werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie in verschiedenen Situationen kompetent und nachhaltig reagiert werden kann. Zudem stellt die Website eine Sammlung von Materialien bereit (wie Broschüren, weiterführende Literatur und konkrete Methoden), die dabei unterstützen, das Thema Rechtsextremismus zu verstehen und ihm präventiv oder reaktiv zu begegnen.

www.rexbegegnen.de

LSBT*IQ Netzwerk Hessen

Das LSBT*IQ Netzwerk Hessen ist eine landesweite Struktur mit vier regionalen Koordinierungsstellen. Diese fungieren als Anlaufstellen für queere Communities und alle, die mit ihnen arbeiten (wollen). Wir fördern deren Vernetzung und unterstützen sie in verschiedenen Belangen – etwa bei Diskriminierungserfahrungen, der Suche nach Fördermitteln oder Fragen zu queeren Lebensweisen.

www.lsbtiq-hessen.net
Projekt-Website: www.hatebreach.net

Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus für demokratische Kultur in Hessen e.V.

Das MBT Hessen berät alle, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren oder dies vorhaben und dabei vor Unsicherheiten oder offenen Fragen stehen. Dies können zivilgesellschaftliche Bündnisse, Vereine oder Parteien sein, aber auch Lokalpolitiker*innen und Mitarbeitende in Verwaltungen, Bildungseinrichtungen oder auch Einzelpersonen. Beratungen durch das MBT Hessen sind grundsätzlich kostenlos und vertraulich sowie flexibel. Sie richten sich nach den Wünschen der anfragenden Personen und Gruppen. Die Beratungen können von einem einmaligen Gespräch über Informationen zur lokalen extrem rechten Szene bis hin zur langfristigen Begleitung von Demokratisierungsprozessen reichen. Neben der Möglichkeit zu Beratungsgesprächen und Prozessbegleitungen bietet das MBT Hessen auch Bildungs- und Präventionsangebote zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und anderen Formen der Menschenfeindlichkeit an.

Team Nordhessen - Büro Kassel • Tel.: 0561 8616766
Team Osthessen und Vogelsberg - Büro Fulda • Tel.: 0661 90031840
www.mbt-hessen.org

Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC)

Das NDC ermöglicht Engagierten Fortbildungen und Beratungen zu Themen wie Diskriminierung, menschenverachtendes Denken, Neonazis und soziale Benachteiligung sowie die Ausbildung von ehrenamtlichen Teamenden. Die Ziele sind die Wissens- und Kompetenzvermittlung für eine freie Meinungsbildung, die Förderung von Toleranz-, Kritik- und Konfliktfähigkeit und der Pluralität der Gesellschaft sowie die Befähigung zu Reflexion, Selbstverantwortung und sozialer Verantwortung. Das Angebot richtet sich an Interessierte zwischen 18 und 30 Jahren.

Schiersteiner Str. 31-33 • 65187 Wiesbaden • www.netzwerk-courage.de/hessen

Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Das Team der Regionalstelle Süd berät hessenweit kostenlos, vertraulich und auf Wunsch anonym Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen, Vereine und andere Ratsuchende in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Das Team besteht aus hauptamtlichen und freien Berater*innen. Sie verfügen alle über Kompetenzen in systemischer Beratung, pädagogische Fachkenntnisse, fundiertes Wissen über Ideologien der Ungleichwertigkeit, Kenntnisse in Moderation und Mediation und bilden sich kontinuierlich zu diesen Themen weiter.

0157/524114 -83 oder -78 • kontakt@regionalstelle-sued.de • www.regionalstelle-sued.de

Response

Das Team von Response berät, vermittelt und unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer, antimuslimischer oder antiziganistischer Gewalt. Ebenso Unterstützer*innen, Zeug*innen sowie Freund*innen und Angehörige eines solchen Übergriffs haben die Möglichkeiten, sich zu melden und sich beraten zu lassen. Meldungen sind direkt bei response möglich sowie bei der Meldestelle des Landes. Die Beratung erfolgt vertraulich, auf Wunsch anonym und ist kostenfrei.

Tel.: 0561 729 897 00 • www.response-hessen.de • Meldestelle: www.hessenschauthin.de

jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung für Demokratie e.V.

Jetzt e.V. bietet Beratung, Moderationen, Kooperationen, Vernetzung, Fortbildungen, Seminare, Prozessbegleitung und Coaching an. Die meisten Mitglieder des 2017 gegründeten Vereins „Jetzt!“ sind seit langem als freiberufliche Berater*innen unter dem Dach des „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ tätig. Als kompetente Ansprechpartner für alle Themen der Mobilen Beratung, sind wir vor allem in Mittel- und Südhessen aktiv.

Tel.: 0179 7265677 • info@jetzt-ev.de • jetzt-ev.de / www.mbt-hessen.org

IMPRESSUM

Herausgeber

Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus – für demokratische Kultur in Hessen e.V. (MBT Hessen)
Kohlenstraße 132 • 34121 Kassel • info@mbt-hessen.org • www.mbt-hessen.org

Redaktion

Christopher Vogel, Jakob Stengel & Mitarbeiter*innen MBT

Gestaltung

Lutz Reimer • www.querwerk-kassel.de

Bildurheber

...sind in den jeweiligen Bildern vermerkt.

© MBT Hessen • Kassel, 2026 • 1. Auflage

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



HESSEN
AKTIV FÜR DEMOKRATIE
UND GEGEN EXTREMISMUS